links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 269 **Oktober 1992**
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

Die Grünen zur Asylfrage:
Interview mit Fraktionsvorsitzendem Rupert v. Plottnitz

Jugendlicher Rechtsradikalismus • Sozialdemokratisches Innenleben • Europäische Herrschaft • Konflikt um Berg-Karabach • Argentinien

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Manchmal mag man es gar nicht glauben, daß es noch Steigerungsmöglichkeiten in der Debatte um das Asylrecht gibt. Während Nacht für Nacht Flüchtlingswohnheime brennen, es fast nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die entfesselte Gewalt ein weiteres Opfer findet und die berufsmäßigen Vertreter des besseren Deutschlands ihre Betroffenheit ob dieser Vorfälle öffentlich zur Schau stellen, bietet die Debatte um die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl — und etwas anderes ist diese Debatte längst nicht mehr — ein Stück aus dem Tollhaus dar. Letzter Stand der Dinge (21.9.): Das Bonner Innenministerium will den Artikel 16 durch die Formulierung ersetzen: „Das Asylrecht wird gewährleistet." Man reibt sich verdutzt die Augen: Was heißt hier „gewährleisten"? Soll das etwa heißen, daß das Innenministerium jetzt gewährleisten will, daß das Grundrecht auf Asyl erhalten bleibt? Derlei kurz aufblitzende Irritationen werden schnell richtiggestellt: Denn „Inhalt und Schranken" des Rechtes sollen per Gesetz festgelegt werden. Statt „gewährleisten" müßte es wohl besser heißen: „wird gewährt". Nämlich nur soviel und so lange es den Institutionen der Bundesrepublik paßt! Bei allem Wirrwarr individueller Stellungnahmen aus allen Parteien, deren mittlere Haltbarkeit tendenziell gegen Null geht, wird doch eine Gemeinsamkeit, über alle Parteien hinweg, immer deutlicher: Koste es was es wolle die Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland erreichen, zu verringern! Alle anderen Bekundungen sind Augenwischerei. Ob diese Flüchtlinge politisch oder religiös verfolgt sind, ob sie aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen kommen oder „nur" vor ökologischen und ökonomischen Katastrophen flüchten, interessiert im Grunde niemand. Nur so ist die Substanz des Vorschlags aus dem Innenministerium zu verstehen, die Asylbewerber sollen den Ausgang des Gerichtsverfahrens zu Hause im eigenen Land abwarten. So etwas kann sich nur jemand ausdenken, dessen einziges Ziel ist, daß möglichst keiner mehr kommt! Und der zur Erreichung seines Ziels billigend in Kauf nimmt, daß der Antragssteller den Ausgang seines Verfahrens nicht mehr erlebt. Diese Ereignisse geben den Schwerpunkt des Heftes vor: Mit dem erkennbar werdenden Trend zu einem neuen parteiübergreifenden Konsens unter nationalistischen Vorzeichen beschäftigt sich der Kommentar. Ob die Grünen dem etwas entgegensetzen können, versucht das Interview mit Rupert von Plottnitz zu ergründen. Albert Scherr kritisiert die Versuche, nun die Pädagogik als Allheilmittel gegen rechtsextremistische Tendenzen ins Feld zu führen. In diesen Kontext gehören auch die jüngsten Stil-Blüten eines früheren Bundeskanzlers, die Ludi Lodovico unter die Lupe nimmt. Der Ausgang des Referendums in Frankreich läßt den Schluß zu: Je weiter man von Europa weg ist, desto positiver erscheint es einem! Gaben in den Überseedepartements die Wähler und Wählerinnen zwei Drittel Ja-Stimmen ab, dann mußten die Kommentatoren für das Mutterland alle Künste aufwenden, um etwas weniger als die Hälfte an ablehnenden Stimmen als etwas Positives darzustellen. Nach dem Nein aus Dänemark stellt sich verschärft die Frage: Scheitert der bislang ambitionierteste Versuch, Politik jenseits der Nationalstaaten zu etablieren? Droht also auch hier ein Verharren oder ein Rückfall in nationalistische Egoismen? Oder war die Ablehnung von Maastricht nicht doch in erster Linie eine Absage an zentralistische und undemokratische Supergebilde? Läßt sich umgekehrt gerade die ökonomische Integration Europas überhaupt noch durch nationalstaatliche Mittel regulieren? Der Beitrag von Edgar Morin, eine Übersetzung aus *Le monde* aus der Zeit vor dem Referendum, bringt diese Fragen in Zusammenhang mit dem Krieg in Jugoslawien. Mit dem Beitrag von Bernd Röttger zum Schicksal des „Modell Deutschland", der im nächsten Heft durch seine Einschätzung der Europa-Diskussion in der Bundesrepublik ergänzt wird, versucht die *links* diese längst überfällige Debatte um die Realitäten und die Zukunftspotentiale Europas weiter zu treiben. Weitere Beiträge sind erbeten!

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider, Sigrid Schönecker.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSBÜRO:
Sigrid Schönecker (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO: Edgar Zippel

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die November-Ausgabe 1992 ist der 15.10.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Christoph Görg
Brandstifter und Biedermänner **5**

AKTUELL

Ludi Lodovico
Sozialdemokratisches Innenleben **6**

Edgar Morin
Assoziierung oder Barbarei
Maastricht oder Sarajewo **8**

HINTERGRUND

Andreas Buro
Die neue europäische Herrschaftsordnung gewinnt Konturen **10**

Bernd Röttger
Das ,,Modell Deutschland'' in der Bredouille
Deutschlands Vereinigung und Europas Wachstumsmodell **13**

THEMA: Asyl

Felix Schneider / Sigrid Schönecker
,,Den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten'' **18**

Pro Asyl
Keine Änderung oder Ergänzung von Artikel 16
Das Menschenrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden **21**

Anton Maegerle
Die Neue Rechte **22**

Albert Scherr
Gelebte Antipädagogik
Zur Auseinandersetzung mit jugendlichem Rechtsextremismus **24**

DOKUMENTATION

Neues Forum
Offener Brief an Gregor Gysi **16**

INTERNATIONAL

Ulrich Brand
Desaströser Marktkolonialismus
Argentinien nach drei Jahren ,,Menemismus'' **27**

Rainer Freitag-Wirminghaus
Berg Karabach
Der armenisch-aserbaidschanische Krieg **31**

Ibrahim Warde
Revolutionsexperten im Osten **35**

LEKTÜRE

Meinhard Creydt
Apokalypse und ,,Neue Leichtigkeit''
Von der Modernisierung unverdauter alter Versatzstücke zum Kollaps der Theorie **37**

Christoph Görg
Geschichte in Bruchstücken **39**

RÜCKBLICK

Erich Eyermann
Karl Marx tot — Ludwig Erhard lebt?
Wirschaft, Politik und die Macht des Faktischen **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Leserbrief **4**
Termine **15**
cosa nostra:
Abonnement **43**
Buchläden **44**

LESERBRIEFE

Betr.: *links* Nr. 268

Komitee, Kowol und *links*

Klaus Kowols Reaktion auf den Brief des Komitees an Book habe ich als erstes in der letzten *links* gelesen — warum? Vielleicht war es doch nicht so zufällig, wie ich zunächst dachte. Ich vermute schon, daß es einfach das Interesse an der Frage war, wieweit Hauptakteure der undogmatischen Linken von vor 20 Jahren sich in der Aufarbeitung der letzten 10 Jahre noch verständigen können. Gibt es unter ihnen, wenn schon nicht einen politischen Konsens, so doch so etwas ähnliches wie ein gemeinsames Interesse?

Andererseits erinnerte mich das Stichwort *Boock-Komitee* an jenen Brief, den ich auch gelesen hatte, und den ich auch als irgendwie merkwürdig empfand. Dieses pointiert gesetzte *Du hast getötet* nach seinem öffentlichen Geständnis empfand auch ich wie von einem Heilsarmisten.

Der Schlußsatz Kowols allerdings ist für mich keine rhetorische Frage: Wer, so frage ich, kann sich in dieser Gesellschaft eine Moral leisten, die gleichzeitig die (vorgeblichen) Genossen und die Häscher zufriedenstellt? (...). Genau darum geht es nämlich in der Aufarbeitung dessen, was man in der sozialistischen Bewegung der verschiedensten Richtungen immer mit **Parteilichkeit** bezeichnet hat.

Diese Frage reicht tief in die inneren Auseinandersetzungen der marxistischen Gruppierungen hinein. Denn nach ihrem Verständnis war ja immer zu erwarten, daß Klassengegner (und die wurden nicht selten einfach den Parteigegnern gleichgesetzt) Information jeglicher Art instrumentalisieren würden. Es gab keine neutrale Information und keine neutrale Moral.

Aber wer war der Klassengegner? Wenn man sich dieses sich vielfältigst zerfasernde und teilweise zwangsvereinte Bild der sozialistischen Bewegung vor Augen führt, dann kam es eben zu oft vor, daß jene Gruppierung, die eben noch als solidarisch für den Sozialismus kämpfend angesehen wurde, nach der nächsten Spaltung als **der Gegner** angesehen wurde, auf den obiges Verdikt zutraf. Mußte man nicht, um seinen Verfälschungen zuvorzukommen, von vorneherein seine Glaubwürdigkeit untergraben?

Ich hatte die undogmatische Linke immer so verstanden, daß aus dem Bewußtsein um diese Problematik jene Parteilichkeit, die viele sozialistische Gruppierungen für sich beanspruchten (...), so nicht bestehen konnte. Ohne einen Bezug auf eine klassen- bzw gruppenunabhängige *Wahrheit* kann es keine wirkliche Auseinandersetzung geben. Ohne ein auf eine solche *Wahrheit* bezogenes Handeln keine wirkliche politische Aktivität.

Wo bleibt dann aber jene urmarxistische Einsicht, daß Denken und Handeln der gesellschaftlichen Akteure interessebezogen ist, daß, grob gesprochen, jeder Händler seine Produkte lieber teurer, jeder Arbeitgeber seine Arbeiter lieber niedriger bezahlen will, wenn er es nur kann? Sie bleibt daneben bestehen und kann nicht gegen irgendeine Wahrheit eingetauscht werden. (...)

Übrigens: diese Sichtweise ist nicht den Marxisten vorbehalten. Dort, wo der Kampf um diese ‚Wahrheit' entbrennt (im Gerichtssaal) und die Auseinandersetzung um das richtige Handeln sich zuspitzt (auf der politischen Bühne), sieht auch das Selbstverständnis der demokratischen Gesellschaft (civil society!) die gleiche Konfliktstruktur. ‚Wahrheit' ergibt sich erst aus dem Kampf der beteiligten Gruppen bzw. richtiges Handeln aus dem Kampf der Parteien. (...)

Für mich ist es also kein Zufall, daß Kowol hier die parteiliche Sichtweise des Gefangenen vor Gericht neben den parteilichen Status in der Gesellschaft stellt (wer kann sich denn eine unabhängige Moral leisten). Genau umgekehrt: Diese dialektische Grundeigenschaft, die die bürgerliche Gesellschaft sich konzediert, wäre m.E. nach ein guter Ausgangspunkt für eine Weiterführung der **Diskussion über die civil society**. In ihr steckt noch viel von jenem Citoyen, den Marx dem Bourgeois gegenübergestellt hat. Dieser Urrest aus der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft, den manche Gruppe eben jenes Bürgertums später gern der Ratio, der Gerechtigkeit oder der Wissenschaft geopfert hätte, ist meiner Ansicht nach der Punkt, von dem aus eine Rekonstruktion einer demokratischen und gleichzeitig sozialistischen Politik nur möglich ist. Dabei aus den Taten der ‚Vertreter von Recht und Freiheit' zu lernen wie auch aus denen der ‚Kämpfer für die sozialistische Revolution' ist unbedingt notwendig — vor allem auch dort, wo sie mit Andersdenkenden in ihren eigenen Reihen so gar nicht nach ‚Recht und Freiheit' bzw. ‚sozialistisch' umgegangen sind.

Für mich stellte der Begriff ‚undogmatischer Sozialismus' immer auch den Versuch dar, beide sich in einem elemantaren Punkt ausschließende Sichtweisen, die demokratische und die sozialistische, doch irgendwie unter einen Hut zu bekommen, ohne durch Staats- bzw Parteiknete korrumpiert zu werden. Da einen unabhängigen Standpunkt zu bewahren, ist in Konfliktfällen bekanntlich nicht immer leicht (wer lebt schon von Luft allein?).

Wie aber ist das in der Praxis möglich?

Wer in Konfliktfällen überhaupt anders argumentieren will, ist auf andere Information angewiesen. Die jedoch ist immer eine Frage des Vertrauens: des Glaubens letztlich. Die ‚bürgerliche Presse' war für Linke jeder Couleur unglaubwürdig gewesen. Wobei man allerdings durchaus hätte fragen dürfen, wiewiel er/sie dann doch übernommen hatte. Viele linke Organisationen hatten sich Informationsquellen selbst geschaffen, auch die verschiedenen undogmatischen Zirkel (welche Rolle die *links* für ihn/sie dabei gespielt hat, kann sich ja jede(r) bei der Gelegenheit mal klarmachen). Auf die Einbindung in diese Informationsstruktur reduzierte sich seit dem Auftreten der GRÜNEN/ALTERNATIVEN als Partei weitgehend der Begriff ‚undogmatischer Sozialismus'. Der Zerfall der Sowjetunion (...), spätestens aber der 2. Golf-Krieg hat hier schon lange zerbröckelnden Selbstverständlichkeiten so endgültig den Garaus gemacht, daß viele sich nun wirklich fragen müssen: Welchen Publikationen kann ich denn noch vertrauen? Im Zweifelsfall blind auf TAZ oder FR zurückgreifen, selbst dieser *links* bürgerliche bzw. verbürgerlicht linke Dreh reicht als unterstes Niveau nicht mehr aus: Spätestens Jugoslawien hat dies gezeigt.

Soweit ich sehe, schustert sich so jede(r) seine/ihre eigene Informations- und damit auch Glaubwürdigkeitshierarchie zurecht, wobei persönliche Vororientierungen und parteipolitische Zwangsinformation eine große Rolle spielen können. (...)

Und dann kommen K. Vack und Co (das Komitee für Grundrechte und Demokratie ist für mich so etwas geblieben) daher und wollen auch noch etwas aktiv in diesem Jugoslawien tun, obwohl doch keine/r mehr durchblickt und wir doch erst einmal eine Geschichtsschulung mitmachen sollten. Außerdem: Können wir denn dem überhaupt noch trauen, wo der doch so ‚moraltriefende christliche Bulletins' herausgibt. Ist er nicht vielleicht doch zur caritativen Sichtweise übergegangen und hat dem politischen Standpunkt überhaupt Ade gesagt?

Also Genossen, Freunde, *links*-Leser oder was auch immer den letzten Rest von Gemeinsamkeit zwischen uns ausmacht: Angesichts des oben erwähnten Zerfalls sehe ich da, was die praktischen Folgerungen angeht, keine großen Unterschiede mehr. Solange wir keine weitergehenden gemeinsamen politischen Ansichten entwickeln, werde ich auch keinen Unterschied mehr machen. Auf dieser humanitären Basis treffen sich moralisch und politisch begründete Aktion in meinen Augen. Mich stört es dann allerdings auch nicht, wenn mir jemand mit Knierutscher, Bibelblätterer und ähnlichem kommt.

Was den Informationswert der *links* in solchen Diskussionen wie über den Krieg in Jugoslawien angeht: Für mich waren sie, ähnlich wie Hintergrundinformationen über den Zerfallsprozess der Sowjetunion, recht hilfreich, da zumindest um einen etwas unabhängigeren Standpunkt bemüht.

So betrachtet fände ich es schade, wenn Klaus Kowols Brief zum Dokument des Abschieds von der letzten Gemeinsamkeit zwischen den einstigen undogmatischen Linken geworden wäre. Wenn ich mich nicht irre, wird es eher schwieriger, in einer ungeheuer schnell sich ändernden Welt überhaupt noch den Überblick zu behalten. Wenn mir einer vor 15 Jahren gesagt hätte, ich würde einmal den Sohn eines ehemaligen Polizeioffiziers des Schah als Asylbewerber betreuen, hätte ich ihm vermutlich an die Stirn getippt. Aber dies, wie so vieles anderes, ist inzwischen Realität geworden. Inzwischen würde ich auf nichts mehr eine Wette abgeben.

Und genau in dieser Situation hätte ich gern so ein Forum wie die *links* weiterhin: meinetwegen auch intellektuell abgehoben und mit einzelnen Artikeln, die einen grün und blau ärgern.

Mit nicht ganz hoffnungslosen Grüßen

PAUL SCHMITT-WIEMANN

KOMMENTAR

CHRISTOPH GÖRG

Brandstifter u. Biedermänner

Die neue Bundesrepublik ist kaum zwei Jahre alt, da hat sie sich bis zur Kenntlichkeit verändert. „Die Serie der Anschläge gegen Unterkünfte für Asylbewerber reißt nicht ab", lesen wir täglich. Inzwischen hat diese Meldung ihren Weg von der ersten auf die vierte Seite der Tageszeitungen zurückgelegt. Bleibt zu erwarten, daß sie bald die tägliche Unfallbilanz auf den Straßen ergänzt. Doch hinter dieser „Normalisierung" verbirgt sich ein qualitativer Wandel. Ein erster Vorschein davon wird sichtbar im Erschrekken darüber, daß in der Bundesrepublik die Pogromstimmung gegen Flüchtlinge sozial akzeptabel geworden ist. Können doch viele dem „Mann auf der Straße" nachempfinden, daß ein nicht dem deutschen Ordnungsdenken entsprechendes Verhalten mit Brandsätzen geahndet werden muß. Selbst die Tatsache, daß diese Pogromstimmung die Politik aller „staatstragenden" Parteien zu beeinflussen in der Lage ist, kennzeichnet noch nicht den Kern des Wandels. Dem kommt man erst näher, wenn man eine Einsicht von B.Brecht variiert: *Was ist ein Stein gegen ein Flüchtlingswohnheim gegenüber der Abschaffung des Asylrechts!*

Es ist eine Untertreibung, würde man den Politikern der einschlägig bekannten Parteien hier bloßen Opportunismus gegenüber der Straße nachsagen. Auch die Kritik an ihrer Unfähigkeit, ein nur halbwegs funktionsfähiges Verwaltungsverfahren zu erlassen, würde zu normalen Zeiten durchaus Rücktrittsforderungen begründen können. Seitdem aber offensichtlich geworden ist, daß es ihnen bloß um eine taktische Ausnutzung des Asylthemas geht, läuft man Gefahr, sich mit dieser Kritik dem Verdacht der Naivität auszusetzen. Die Wohnungsnot und die vielfältigen Probleme für die Kommunen ernst zu nehmen bedeutet auch, zu erkennen, daß diese nicht erst durch die Asylbewerber geschaffen wurden. Vielmehr wird ein eklatantes Versagen der Politik dadurch überspielt, daß man die Flüchtlinge verantwortlich macht. Selbst der weitergehende Vorwurf, durch beiläufige Schuldzuschreibungen in öffentlichen Äußerungen würden die gewalttätigen Ausschreitungen nachträglich legitimiert, geht allein genommen nicht weit genug. Da spricht die passive Duldung der Überfälle durch leitende Polizeibeamte und verantwortliche Politiker schon eine drastischere Sprache. Die Gewaltakte kamen nämlich vielen Verantwortlichen allzusehr gelegen, die auf diese Weise ihr eigenes Süppchen kochen wollten. Wie das Beispiel Rostock lehrt, wurden die Anlässe für Ausschreitungen fast schon planvoll herbeigeführt. Am Asylthema wird deutlich, wie die Politik im neuen Deutschland tatsächlich funktioniert. Und es zeigt sich eine erschreckende Komplementarität zwischen den Ausschreitungen in und außerhalb des Parlaments. Zu beobachten ist die schrittweise Formierung eines symbolisch konstruierten, nach nationalen Prinzipien operierenden Ausgrenzungsmechanismus, der sich seine Sündenböcke sucht. An dem beteiligt zu sein, ist auch die eigentliche Schuld der Mehrheit der Führungsriege der SPD. Wenn es nur das wäre, daß die SPD ihre liberalen Grundsätze über Bord geworfen hätte! Viel schlimmer ist, daß sie von der CDU regelrecht vorgeführt wird, und sich noch nicht mal zu wehren versucht. Kaum hatte sie mit den Petersberger Beschlüssen die von vielen schon erwartete Kurswende in der Asylpolitik eingeläutet, da meldete sich der rechtspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion Eylmann mit der Bemerkung zu Wort, da man die SPD jetzt endlich an dem Punkt habe, könne gesagt werden, was man wirklich wolle: Die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl! Das Tempo, mit dem Teile der SPD dann auch noch diese Position übernommen haben, zeichnet den Weg vor, auf dem die „Auseinandersetzung", weitergehen und enden wird. Mit Skepsis ist auch die Möglichkeit zu betrachten, ob es den Verweigerern der Vorstandslinie in der SPD gelingen kann, diesen Kurs zu stoppen.

So besteht die Qual der Wahl: Entweder ist die SPD schlicht politikunfähig — nämlich nicht mehr in der Lage, die Strategien und Taktiken ihres Gegners zu berechnen. Nur ein politischer Hasardeur kommt nämlich auf den Gedanken, ausgerechnet durch Anpassung an die Politik des Gegners dessen Ablösung als Regierungspartei betreiben zu können. Und der Schwenk in der „öffentlichen Meinung" nach rechts wird durch solche Manöver eher hervorgerufen als daß er als Legitimation zu gebrauchen wäre. Oder die SPD will signalisieren, daß sie in Zukunft von sich aus dazu bereit ist, die Bundesrepublik nach dem Prinzip zu gestalten: German first! Im zweiten Fall macht es durchaus Sinn, daß sie nicht mehr sagen will, daß die Änderung des Artikels 16 im Grundgesetz an der Flüchtlingsproblematik und den Möglichkeiten ihrer Gestaltung nichts, aber auch gar nichts ändert — es sei denn, die Bundesrepublik folgt dem Beispiel der USA und baut eine neue Mauer, nur weiter im Osten! Dann ist es verständlich, wenn es der SPD peinlich ist zu sagen, daß der massenhafte Mißbrauch des Asylrechts durch die Institutionen der Bundesrepublik begangen wird — sei es, daß Nicht-Asylsuchende in das Verfahren gezwungen werden; sei es, daß standardisierte Klagen die Anerkennungsquote drükken oder daß die Zahlen gefälscht werden usw.

Wenn die Mehrheit der Parteispitze dies alles nicht mehr sagen will, hat das nur sehr wenig mit Standfestigkeit in Prinzipienfragen zu tun. Es wäre ja durchaus diskutabel, wenn sie Prinzipien in Frage stellen würde, um wichtigere Ziele zu erreichen (obwohl der Artikel 16 dafür ein denkbar schlecht geeigneter Kandidat ist). Indem sie sich aber auf die „Stimmung im Lande" beruft, der die Flüchtlinge nicht mehr zuzumuten sei, kapituliert sie vor einem von den Parteien selbst geschaffenen Problem. Hier kommt letztlich die Unfähigkeit zum Ausdruck, die sozialen Lebensbedingungen noch politisch gestalten zu wollen. Erst über diese Krise des Parteiensystems erhält das Asylthema seine emotionale Aufladung.

Und noch ein weiteres kommt hinzu: Die anwachsende Pogromstimmung hat (in Ost und West) mit den Enttäuschungen aus dem Vereinigungsprozeß zu tun. Wurde damals die nationale Karte von Kohl ausgespielt, um einen politischen Streit um die Ausgestaltung der sozialen und ökonomischen Bedingungen zu verhindern, so wird sie heute, wo das Fehlschlagen des Vereinigungsprozesses offenkundig geworden ist, ein weiteres Mal als Joker gezogen. Dabei hat sie genau den Weg zurückgelegt, den nationalistisches Denken im zwanzigsten Jahrhundert gehen muß: Von der damals unterstellten positiven Identität aller Deutschen zur negativen — der Ausgrenzung des Fremden: Die Probleme anderer Länder haben in Deutschland nichts zu suchen!

So scheint sich in der Asylfrage ein neuer Konsens der politischen Parteien herauszubilden: Jenseits aller Differenzen in Sachfragen seien vordringlich erst mal die deutschen Interessen zu schützen, wobei diese nichts weiter sind als ein symbolisches Konstrukt. Aus diesem Grund wird so getan, als könnten die lästigen Flüchtlinge draußen gehalten werden. Läßt sich das auch nach einer Grundgesetzänderung nicht erreichen, werden härtere Mittel angewendet. Daher ist es fast schon egal, ob die SPD nicht anders kann, oder nicht anders will. So oder so besteht eine Situation, wo die politischen Akteure genau die Geister *rufen*, die dann als Gespenster der Vergangenheit bestaunt werden. An der Diskussion um das Asylrecht sieht man, wie nationalistische Politik wieder neu entsteht — und nicht auf dem Balkan. ■

LUDI LODOVICO

Sozialdemokratisches Innenleben

Fließig wird im Parlament wie auf der Mob-Basis-Ebene mitgestrickt am nationalen Projekt. Die große Koalition startet mit dem Schlachtruf „Deutschland den Deutschen" und kleidet alte Ideologien in neue Gewänder. Als sei Deutschland das schönste und lebenswerteste aller Länder — die Arbeit hier ein Traum, der alle dazu verführt herzukommen, um den prallen Beutel der Marktwirtschaft auszupressen. Aus den europäischen Ländern dürften keine Einwanderungsländer werden, sagt Helmut Schmidt und weiter: „Das ertragen diese Gesellschaften nicht. Dann entartet (!) die Gesellschaft... In dem Augenblick, wo Schwierigkeiten auftauchen, wird nach Blitzableitern gesucht." Der eigentliche Skandal, nämlich daß eine Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, an ökonomischen Problemen „entarten" kann, wird nicht als solcher benannt. Vielmehr werden die, die von der „Entartung" getroffen werden, zu Sündenböcken erklärt. Mit Helmut Schmidts Interview, das die Frankfurter Rundschau am 12.9.92 veröffentlichte, setzt sich Ludi Lodovico auseinander.

Helmut Schmidt ist ein Mann von vorgestern und ein Virtuose des Eigentors. Als Kanzler wurde er längst abgehalftert, und in den Schlagzeilen erscheint er nur noch wegen der Geschäftstüchtigkeit beim Verhökern seiner Erfahrungen auf unzähligen Veranstaltungen, vor allem an amerikanischen Provinzuniversitäten, wo man viel Geld und wenig intellektuelle Ansprüche hat. 1986 griff Schmidt zur Feder und entwarf „eine Strategie für den Westen", also für Atomwaffen, Wirtschaftswachstum und jede Menge „Führungspersönlichkeiten", d.h. Schmidte, Schmidtinnen und Weltökonomen sowieso. — Was das Schießen von Eigentoren betrifft, so muß man an den NATO-Doppelbeschluß erinnern — eine Erfindung Schmidts, die zwei wesentliche Ergebnisse zeitigte: seinen (auch noch aus anderen Gründen erzwungenen) Rücktritt und starke Friedensbewegungen mit bis dahin unbekanntem öffentlichem Streit über militärische Strategien und anderes Zeug aus der Krypta der „Real"politik.

Als sich Oskar Lafontaine noch um Politik kümmerte und nicht ganztägig damit beschäftigt war, den Schaden zu begrenzen, der aus seiner Bereicherungsmentalität entstanden ist, entwischte ihm neben Blech („Generalstreik" gegen den NATO-Doppelbeschluß) gelegentlich auch Goldrichtiges. So warf er dem Macht-Klempner Helmut Schmidt dessen intellektuelle, politische und moralische Grundausstattung vor: Schmidt und sein Bonner Personal verfügten lediglich über ein durchschnittliches Set von Sekundärtugenden, mit denen auch jeder KZ-Wächter aufwarten könne: Ordnung, Pflicht, Fleiß, Sauberkeit. Viele meinten damals, das Schlappmaul aus dem Saarland habe Schmidt-Schnauze Unrecht getan mit dem Vergleich. Sie irrten.

Eine Redakteurin und ein Redakteur der Frankfurter Rundschau erschienen jüngst zum Interviewtermin beim Weltökonomen, der ihnen gleich heimleuchtete. Auf den Einwand der Redakteure, sie könnten dem Meister „nicht folgen", konterte der wie ein Holzfäller im Porzellanladen: „Das müssen Sie ja auch nicht, Sie wollen mich fragen und meine Antworten drucken." Es fehlte nur der Hinweis auf den Marktpreis für jede köstliche Schmidtminute. Und als die beiden Frankfurter auch noch zu fragen wagten, wie Schmidt „sozialdemokratisch" definiere, pfiff der im Kasernenhofton zurück: „Ich bin doch hier kein Konversationslexikon, das fertige Definitionen aus dem Ärmel schütteln kann." Wer außer Schmidt hätte je auch nur geträumt, beim hanseatischen Handlungsreisenden für Gesinnungsartikel über Wachstum, „Real"politik und Verantwortungsethik handle es sich um eine Enzyklopädie auf zwei Beinen? In Schmidts Kopf, wofür er seit 1945 selbst zuständig sein könnte, wabert noch weiter, was seither in keinem anständigen Lexikon mehr steht (und was wirklich aufgeklärte Köpfe schon vor 200 Jahren wußten): z.B. die unsinnige Rede von „Kunststaaten", so als ob es „Naturstaaten" gäbe, wozu notorisch der jeweils „eigene" gehört. In diese Preislage gehört auch Schmidts deutschnationale Oberlehrerweisheit, wonach „Deutschland" mit Otto dem Großen (962) begonnen habe — Otto kannte allerdings weder das Wort „Deutschland" noch „Deutscher" oder auch nur „deutsch". Schmidt muß derlei nicht wissen, denn ohne Gepäck schwadroniert sich's leichter, und die Intellektuellen haßt er ohnehin. Ottos „Imperium Romanum" (erst seit 1157 mit dem Zusatz „Sacrum" und erst seit 1442 mit der Präzisierung „nationis germanicae", also: Heiliges römisches Reich germanischer (!) Nation" und erst seit dem

26.8.1512 „Heiliges römisches Reich deutscher (!) Nation" — dieses Reich war im 10. Jh. nicht eines der „Deutschen", sondern jenes der „Franci et Saxones" (Sachsen und Franken). Diese beanspruchten die Erbschaft des römischen Reiches. Der Terminus „regnum teutonicum" erscheint erst ab 1073 vereinzelt. Schmidt hat immer noch im Kopf, was ihm die kaiserlich-deutschnationalen Lehrer und — fast unterschiedslos — Nazi-Offiziere eintrichterten: „Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen. Dieser Teil Europas ist in der Historie ein Schmelztiegel gewesen...
Aber das ist vorbei. Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen." Hier wird mit den historischen Tatsachen gleich auch die Logik eingeschmolzen. Oder kann man X zu etwas machen, was es schon längst ist? Ethnische Schmelztiegel (und nichts anderes ist bekannt in Europa für die Zeit zwischen Antike, Völkerwanderung und Früher Neuzeit) bleiben Schmelztiegel und werden durch Alter zwar etwas homogenisiert, aber nicht homogen. Schmidts „Deutsche" sind ein irres, in Jahrhunderten entstandenes Gemisch aus gentilen Verbänden, die sich relativ früh regional zu Großverbänden formieren (Friesen, Sachsen, Franken, Schwaben, Baiern, Thüringer etc.), aber erst spät als „Deutsche" bzw. „deutsches Volk" auftreten: staatsrechtlich verbindlich erscheint Schmidts „tausendjähriges" Deutschland erstmals in der Bundesakte von 1815; und Bismarck durfte 1871 den Begriff „deutsches Volk" nicht in die Verfassung aufnehmen, da ihm sonst die Bundesfürsten nicht gefolgt wären in den Spiegelsaal von Versailles; denn diese Bundesfürsten wollten ihre „Faustpfänder", die sächsischen, baierischen, weimarerischen, holsteinischen Untertanen, partout nicht „verdeutschen" oder „borussifizieren" lassen. Schmidts Jahrtausend-Deutscher sieht bei Licht besehen recht jung aus: eine deutsche Staatsanghörigkeit, der keine baierische, badische, sächsische, detmoldische oder mecklenburgisch-strelitzsche etc. vor- oder wenigstens gleichgeordnet gewesen wäre, gibt es erst seit die Nazis 1935 den Vorrang der Einzelstaatsbürgerschaft vor der Reichsbürgerschaft per Verordnung abschafften. Schmidts Phrase entpuppt sich als Produkt der konservativen wilhelminischen und nationalsozialistischen Reichs-Projektionen. Schmidts Exkurs in die Geschichte sollte die aktuelle Asyldebatte bereichern. Obwohl sich jedes Kind in jeder beliebigen deutschen Großstadt davon überzeugen kann, daß die BRD längst ein Einwanderungsland ist, behauptet Schmidt das Gegenteil. Und er setzt noch eins drauf. „Ich glaube, daß es ein Fehler war, daß wir zu Zeiten von Ludwig Erhard mit Fleiß und allen möglichen Instrumenten ausländische Arbeitnehmer in die Bundesrepublik hineingesogen haben." „Saugen" hört sich nett an. Das Weltbild des Weltökonomen ist trostlos, aber einfach: die deutsche Wirtschaft mit ihren Exportraten ist zuständig für Waren, Umsatz und Profit und von allem immer etwas mehr: Der Hunger den Hungernden und Deutschland den Deutschen. Denn: „Nur Herrenvölker haben den Beruf, in die Speichen der Weltentwicklung einzugreifen" (Max Weber 1918). „Daß wir mehrere Kulturen nebeneinander haben könnten, habe ich immer für absurd gehalten" — und schließlich „leben wir in einer Demokratie", und da „müssen wir uns auch ein bißchen, bitte sehr, nach dem richten, was die Gesellschaft will." Was die will, brüllt momentan der ostdeutsche Mob unter dem Beifall der braven Spießer: „Ausländer raus". Und Helmut Schmidt übersetzt das ins etwas feinere Hamburgische. Wenn er großzügig einräumt, was er ohnehin nicht schaffen würde, „das Ruder um 180 Grad herumzureißen" in der Politik gegen Emigranten und Flüchtlinge, zeigt er nur an, wozu er bereit wäre, wenn man ihn nur ließe. Realitäten wie die „multikulturelle Gesellschaft" (die man auch anders nennen kann) deklariert er als „absurd" und „abwegig". Und einem alten deutschen Brauch folgend, geraten ihm jene Seiten der sozialen und politischen Wirklichkeit, die jenseits des intellektuellen Horizonts eines Deichgrafen liegen, zu Erfindungen von Intellektuellen, zu „dem, was sich Professoren ausgedacht haben." Daraus zu schließen, daß er gerne einer geworden wäre, greift zu kurz. Wie ein eilfertiger Dorfpriester dem

Demokratie für wen?

Bischof aus der Stadt nachbetet, kopiert Schmidt bis ins Détail, was er von Max Weber verstanden hat. Begründete dieser 1916 den Weltkrieg und die „Weihe eines deutschen Krieges" mit seiner Verantwortungsethik und dem Hinweis, „die Welt wird voller", so flötet Schmidt jetzt zu den täglichen Anschlägen auf Flüchtlinge den Refrain: „Es kann dazu kommen, daß wir überschwemmt werden" und fordert konsequentes „verantwortungsethisches" Handeln. Sprach Max Weber vom „Literatengezeter gegen den Kapitalismus", so entdeckt Schmidt seine Gegner in den benachbarten Fachbereichen, wo „halbverdautes Soziologendeutsch" mit „halbverdautem Politologendeutsch" konkurriert. Max Weber richtete sich auf dem „Kampfplatz der Gegenwartsprobleme" gegen die „Kaffeehausintellektuellen" ein, um „politische Weltaufgaben" zu lösen. Der Weltökonom legt sich mit dem „Heiligen Stuhl" an in der Frage der „Bevölkerungsexplosion" und predigt: Wachstum, Wachstum, Wachstum, was sich „verantwortungsethisch", „zivilisatorisch" und „westlich" bestens reimt, denn nur „heilige Einfalt" könnte „etwa die Kriegesgewinne der Firma Krupp mit den Kriegsgewinnen irgendeines Malzschiebers in einen Topf" werfen (Max Weber 1919). Schmidt hat auch eine wachstumskonforme Lösung der Flüchtlingsprobleme parat: den guten deutschen Lagerbau: „Es muß mich doch überhaupt niemand hindern, für die Asylbewerber Lager zu bauen mit fließendem Wasser und Toiletten und anständiger Versorgung... Es muß derjenige, der aus Bosnien oder aus Rumänien kommt, wissen: Er kommt ins Lager, möglicherweise so lange, bis sein Fall entschieden ist. Aber wenn sein Fall negativ entschieden worden ist, dann muß der Mann auch abgeschoben werden."
Da hat sich Oskar Lafontaine damals im Rang vertan, als er — im Blick auf Schmidt — von Sekundärtugenden eines KZ-Wächters sprach. Es handelt sich um das ethisch-moralische Fundament eines in die Jahre gekommenen Lagerkommandanten. ■

EDGAR MORIN

Assoziierung oder Barbarei

Maastricht oder Sarajewo

Der folgende Beitrag ist eine gekürzte Fassung des französischen Sozialwissenschaftlers Edgar Morin zu Maastricht in *Le Monde* vom 10. September 1992. Morin ist durch sozialanthropologische Werke wie ,,Das Paradigma Mensch", wissenschaftstheoretische Werke wie ,,La Méthode" und nicht zuletzt durch Aufsätze zu aktuellen Problemen, vor allem zur Ökologie, bekannt geworden.

Zu hören ist, man müsse den Text des Maastrichter Vertrages gründlich entschlüsseln. Allein, es sind die Exegenten darüber, was der Text wirklich besagt, heillos zerstritten, und darüber, was zwischen den Zeilen stünde, restlos uneinig.

Es gibt Leute, für die der grausame Krieg im ehemaligen Jugoslawien einfach als eine serbische Aggression erst gegen Kroatien, dann gegen Bosnien-Herzegowina zu verstehen ist. Auch da müssen freilich Vorgeschichte, Ursachen, Umstände und Folgen einer tragischen Kettenreaktion, hervorgerufen durch die Auflösung eines totalitären Systems, berücksichtigt werden. So wenig die Probleme der Kurden, der Schiiten und überhaupt des Nahen Ostens durch die Entmachtung des Irak gelöst werden können, so wenig wird das dringend gebotene Einschreiten gegen die serbische Offensive die ethnischen und religiösen Probleme im früheren Jugoslawien lösen — Probleme, die sich in unterschiedlichen Formen in allen Nationen stellen, die aus dem Zerfall des Osmanischen, des Habsburger und des russischen Reiches hervorgegangen sind. Bei allen Unterschieden verbindet Jugoslawienkrise und Maastrichter Vertrag ein gemeinsamer geohistorischer Kontext.

In einer ersten Phase hat der Zerfall der totalitären Reiche Emanzipationsprozesse in Gang gebracht, die ihrerseits den Zerfall beschleunigten. Aber alsbald verwandelte sich der Frühling der Völker in einen Sturm entfesselter Nationalismen. Statt auf den notwendigen und möglichen Aufbau assoziativer Beziehungen zwischen den neuen Nationen bewegt sich die Entwicklung in Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Moldavien und Jugoslawien auf die Entstehung immer gefährlicher werdender Brandherde zu.

Dieser Gang der Ereignisse hat in Westeuropa blankes Entsetzen hervorgerufen. Während im Westen die Nationalismen zwar nicht zum Erliegen kamen, aber doch leiser traten und sich in abgemessenen Schritten auf eine Assoziierung zubewegten, innerhalb deren der Nationalstaat seinen absoluten Machtanspruch aufgab, brach unter den bis dahin ,,brüderlich vereinten Völkern" ein nicht mehr für möglich gehaltener Nationalitätenhaß aus.

Fehlende demokratische Erfahrung der Geführten und natürlich der Führer, der alten und neuen Apparatschiks, die ökonomische, soziale und politische Krise, die einen geordneten Übergang außerordentlich erschweren — es erklärt einiges. Grundlegender ist jedoch ein anderes Faktum, ein weltumspannendes: der Verlust der Hoffnung auf die ,,goldene Zukunft". Weltweit ist die Zukunft ungewiß geworden, eine camera obscura mit lichtschwachem Objektiv, die verschwommene Landschaften und verzerrten Porträts liefert. Die Identitäts- und Gemeinschaftssuche greift auf ältere bildende Künste wie Religion, Ethnie, Nation zurück.

Nun ist es absolut bemerkenswert, daß gerade der Nationalstaat die Ausdrucksform ist, in der sich die ethnische und religiöse Bindung kristallisiert hat. Verständlich wird dies letztlich nur, wenn die Erklärungssuche bis in den Untergrund des Unbewußten hineinleuchtet. Den Begriff des Nationalstaats durchströmt eine ganz und gar mythologische ,,Wärme". Als Heimat, Mutter-Erde, reproduziert er das natürliche Liebesverhältnis, als Vater-Land das natürliche Gehorsamkeitsverhältnis. Das französische Wort bringt beide Aspekte zusammen ,,la patrie". Dank seiner unterschwelligen Familiensymbolik hebt der Nationalstaat im modernen Zeitalter jene Familien-, Clan- oder Stammesbindungen auf, die durch ebendieses moderne Zeitalter — im anderen Sinne — aufgehoben werden. Hält man sich dies vor Augen, kann es nicht verwundern, daß die heute in einer orientierungslosen Zeit in Osteuropa entstehenden Staaten, ihr Bedürfnis nach Sicherheit und Gemeinschaft im Rahmen des Nationalstaates zu erfüllen suchen.

Selbstverständlich wird man einwenden, daß die ersten europäischen Nationalstaaten: Frankreich, Spanien, Großbritannien, später Deutschland und Italien oder Rußland mehrere Ethnien im Nationalstaat vereinigten. Besonders in Frankreich umspannte die Integration äußerst heterogener Ethnien mehrere Jahrhunderte.

Aber einmal voll herausgebildet, war er für die sich aus den Großreichen herauslösenden Völker das einzig vorstellbare Emanzipationsmodell. Um die Aufteilung der Reiche der Osmanen und der Habsburger in eine Unzahl schwacher Kleinstaaten zu verhindern, zog man es beim Versailler Vertrag vor, mehrere Ethnien zu einem Staat zusammenzufassen. Doch weder die weiche Herrschaft der Tschechen noch die rauhe Herrschaft der serbischen Monarchie vermochten, ihren Staat zusammenzuhalten. Zu

knapp war die ihnen von der Geschichte gewährte Zeit. Hitler hatte keine Mühe, diese Staatswesen aufzuspalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte man, daß der gemeinsame Widerstand gegen Hitler, was Jugoslawien betrifft, gegen Stalin die Völker zusammengeschweißt hätte. Das kulturelle Debakel des Kommunismus rief jedoch einen wahren Sturmlauf auf nationale Eigenständigkeit hervor.

Diese Vorgänge vollziehen sich in einem gewandelten Kontext und unter komplexer gewordenen Verhältnissen.

Da ist einerseits zuerst der engere europäische, sodann der planetarische Kontext. Die zu lösenden Probleme der Zeit sprengen die Möglichkeiten des Nationalstaates und erfordern eine Entscheidungskompetenz auf der Ebene der Staatengemeinschaft. Gerade diese Erfordernis hat zum Maastrichter Vertrag geführt. Da ist andererseits der spezifische Kontext der ehemaligen osmanischen, österreichisch-ungarischen, russischen und später sowjetischen Vielvölkerreiche, in denen Migrationen und Besiedlungen einen schier unentwirrbaren Völkerfleckenteppich haben entstehen lassen. Das Kernproblem darf nicht aus den Augen verloren werden:

▶ Katastrophale Kettenreaktion ◀

ein buntes Gemenge von Ethnien, Religionen und Völkern löst sich nach einem politischen Tauwetter aus dem Eiskristallgefüge eines Großreiches, und diese so vielfältigen Gruppen sind nicht in der Lage konföderative Beziehungen einzugehen. Natürlich setzt das Eingehen solcher Bindungen die Souveränität der sich emanzipierenden Ethnien voraus, aber diese Souveränität kann nicht mehr die absolute des klassischen französischen Modells sein (das zu überwinden sich Frankreich, falls es den Maastrichter Vertrag bejaht, anschickt).

Ist ein solches Modell durch den Krieg in Jugoslawien überholt oder im Gegenteil notwendiger denn je?

Schaut man aus dieser Perspektive auf das Geschehen in Jugoslawien, wird man das Wesen dieser Tragödie als das krebsartige Auswuchern eines unvermeidlichen und heilungsnotwendigen Erneuerungsprozesses diagnostizieren. Das alte Jugoslawien war nicht mehr lebensfähig, aber die zugeführten Frischzellen degenerieren in ein unkontrollierbares Wachstum, das die gemäßigten Kräfte in Jugoslawien überwuchert, ohne daß die Vereinten Nationen hemmend eingreifen können. Selbstverständlich muß die Geltung des Souveränitätsgrundsatzes für die Völker Jugoslawiens (auch für das albanische Kosovo) anerkannt werden, aber zugleich hätte man einen Assoziierungsrahmen aufbauen sollen, in dem die ökonomischen und kulturellen Bande, vor allem aber die Rechte der kroatischen, serbischen, moslemischen, ungarischen, mazedonischen und anderen Völker außerhalb der neuen nationalstaatlichen Territorien gesichert würden.

Das historische Verbrechen des Slobodan Milosevic ist der Mord an Bosnien-Herzegowina; diese Republik war gleichsam ein Mikro-Jugoslawien. Die Zerschlagung Bosnien-Herzegowinas zerschlägt gleichzeitig die Vorstellung einer Assoziierung von Ethnien, die dort verwirklicht war. Das Schlimmste muß jetzt für Kosovo befürchtet werden: Massendeportationen der Albaner.

Eine Kettenreaktion droht ihren katastrophalen Lauf zu nehmen, die weit über Jugoslawien hinaus wirken dürfte. Bereits im Januar dieses Jahres habe ich in diesen Spalten geschrieben: *„... die Entstehung einer moslemischen Nation in Bosnien würde sich im Kriegsfall unter dem Zeichen des alten christlich-islamischen Gegensatzes vollziehen, und der moslemische Nationalismus würde sich immer stärker auf fundamentalistischer statt auf laizistischer Grundlage entwickeln, was eine ohnehin schon gespannte Situation im Mittelmeerraum weiter aufladen würde."* Wenn nicht staatengemeinschaftliche Formen in der Wirklichkeit verankert werden, wird sich die Gewaltspirale in Jugoslawien in alle Windrichtungen ausdehnen.

Westeuropa ist von diesem Auflösungsprozeß nicht verschont geblieben. Die diplomatischen und strategischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Europäern haben sich verstärkt. Die übereilte und bedingungslose Anerkennung Kroatiens hat einen Riß in das deutsch-französische Verhältnis geschlagen. Die Unfähigkeit Europas den Krieg zu stoppen, hat ein Klima der Skepsis erzeugt, das sich auf die Wahlabsichten am 20. September ausgewirkt hat. Westeuropa ist nicht gegen Zerfall gefeit. Neben der erfreulichen Kombination von Souveränität und Assoziierung im katalanischen Modell sind auch die dubiosen Aufspaltungsgelüste der Lombardischen Liga in Italien zu registrieren.

Reden wir schließlich von Deutschland. Deutschland ist heute ein weitgehend demokratisches Land, dazu das am meisten pazifistisch eingestellte europäische Land, dazu das offenste für Flüchtlinge. Was würde daraus in einem dissoziativen Kontext nach einer Ablehnung des Maastrichter Vertrages? Ich zitiere abermals mich selbst: *„Die schlimmsten Hypothesen wären nicht auszuschließen. Eine Krise bahnt sich an in Europa. Wir sehen, wie die Frustrationen, Ängste, Verstimmungen, Schuldzuweisungen, sich zusammenbrauen. Der Krisenzustand ist noch nicht ausgerufen; ihre Gestalt gibt sich noch nicht zu erkennen, niemand vermag zu sagen, wo sie ihr Epizentrum haben wird."*

Der Sinn des Maastrichter Vertrages erwächst vor einem mehrfach ungewissen und tragischen Hintergrund.

Der überragende und grundlegende Sinn von Maastricht, der Sinn der alle anderen möglichen Sinne überbietet, aussticht, umschließt, ist: *Assoziierung.*

(Übersetzt von Robert Detobel)

Eine Karte der Welt verdient
nicht einmal einen Blick,
wenn das Land Utopia auf ihr fehlt.
(Oskar Wilde)

NIKO DIEMER * 25.4.52
† 21.9.92

Mit Niko Diemer verlieren wir einen einzigartigen Menschen, der das Zeitschriftenprojekt WIDERSPRÜCHE wesentlich geprägt und getragen hat. Ohne ihn als Freund, Mitstreiter, Mitdenker und Mitschreiber werden wir es schwerer haben, die „Trampelpfade" zu gehen, die wir brauchen, um heute zu einer egalitären, freiheitlichen und selbstbestimmten Gesellschaft zu kommen.

Maria Bitzan, Eberhard Bolay, Karl August Chassé, Frank Düchting, Dietlinde Gipser, Timm Kunstreich, Fred Manke, Günter Pabst, Friedhelm Peters, Wolfgang Plum, Barbara Rose, Andreas Schaarschuch, Volkmar Schöneberg, Friedel Schütte, Heinz Sünker, Wolfgang Völker, Uwe Wolf und Heiner Zillmer

ANDREAS BURO

Die neue europäische Herrschaftsordnung gewinnt Konturen

Die Tagungen auf internationaler Ebene überschlagen sich. Oftmals treffen sich in kurzen Abständen dieselben Personen — Minister, Generalsekretäre, Abgeordnete — mit nur unterschiedlichen Hüten auf dem Kopf wieder. Die Vielfalt der Organisationsstrukturen und ihrer Kombinationen sind für den Laien kaum noch durchschaubar und doch hat die Sache Methode.

Es verschachteln sich zwei große Prozesse. Der eine kann mit dem Stichwort aus der Petersberger Erklärung des Ministerrates der Westeuropäischen Union (WEU) vom 19.6.92 gekennzeichnet werden: „Entwicklung der Rolle der WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Instrument zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz...“ In den Worten der Friedensbewegung würde die Charakterisierung eher lauten: Entwicklung EG-Europas zur militärischen Großmacht und Neugestaltung des atlantischen Verhältnisses mit dem Ziel, die dominierende Rolle der USA zu relativieren und ein möglichst gleichberechtigtes Kooperationsverhältnis herzustellen. In dem Zusammenhang dieses Prozesses sind die Bemühungen der Bundesregierung und der SPD zu sehen, möglichst viele grundgesetzliche Beschränkungen für den Einsatz der Bundeswehr aufzuheben, so daß sie unbehindert in die neue Rolle als Interventionsstreitkraft auch out-of-area, die die WEU plant, eingebracht werden kann.

Der zweite große Prozeß bezieht sich auf die Neustrukturierung der gesamteuropäischen Situation. Die Gremien reden von der Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa und vom Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Ministertagung des Nordatlantikrates sprach auf ihrer Tagung in Oslo am 4.6.92 von „einem Geflecht ineinandergreifender, sich gegenseitig verstärkender Institutionen“ auf der sich Stabilität und Sicherheit im euroatlantischen Raum aufbauen würden. Ausdrücklich werden als solche Institutionen NATO, KSZE, EG, WEU und Europarat genannt. Im folgenden soll auf einige wichtige Aspekte der beiden Prozesse eingegangen werden.

Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedsstaaten, die sich auf dem Petersberg zu Bonn am 19.6.92 trafen, sagten deutliche Worte: ,,In dem Maße, wie die WEU ihre operationellen Fähigkeiten im Einklang mit der Maastrichter Erklärung weiterentwickelt, sind wir bereit ... die wirksame Durchführung von Konfliktverhütungs- und Krisenbewältigungsmaßnahmen einschließlich friedenserhaltender Aktivitäten der KSZE oder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu unterstützen.

Westeuropäisches Puzzle

Dies wird unbeschadet möglicher Beiträge anderer KSZE-Staaten und anderer Organisationen zu diesen Aktivitäten geschehen.“ Sie erklärten ferner: ,,... die WEU sei bereit, sich gemeinsam mit der Europäischen Union in vollem Umfang am Aufbau der europäischen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen.“ Weiterhin bekräftigten sie ihre Überzeugung, ... daß das Atlantische Bündnis (gemeint ist die NATO, A.B.) eine der unverzichtbaren Grundlagen der europäischen Sicherheit bildet.“ Gleichzeitig begrüßten sie, daß der derzeitige Reformprozeß in der NATO auf die Schaffung einer tragfähigen neuen transatlantischen Partnerschaft abziele.

Diese Aussagen sind geradezu Programm, das mit hohem Selbstbewußtsein der entstehenden westeuropäischen Militärmacht vorgetragen wird. Man lese genau! Krisenbewältigungsmaßnahmen sollen nach eigenem Gutdünken beschlossen werden. Die WEU wird sich eigenständig an der Sicherheitsarchitektur beteiligen und die Begrüßung der NATO-Reform klingt wie eine Kampfansage der erstarkenden EG an die bisherige Vorherrschaft der USA.

Diesem neuen Selbstbewußtsein entsprechen die Verlegung der WEU von London nach Brüssel, die Auflösung der Euro-Group der Westeuropäer innerhalb der NATO, deren noch nützliche Institutionen in die WEU eingegliedert werden sollen, und die Perspektive einer verstärkten ,,Zusammenarbeit im Rüstungsbereich im Hinblick auf die Gründung einer europäischen Rüstungsbehörde ...“ Ein WEU-Planungsstab wird gebildet, militärische Einheiten werden ihr zugeordnet. Die Mitgliedsstaaten erklärten sich bereit, ,,militärische Einheiten des gesamten Spektrums der konventionellen Streitkräfte für unter Befehlsgewalt der WEU durchgeführte militärische Aufgaben zur Verfügung zu stellen.“

Die Vielfalt der Aussagen und Aktivitäten der WEU kann hier nicht geschildert werden. Nur zwei Bemühungen sind noch anzusprechen. Die WEU versucht, die restlichen EG-Staaten als Mitglieder zu gewinnen, notfalls soll ihnen ein Beobachterstatus eingeräumt werden. NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, können als assoziierte Mitglieder an den Tätigkeiten der WEU voll teilnehmen. Man versuchte also alle europäischen NATO-Staaten einzubinden.

,,Die militärischen Einheiten werden sich aus Streitkräften der WEU-Mitgliedstaaten, einschließlich Streitkräften mit NATO-Aufgaben — in diesem Fall nach Konsultationen mit der NATO — zusammensetzen und multinational organisiert werden sowie aus Einheiten aller Teilstreitkräfte bestehen.“ Das Prinzip der multinationalen Einheiten wird gegenwärtig schon im deutsch-französischen Eurocorps verwirklicht. Freilich sollen diese WEU-Truppen im Bedarfsfall auch der NATO unterstellt werden. Die Minister des Nordatlantikrates betonten dies sehr deutlich am 4.6.92 in Oslo ,,... daß die primäre Verantwortung der der WEU zugeordneten Streitkräfte die kollektive Verteidigung der NATO nach dem Washingtoner Vertrag bleiben wird.“ Das aber stößt auf Schwierigkeiten, da die multinational in der WEU vernetzten französischen Streitkräfte nicht der NATO unterstellt werden können, weil Frankreich nicht Mitglied des militärischen Teils der NATO ist. Freilich ist das keine technische Frage, sondern eine hochpolitische, denn Frankreich ist der Exponent für eine eigenständige westeuropäische Militärpolitik. Die Bildung der multinationalen Truppen ist so praktisch ein Schritt zur Aushöhlung der US-dominierten NATO. Ein Stück Konkurrenz, trotz aller verbaler Kooperationsbereitschaft, zwischen EG und USA wird hier erkennbar. Kein Wunder, wie sehr sich die US-Administration über das Eurocorps erregt hat und noch erregt.

Es kann keine Frage geben, mit der Maastrichter Erklärung ist der offizielle Startschuß auch für die militärische Formierung der angestrebten EG-Union gegeben worden, auf den so viele Stellen aus Politik, Militär und Rüstungsindustrie schon lange warteten. Die langen Vorplanungen machen sich jetzt bezahlt. Zügig kann das neue Institutionengefüge montiert werden. Freilich heißt dies nicht, daß die Widersprüche im EG-Integrationsprozeß und der Kampf der Nationalstaaten um ihre Position innerhalb der neuen Union schon überwunden wären. Aber der Militärzug steht unter Dampf und verheizt die erhoffte Friedensdividende. Welches Gewicht allerdings die militärische Komponente tatsächlich bekommen wird, ist damit angesichts der vielen drängenden anderen Probleme und der geringen Eignung des Militärs, krisenhafte Situationen zu lösen, nicht festgelegt.

Ordnungsmacht oder Gleichberechtigung

Um das einst hoffnungsbesetzte Wort vom *Gemeinsamen Haus Europa* ist es mittlerweile still geworden. Der Begriff der europäischen Friedensordnung wird noch benutzt, doch blieb lange Zeit unklar, was darunter zu verstehen sein sollte. Würde diese Ordnung auf einem militärisch bestimmten System kollektiver Sicherheit beruhen, das in

Frankfurter Buchgesellschaft
Syndikat
Für eine Kultur der Argumentation

Die Syndikat Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur besteht seit über 15 Jahren. Bei Namensgebung und Zielsetzung hatten wir die Lesegesellschaften der Aufklärung vor Augen: Bücher als Ausgangspunkt für die eigene und die gesellschaftliche Emanzipation.

In den vergangenen Jahren haben wir durch eigene Produktion, durch Kooperation mit befreundeten Verlagen und durch die Übernahme von Restbeständen ein breit gefächertes Angebot von Büchern zusammengetragen, die in ihrer Bedeutung über den Tag hinausreichen.

Unser Angebot umfaßt ca. 1500 Titel aus den Bereichen
* Philosophie/Wissenschaftstheorie
* Theologie/Altertumswissenschaft/Judaica
* Anthropologie/Ethnologie
* Soziologie/Ökonomie
* Psychologie/Pädagogik
* Geschichte/Zeitgeschichte/Politik
* Literatur- und Sprachwissenschaft
* Kunstgeschichte
* Belletristik

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne unser aktuelles Gesamtverzeichnis zu:

Frankfurter Buchgesellschaft
Syndikat
Postfach 170 526
6000 Frankfurt a.M. 1

Dresden, Frühjahr 1945

sich stets die Gefahr eines qualitativen Rüstungswettlaufes enthalten würde? Oder könnte die KSZE zu einem Instrument der nicht-militärischen und vorbeugender Konfliktbearbeitung und der Kooperation ausgebaut werden, wie es aus der Friedensbewegung heraus immer wieder gefordert worden ist?

Trotz der vollmundigen Pariser KSZE-Gipfelerklärung vom Herbst '90 bleiben die Institutionen, Instrumente und Verfahren der KSZE rachitisch. Sie hatten weder die Mittel noch die politische Kompetenz zugestanden bekommen, in dem krisenhaften Umbruch der bürokratischen Gesellschaften im östlichen Europa vorbeugend die erkennbaren Konflikte in Angriff zu nehmen. Der Präsident der CSFR Vaclav Havel hat im Vorfeld von Paris eine KSZE-Friedensordnung vorgeschlagen, die eine gleichberechtigte Teilnahme auch der armen und schwachen Staaten ermöglichen sollte. In Paris kam sie nicht auf die Tagesordnung. Stattdessen schien man im Westen auf die eigene Überlegenheit in allen Bereichen zu setzen. Wer sollte auch nach dem Zusammenbruch der östlichen Ökonomien und der Auflösung des Warschauer Paktes dem Westen noch etwas entgegensetzen? Viele glaubten wohl wirklich über EG und NATO die Gestaltungsmacht für Gesamteuropa ausüben zu können.

Inzwischen haben die vielen Kämpfe und Katastrophen gezeigt, daß dem nicht so ist. Die Hilflosigkeit der EG angesichts des jugoslawischen Desasters, die nationalistischen Eruptionen und die enormen Schwierigkeiten in den Versuchen ökonomischer Stabilisierung signalisieren einerseits die Nutzlosigkeit militärischer Mittel zur Überwindung der Krisen und Probleme und werten andererseits den politischen Faktor auf. Anders ist es wohl nicht zu verstehen, wenn nun NATO und WEU dafür plädieren, auf dem bevorstehenden KSZE-Gipfel diese Organisation in ein ‚Regionales Abkommen' gemäß der Charta der Vereinten Nationen nach Kapital VIII, Art. 52 umzuwandeln. In Absatz 2 heißt es: „Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die solche Abkommen abschließen oder solche Organe schaffen, sollen alle Anstrengungen machen, um örtliche Streitfälle ... friedlich zu regeln, bevor sie diese dem Sicherheitsrat vorlegen."

Aus dem Charta-Text geht allerdings meines Erachtens nicht zwingend hervor, daß die regionalen „Anstrengungen" nur friedlicher Natur sein dürfen.

Genau an diesem Punkt setzt die Unschärfe der anstehenden Entscheidung und der daraus folgenden Politik ein. Wird hier tendenziell eine große und global äußerst einflußreiche Region aus der Zuständigkeit der Vereinten Nationen herausgenommen und der regionalen Ordnungsmacht EG/WEU/NATO unterworfen? Der Sicherheitsrat könnte schließlich immer von den ständigen Mitgliedern aus Europa blockiert werden. Oder wird der sinnvolle Versuch unternommen, regional zu einer Überwindung des Krieges als Mittel des Konfliktaustrages zu kommen und eine wirkungsvolle Kooperation zur Lösung der Probleme der Region zu installieren?

Gegenwärtig stehen noch die militärisch-sicherheitspolitischen Erwägungen im Vordergrund. Die NATO erklärte sich bereit, Truppen auf Anforderung der KSZE zur Verfügung zu stellen, falls sie den vorgesehenen Aktionen zustimmt. Die WEU äußerte sich in ähnlicher Weise. Neuerdings wollen auch die GUS-Staaten „Friedenstruppen" aufstellen, wobei angesichts innerer Konflikte der Charakter solcher Kontingente fraglich erscheinen muß. Es ist auf jeden Fall mit einem starken Druck zu rechnen, in einem regionalen Abkommen KSZE der militärischen Konfliktbearbeitung einen hohen Stellenwert einzuräumen, da die Einwirkungsmöglichkeiten der USA vor allem in ihrer militärischen Überlegenheit liegen und weil die EG-Politik sich bereits auf eine Umrüstung zu regionalen und globalen Interventionskräften entschlossen hat, deren Aufbau selbstverständlich legitimiert werden muß. Setzt sich jedoch militärisches Sicherheitsdenken durch, so werden nach allen Erfahrungen, die nicht-militärischen Formen der Konfliktbearbeitung in den Hintergrund gedrängt bzw. gar nicht erst wirkungsvoll entwickelt. Es entstünde eine Situation, wie sie im Weltmaßstab zwischen UNO und USA schon seit langem besteht: eine Instrumentalisierung der Welt- oder Regionalorganisationen durch die mächtigen Staaten, die über einsatzfähige Bataillone verfügen. Die konfrontative Logik würde über die kooperative obsiegen.

Obwohl die angedeutete pessimistische Interpretation viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, gibt es doch auch einen immanenten Druck, die Möglichkeit der politischen Regulierung nicht zu vernachlässigen, gerade weil die militärischen Instrumente so wenig geeignet sind, europäische Probleme zu lösen. Ob diese Option von der offiziellen Politik des Westens tatsächlich wahrgenommen und konsequent verfolgt wird, läßt sich daran messen, ob und wie die KSZE tatsächlich zu einer kompetenzreichen Institution gleichberechtigter, vorbeugender nicht-militärischer Konfliktbearbeitung ausgebaut werden wird.

▶ Gegen militarisierte Konfliktbearbeitung ◀

Hier liegt der Ansatzpunkt für die Forderungen und Vorschläge der Friedensbewegung, die auch in Zukunft auf allen Ebene gegen die Militarisierung der Konfliktbearbeitung, die Umrüstung auf Interventionsfähigkeit, die Waffenexporte und die Neustrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie anzukämpfen hat. Dies wird sie allerdings nur dann erfolgreich leisten können, wenn sie die Militarisierung des KSZE-Prozesses angreift und alles unterstützt, was die Fähigkeiten des Geflechtes der europäischen Institutionen und Verfahren fördert, Konflikte nicht-militärisch und kooperativ zu lösen. Die erste Bewährungsprobe steht unmittelbar bevor: sich radikal gegen die militärische Intervention des Westens in Jugoslawien zur Wehr zu setzen. ■

BERND RÖTTGER

Das „Modell Deutschland“ in der Bredouille

Deutschlands Vereinigung und Europas Wachstumsmodell

Allmählich bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß mit der „Wiedervereinigung“ nicht etwa eine territoriale Erweiterung des erfolgreichen westlichen Wachstumsmodells stattgefunden hat, sondern eine tiefgreifende Transformation von Ökonomie, Gesellschaft und Politik. Infolge der „Abwicklung“ des „Modell Deutschland“ entsteht insbesondere in der Europapolitik Konfusion. Die Europa-Debatte in der Bundesrepublik (in der nächsten *links* ist dazu ein Beitrag geplant) ist auch das Resultat einer widersprüchlichen europapolitischen Stellung der neuen Bundesrepublik, die sich in ihrer Dialektik von Angleichung und Differenzierung treffender charakterisieren läßt, als durch Begriffe wie „Hegemonie“ oder „Interdependenz“.

An vermeintlich gesicherter Erkenntnis besteht kein Mangel. Nach Einschätzung der sog. Realpolitiker und ihrer wissenschaftlichen Gefolgschaft geht die Rückkehr zur „Normalität“ des deutschen Nationalstaats mit einem Zugewinn von internationaler Macht einher. Die Politik der Aufgabe von Souveränitätsrechten und der Einbindung in supranationale (vor allem westeuropäische) Institutionen gehört der Vergangenheit an. Geostrategisch denkende Köpfe wissen auch gleich, welches das neue Einflußgebiet Deutschlands sein wird: die vom Realsozialismus gebeutelte und nun brachliegende osteuropäische Landmasse. Deutschland sei aufgrund seiner geographischen Lage dazu verdammt, als „Mittelmacht“ zu fungieren. Die Globalisten und der interdependenzorientierte Ansatz sehen das allerdings ganz anders, aber auch sie sind sich ihrer Sache gewiß: der Bundesrepublik, ob alt oder neu, bleibt gar nichts anderes übrig, als sich den Realitäten globaler Interdependenz zu stellen, die ja mit der deutschen Nationalstaatswerdung nicht verschwunden sind. Der „Handelsstaat“ Bundesrepublik muß sogar vorangehen, wenn es darum geht, kooperativ-globales Krisenmanagement in Europa durch die Schaffung neuer internationaler „Regime“ zu institutionalisieren. Auf jeden Fall aber wird die bundesdeutsche Macht „gefesselt“ sein.

Beide Befunde sind eher das Ergebnis einer axiomatischen Setzung, denn einer Analyse der herrschenden Verhältnisse. Tatsächlich dümpelt die neue Bundesrepublik noch in den unbekannten Gewässern der Welt- und Europapolitik. Aber es zeichnen sich Umrisse einer neuen Konfiguration ab: außenpolitisch ist an die Stelle einer Strategie der Interdependenz eine neue Souveränisierungs-Doktrin getreten; die ökonomische Stärke in Europa, die vor allem auf einem homogenen Produktionsapparat aufbaute, ist einer inneren Differenzierung gewichen; die „DM-Hegemonie“ kann sich gerade noch über die Hochzinspolitik und den formal-unabhängigen Status der Bundesbank über die Runden retten, wenn sie nicht durch die Inflationierung der DM ganz aufgefressen wird. M.a.W.: erstarktes politisches Selbstbewußtsein auf der Grundlage bröckelnder ökonomischer Exzeptionalität!

Was die Interdependisten folglich unterstellen, tritt so nicht ein: der ökonomischen Interdependenz folgt nicht zwangsläufig eine supranationale Politik. Das Gegenteil zeichnet sich ab: nationale Politik bricht überall dort durch, wo die weltgesellschaftliche Interdependenz von den nationalen Gesellschaften Anpassungsleistungen fordert. Aber auch die Realisten straucheln an der Realität: der Nationalstaat kann seine Macht gar nicht zur Entfaltung bringen, da ihm andere „global player“ (vor allem transnationale Konzerne) seine Macht- und Regulationsinstrumente entschärft haben. Realpolitik verkümmert zu einem voluntaristischen Akt!

Die Unzulänglichkeit der Theoriebildungen wird dadurch gekrönt, daß eine andere Variante die Addition des altbundesdeutschen Produktionsapparats mit der Ex-DDR-Ökonomie betreibt, um eine neue Hegemonialposition Deutschlands abzuleiten. Die Dominanz, die von der Alt-Bundesrepublik vor allem auf Westeuropa ausging, wird jetzt auf Osteuropa ausgeweitet. Das aber unterstellt, daß das „Modell Deutschland“ in die neue Bundesrepublik verlängert wurde — und da sind erhebliche Zweifel anzumelden.

▶ „Modell Deutschland“ ◀

Die Fundamente des „Modell Deutschland“ wurden vor allem in westeuropäischen Boden gestampft. Monetäre Stabilität, die Dominanz des Exportsektors, der sich Gesellschaft und Politik funktional unterordneten, der soziale Konsens und eine erfolgreiche Modernisierungspolitik bildeten die Grundlagen für den Erfolg des „Exportmodells“. Anpassungslasten konnten vor allem auf Westeuropa externalisiert werden. Der Erfolg machte das „Modell Deutschland“ schließlich auch zum Objekt der ostdeutschen Begierde. Es kam aber ganz anders: Was als territoriale Erweiterung des Bewährten gedacht war, stellte sich schnell als umfassende Transformation heraus. Weder konnte das Wirtschafts- und Sozialmodell des Westens dem Osten erfolgreich übergestülpt werden, noch zeigten sich die Fundamente des „Modell(s) Deutschland“ der Vereinigung gegenüber resistent. Offensichtlich wurde zunächst die „Abwicklung“ der politischen Integrationsstrukturen: die Parteien befinden sich in einer tiefen Legitimationskrise, man diskutiert erstmals in der Bundesrepublik die Existenz einer „politi-

schen Klasse", also einer staatlichen Elite, die sich mehr und mehr von der Gesellschaft entfremdet und die massenintegrative Kraft der Gewerkschaften schwindet, wie der ÖTV-Streik gezeigt hat. Der Klassenkompromiß zwischen Kapital und Arbeit wird zusehends aufgelöst. Über „Sachzwanglogiken" sollen die Gewerkschaften in kapitalorientierte Krisenstrategien eingebunden werden (Lufthansa). Insgesamt erleben Staat und Politik eine fundamentale Krise „von unten": die gesellschaftliche Vereinheitlichung und die soziale Integration im Nationalstaat scheitern; die sozialen und regionalen Disparitäten verschärfen sich. Vor allem aber gelingt es nicht mehr, den dominierenden Akkumulationstyp mit einer sozialintegrierenden Politik zu vermitteln, was im „Modell Deutschland" noch so trefflich klappte.

Die fundamentale Krise des „Modell Deutschland" besteht aber darin, daß seine Stellung in Europa grundlegend verändert wurde. In den 80er Jahren mutierte es zu einem „Abwälzungsmodell", das nur noch dadurch funktionierte, daß Anpassungskosten den anderen EG-Ländern aufgebürdet werden konnten. Die wirtschaftspolitischen Anpassungen müßten infolge der globalisierten und liberalisierten Finanzmärkte die EG-Länder vornehmen. Die Bundesrepublik gab den Kurs aufgrund der Leitwährungsfunktion der DM im Europäischen Währungssystem (EWS) vor. Die unaufhörlich steigenden Exportüberschüsse erlaubten die nationalstaatliche „Monopolisierung" sozialer Kompromisse, indem Arbeitslosigkeit in die EG-Länder exportiert werden konnte.

Chronisches Wachstumsgefälle

Entgegen verbreiteten Vorstellungen war es jedoch nicht die bundesdeutsche Exportdynamik, die ursächlich die Exportüberschüsse „verantwortet". Der bundesdeutsche Export, gerade im wichtigen Bereich der Investitionsgüter, blieb sogar hinter der Steigerung im EG-Durchschnitt zurück. Die Handelsbilanzüberschüsse konnten aber dadurch so gravierende Ausmaße annehmen, daß die Importentwicklung der Bundesrepublik geradezu eklatant gering ausfiel. Das chronische Wachstumsgefälle in der EG der 80er Jahre spielt hierfür eine Rolle. Wichtiger waren aber strukturelle Gründe. Die sektorale Kohärenz des bundesdeutschen Produktionsapparates bewirkte eine nationale Zementierung des Wirtschaftskreislaufes („Festung Deutschland"). Die Bundesrepublik schottete sich so gegenüber den Importeffekten ökonomischer Modernisierung, die sowieso hinter der europäischen Dynamik zurückblieb, weitgehend ab. Die deutsche Vereinigung wirkt hier als Zäsur: Nicht nur, daß das Wachstumsgefälle eingeebnet ist, sich 1990 sogar umkehrte, vor allem aber mußten die kohärenten ökonomischen Strukturen dadurch aufgeweicht

werden, daß die Wirtschaftskreisläufe des Währungsraums „Modell Deutschland" auf die Ex-DDR erweitert wurden.

Damit entstand nicht nur eine neue Bundesrepublik, sondern auch ein politisches Vakuum im Außenverhalten, in das nun verschiedene neue Strategien stoßen. Ihr vergrößertes ökonomisches Potential weckt bei einigen Akteuren Hegemonialgelüste, während die Tatsache des Verschwindens bundesdeutscher Spezifika der Industriestruktur, die zunächst „hausgemacht" zu Grabe getragen wurden, Argumente für eine neue EG-Integrationspolitik liefern.

Auch von europäischer Seite geriet das „Modell Deutschland" in die Bredouille. Dies zum einen, weil es nur auf der Grundlage unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen und wirtschaftspolitischer Strategien in Westeuropa funktionierte, also sozusagen komparative Differenzen voraussetzte. Diese Exklusivität wurde nicht nur innergesellschaftlich „abgewickelt", sondern ist seit Mitte der 80er Jahre unter den Druck der fortschreitenden Inter- und Transnationalisierung des Kapitals geraten, die eine De-Nationalisierung der Ökonomien in Westeuropa vorangetrieben hat.

Unter dem EWS ist es den neoliberalen Kräften Westeuropas gelungen, den „Sachzwang Weltmarkt" erfolgreich für ihre Herrschaftsprojekte zu nutzen. Der Exportsektor avancierte zum Wachstumsträger aller EG-Ökonomien. Sozial- und Umverteilungspolitik mußten sich seinen Reproduktionserfordernissen unterordnen. Inzwischen sind fast überall durchaus erfolgreiche stabilitätspolitische Koalitionen auch innerhalb der sozialistischen Parteien gebildet worden (z.B. über die „désinflation compétitive" in Frankreich). Stabilitätspolitik ist somit keine Domäne der Bundesrepublik mehr, allenfalls vielleicht noch in Form des Stabilitätsfetischismus der Deutschen Bundesbank.

Gleichzeitig mit der Angleichung nationaler Akkumulationsstrukturen und politischer Regulationsweisen im metropolitanen Westeuropa hat sich ein transnational-europäischer Akkumulationstypus herausgebildet, in dem sich die modernen wirtschaftlichen Sektoren zunehmend miteinander verflochten haben (Euro-Kapital-Bildung durch grenzüberschreitende Kapitalkonzentrationen) und sich zu europäisierten Wirtschaftskreisläufen verdichteten. Diese bewirkten, daß sich die modernen „Regionen" im metropolitanen Europa sowohl in den Einkommens- wie in den Sozialstrukturen mehr und mehr anglichen. Die europäische Gesellschaft spaltet sich in Modernisierungsgewinner und Modernisierungsverlierer. Letztere sind es, die versuchen, ihren sozialen Besitzstand sowie die nationalspezifischen Verhältnisse über den Nationalstaat zu verteidigen oder über neorassistische Mobilisierungen den sozialen Verteilungsspielraum neu zu bestimmen. Europa-Politik dagegen wird zur exklusiven Angelegenheit der metropolitanen Modernisierungskoalitionen. Sie bildet sich aus den jeweiligen Gewinnern der nationalstaatlich enthomogenisierten 2/3-Gesellschaften des Nordens bzw. der Formen struktureller Heterogenität Süd- bzw. Osteuropas, die sich entlang der neuen transnational-westeuropäischen Industriekonglomerate und ihrer „Enklaven" entwickeln. Ehemals homogene Nationalstaaten werden nach den Regulationserfordernissen der transnationalen Akkumulation flexiblilisiert und der Euro-Strategie subordiniert. Die Krise des Nationalstaats wird „von oben" festgezimmert.

Das Ende nationaler Wachstumsmodelle

Ein Abgesang auf das „Modell Deutschland" läßt aber noch auf sich warten. Beharrlich wird seine Kontinuität postuliert: als stabilitätspolitische Festung in einem inflationierenden europäischen Umfeld in der Debatte zur Wirtschafts- und Währungsunion; als Wirtschaftskraft, die über Produktivitätsvorsprünge verfügt, als ob Westeuropas Modernisierung nicht stattgefunden hätte. Es wird weiterhin nationalstaatliche Homogenisierung gepredigt, obwohl diese längst dem liberalisierten und transnationalisierten Akkumulationsprozeß zum Opfer gefallen ist.

Die Mythen der Realisten, nationalstaatliche Macht- und Hegemonialpositionen auf der Grundlage einer zusehens europäisierten Ökonomie bauen zu können und der Irrtum der Globalisten, daß ökonomische Interdependenz supranationale Politik hervorzaubert, lassen das Objekt der Erkenntnis wie Sand durch die Finger gleiten. Die Stellung der neuen Bundesrepublik in Europa zu analysieren, bedarf neuer theoretischer Konzepte, die sich vor allem der Dialektik von Vereinheitlichung und Fraktionierung, Angleichung und Differenzierung sowie Kooperation und Konflikt in der Weltgesellschaft stellen müssen, wenn sie nicht zum Buhlen konkurrierender politischer Strategien werden wollen. ■

Unpolitische Umweltpolitik

Der (westdeutschen) Umweltpolitik stehen derzeit grundlegende Herausforderungen in mehreren Dimensionen gegenüber; es ist nur die Frage, ob ihre diversen Handlungsträger das selbst schon bemerkt haben. Der krisenhafte Verlauf des Einheitsprozesses verengt auch die (finanziellen) Spielräume für umweltpolitische Innovationen. Das umweltrechtliche Vollzugsdefizit konterkariert die weitere Verrechtlichung ökologischer Standards. Der relative Erfolg der Umweltbewegung hat ihre Konstitutionsbedingungen aus der Zeit der späten siebziger Jahre aufgelöst. Was kann der Steuerungsanspruch des Staates in der Ökologischen Politik noch sein? Wie kann die Umweltbewegung, wenn es sie denn noch gibt, in dieser Situation weiterarbeiten? Folgende Beiträge sind vorgesehen:

- Hermann Bömer (Uni Dortmund): Ende des Einigungsbooms und Scheitern der schnellen Einheit — Auswirkungen auf umweltpolitische Handlungsmöglichkeiten
- Charlotte Nieß-Mache (Umweltministerium NRW): Trend zur Deregulierung im Umweltrecht?
- Helmut Arnold (Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Hessen): Deregulierung der Naturschutzpolitik?
- André Leisewitz (Rechercheabteilung des Verlags der Ökologischen Briefe, Frankfurt a.M.): Reduktion des FCKW- und CKW-Verbrauchs der bundesdeutschen Industrie — Ursachen und Alternativen — Bericht aus zwei empirischen Projekten
- Marion Schole (Mitglied des Landtages, Niedersachsen): Vom Vollzugsdefizit zur Deregulierung — Wie begrenzte Mittel und Möglichkeiten der Umsetzung des Umweltrechts den Trend zur Deregulierung befördern.
- Christel Möller (Staatskanzlei Niedersachsen, Hannover): Die Folgen des Erfolgs. Institutionalisierung der Umweltpolitik — Neuorientierung der Umweltbewegung.

Termin: 31.10. bis 1.11.1992
Ort: Europäische Heimvolkshochschule Bevensen
Kontaktadresse: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Gisselbergerstr. 7, 3550 Marburg, Tel.: 06421/21 395

500 Jahre Aggression

Vom 9.-12. Oktober 1992 wird die südspanische Stadt Puerto Real (Andalusien) zum Zentrum für Solidaritäts- und Internationalismusgruppen aus ganz Europa. Unter dem Thema „500 Jahre Aggression — 500 Jahre Widerstand für die Würde der Völker — Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992“ wird in sieben Arbeitsgruppen über verschiedene Aspekte der Geschichte, die gegenwärtige Situation in Lateinamerika diskutiert und über die Anforderungen an eine neue Solidarität in Europa — nach 500 Jahren Kolonialismus.
Anmeldung: durch die Einzahlung von 250,— DM bei der Volksbank Langen-Dietzenbach,
BLZ 505 616 05, Monimbo e.V., Kto.-Nr. 55 777 3, Stichwort Anmeldung Foro Popular.
Information: Monimbo e.V., Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach.

Gescheiterte Befreiung?

Eine Bilanz von Nationalismus und Sozialismus in der „Dritten Welt“

- Dekolonisierung, Unabhängigkeit und innere Nationenbildung. Die Geschichte eines Mißerfolges (Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Hamburg)
- Befreiungsbewegungen an der Macht. Von der Emanzipation zum Staatssozialismus (Prof. Dr. Christian Sigrist, Münster)
- Entwicklung durch Industrialisierung? Ein Vergleich geglückter und gescheiterter Modelle (Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Konstanz)
- Säkularismus und Traditionalismus am Beispiel Indiens (Prof. Dr. Dietmar Rothermund, Heidelberg)
- Die Chancen von Menschenrechten und Demokratie in der „Dritten Welt“ (PD Dr. Nikolaus Werz, Freiburg)
- Die Krise von Nationalismus und Sozialismus und die Perspektiven der „Dritten Welt“ (Podiumsdiskussion mit allen Referenten. Leitung: Dr. Hans Horch, VHS)

Veranstalter: VHS und Landeszentrale für politische Bildung Saarbrücken
Termin: Samstag, 14. November, 9.30-19.30 Uhr
Ort: Saarbrücker Schloß, Kellertheater
Gebühr: frei
Anmeldung: nicht erforderlich.

Nation, Nationalismus und geschichtliches Bewußtsein

Der Nationalismus und das neue nationale Bewußtsein, das sich nach der Auflösung der zentralistischen Zwangsstaaten des Ostblocks scheinbar wie aus dem Nichts bildete, wird vielerorten als Befreiung empfunden. Der russische Soziologe Victor Zaslavsky forderte deshalb, den Nationalismus nicht zu dämonisieren, denn durch ihn werde die Unabhängigkeit von der heutigen Noch-Sowjetunion vollzogen, wie man es am Beispiel der baltischen Staaten verfolgen könne. Mit der Neubildung eines nationalen Bewußtseins hat sich allerdings, wie die bisherige Entwicklung in den osteuropäischen Staaten zeigte zugleich ein Spannungs- und Konfliktfeld eröffnet, das man in Europa für historisch längst überholt hielt. Die ethnischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen, die in einem Staat leben, ein neu aufkommender Fremdenhaß und teilweise auch Antisemitismus kennzeichnen diese neuen Konflikte. Auch in Westeuropa ist eine deutliche Zunahme nationalistischen Bewußtseins, das z.T. mit rassistischen und antisemitischen Vorstellungen vermischt ist, festzustellen. Neben Referaten, Filmen und Diskussionen zu diesem Thema sind Besuche und Erörterungen mit MitarbeiterInnen des Jüdisches Museums in Frankfurt, dem Amt für Multi-Kulturelle Angelegenheiten und bei dem Sozial-psychologischen Institut für Flüchtlinge geplant.
Termin: 26. - 30. Oktober 1992
Ort: Eppenhain/Taunus (bei Ffm)
TeilnehmerInnengebühr: ca. 280 DM
Anmeldeschluß: 10. Oktober 1992
Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 20 Personen begrenzt
Das Seminar in Eppenhain findet in Kooperation mit dem „Bildungswerk der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG)“, Frankfurt/M., statt und ist als Bildungsurlaub anerkannt. Anmeldungen sind auch über „Bildungswerk der DAG“, Bockenheimer Landstr. 72, 6 Frankfurt/M., Tel. 069/729516, möglich.

Das Jugendamt der Stadt Offenbach/Main in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V. laden ein zu einer Podiumsdiskussion zum Thema

Woher kommt der Haß?

Gesellschaftliche Ursachen von Gewalt und Rassismus

Die Ausschreitungen der letzten Wochen gegen Ausländerunterkünfte und gegen Anlaufstellen von Asylsuchenden haben der Frage nach den Ursachen einer wachsenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft eine neue Richtung gegeben. Praktiker der pädagogischen Arbeit sind zwar schon seit Jahren mit dem Problem einer steigenden Tendenz zur Ausübung von Gewalt, insbesondere unter Jugendlichen, konfrontiert. Und inzwischen hat sich daraus eine differenzierte Diskussion über die Verhaltensursachen entwickelt. Die jüngsten Ausschreitungen haben gezeigt, daß die Diskussion der politischen Parteien zur Einwanderungs- und Flüchtlingsproblematik im Zusammenhang mit dem Entstehen eines organisierten Rechtsradikalismus verstanden werden muß. Allerdings werden diese Diskussionen in einem anderen Kontext und vor einem anderen Hintergrund geführt. Die Veranstaltung verfolgt das Ziel, die verschiedenen Dimensionen der Diskussion um die gesellschaftlichen Ursachen der Gewalt und der Fremdenfeindlichkeit nachzuzeichnen und versucht, sie aufeinander zu beziehen. Denn gerade die isolierte Betrachtungsweise in der Diskussion der Gewaltbereitschaft einerseits, des fremdenfeindlichen Denken andererseits, verfehlt die zentrale Frage: Wie ist es zu erklären, daß sich sozial unangepaßtes und agressives Verhalten gegen Flüchtlinge und Asylsuchende richtet?

Teilnehmer: Prof. Dr. H. Keupp (Sozialpsychologe, Uni München)
Prof. Dr. K. Möller (Sozialarbeit, FH Esslingen)
Dr. W. Dettling (Ministerialdirektor a.D.)
Dr. D. Schimang (Ethnologe FH Frankfurt)
Diskussionsleitung: V. Senger (Schriftsteller, ehem. Hessischer Rundfunk)

Termin: Montag, 19.10.1992, 1930 Uhr
Ort: Büsingpalais, Foyer, Herrnstr. 82, Offenbach/M.
ViSdP: Hermann Dorenburg, Jugendamt der Stadt Offenbach/M., Berliner Straße 100

NEUES FORUM

Offener Brief an Gregor Gysi

Wenige Tage nach dem Aufruf zur Gründung von ,,Komitees für Gerechtigkeit'' hatte Mitinitiator Gregor Gysi einen Offenen Brief an das NEUE FORUM geschrieben, in dem er deren Mitglieder zur kritischen Begleitung der Komitees aufforderte.

Die *links* druckt die Antwort von Mitgliedern des NEUEN FORUMS nach, die im Neuen Deutschland am 4. August veröffentlicht wurde.

Sehr geehrter Herr Gysi,
Sie haben die Mitglieder des NEUEN FORUMS eingeladen, in den ,,Komitees für Gerechtigkeit'' mitzuarbeiten, speziell ihre ,,progressive Richtung'' zu stärken — was immer dies bedeuten mag. Wir haben, wie Sie wissen, unsere Ablehnung bereits erklärt. Zeitpunkt, Begründung und Initiatoren weckten unsere Skepsis.

Der Zeitpunkt

Die Entwicklung im Osten Deutschlands ist tatsächlich verheerend, aber nicht erst seit heute. Und ausgerechnet die Väter der neuen Ost-Vertretungs-Ideologie haben ihren Teil dazu beigetragen. Unter der Modrow-Regierung und auch im de Maizière-Kabinett wurden die realen Finanz- und Besitzverhältnisse der DDR und der SED verschleiert, die an der SED-Herrschaft Beteiligten gedeckt, eine Offenlegung des Repressionsapparates — sowohl der Strukturen als auch der Tätigkeit einzelner — so gut man es vermochte, verhindert. An der Ausarbeitung und am Durchpeitschen des Einigungsvertrages, der für viele Ungerechtigkeiten den Boden bereitete, waren, gemeinsam mit den Mächtigen der alten Bundesrepublik, ebenfalls Vertreter aus dem Osten beteiligt. Das plötzliche Aufflammen eines Gerechtigkeitsgefühls bei den Initiatoren der Komitees, heute, über zwei Jahre später, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch die erste Ankündigung einer Ost-Partei durch Herrn Diestel just in dem Moment, als er sich kaltgestellt sah, ist unglaubwürdig. Daß es jetzt Komitees geworden sind, hat wohl eher mit Taktik zu tun.

Die Begründung

Die allgemeine Verunsicherung und das Gefühl, kräftig über den Tisch gezogen worden zu sein, teilen mittlerweile große Teile der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger — auch solche, die dachten, besser davonzukommen.

Die Ostdeutschen fühlen sich tatsächlich nicht genügend vertreten — weder durch Ihre Partei, die ein originales Ostprodukt ist, noch durch die anderen, die das Terrain in den Parlamenten beherrschen. Aber von den vielen Ostdeutschen, die ohne Aufrufe und Prominentenanleitung ihre Interessen selbst vertreten, ist weder in Ihrem Brief noch im ,,Diskussionsangebot'' die Rede. Warum, Herr Gysi, haben Sie und die weiteren 68 Persönlichkeiten nicht zur Mitarbeit in den bestehenden Initiativen, Organisationen und Bürgerbewegungen aufgerufen bzw. es drei Jahre lang versäumt, sich in solche Bewegungen von unten als Gleiche unter Gleichen einzubringen? Wenn sich die Protagonisten, statt in Talkshows zu sitzen oder an der Ausformulierung der bereits bekannten Probleme der ostdeutschen Länder zu feilen, vor Ort bei den Menschen umgesehen hätten, die sich selbstbestimmend wehren und engagieren, hätten Sie die Kontraproduktivität des Komitee-Aufrufes erkennen können.

Die Personen

Die Mischung, in der die Erstunterzeichner der Öffentlichkeit präsentiert wurden, ist erstaunlich:

Alte DKPler wie Hannes Wader und Franz-Josef Degenhardt, denen die Interessen der DDR-Bevölkerung bis 1989 gleichgültig waren, Klaus Eschen (jetzt Verfassungsrichter), der das neue Berliner Polizeigesetz mitschöpfte, das der Polizei geheimdienstliche Vollmachten verschafft, die der DDR-Führung nahestehenden Professoren Jürgen Kuczynski und Hans Mottek, die als Wirtschaftswissenschaftler die realsozialistische Ökonomie gerechtfertigt haben, die Oberkirchenrätin Christa Lewek (eine Zeit lang Sekretärin des CDU-Chefs Otto Nuschke), die sich auf das Behindern der kirchlichen Opposition und westlicher Korrespondenten verstanden hat, Heinrich Fink, der als Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz gegen die DDR-Friedensbewegung gearbeitet und als Sektionsdirektor die theologische Fakultät der Humboldt-Universität staatlichen Erfordernissen unterworfen hat, der Schriftsteller Stefan Heym, der sich zu DDR-Zeiten von den Stalinisten nie hat unterkriegen lassen, scheint jetzt deren Kampf gegen die ,,Bonner Handlanger'' weiterzuführen, wie er jüngst in einem Interview einige Bürgerrechtler zu betiteln beliebte, Peter-Michael Diestel, der als der letzte Innenminister der DDR aktiv die Offenlegung der Stasi-Vergangenheit behindert und das sanfte Hinüberrutschen für so manchen

Nutznießer der alten Macht bewerkstelligt hat, und Sie selbst, der Sie sich fragen lassen müssen, wieso Sie mit den PDS-Milliarden (in Mark und D-Mark) nicht noch zu DDR-Zeiten etwas für die Gerechtigkeit getan haben.

Für alle hat jetzt die Stunde Null begonnen? Aber Geschichte besteht aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

▶ Unsere Ablehnung ◀

Die Gründung der Komitees unter Ihrer und Herrn Diestels Führung kann nicht der Ausweg sein: Es ist zwar schwer, sich in dieser neuen Gesellschaft mit ihren so anderen Spielregeln zurechtzufinden. Sich nicht resigniert zurückzuziehen und immer wieder neue Wege zu suchen, um alte und neue Ungerechtigkeit zu bekämpfen, das erfordert Energie und Solidarität. Aber Sie können nicht im Ernst von einem Arbeiter, dessen ehemaliger Parteisekretär ihn als Geschäftsführer des nunmehr privatisierten Betriebes entlassen hat, Solidarität mit diesem erwarten. Was Sie fordern, ist Burgfrieden — gemeinsam soll es gegen den neuen Feind gehen — und der kommt aus dem Westen. Stand er da nicht schon immer? Das wurde doch 40 Jahre lang in Kindergärten, Schulen, Universitäten, in allen Zeitungen wiedergekäut, nur daß es niemand mehr hören wollte. Und dies lag nicht an den Illusionen, verbreitet durch westliche Fernsehkänale, wohl aber an der Verlogenheit und Borniertheit der damals Herrschenden. Heute, nach den ersten Erfahrungen mit dem realexistierenden Kapitalismus, sieht es da schon anders aus. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Ost und West. Die entscheidenden Konflikte spielen sich im Osten sowie im Westen Deutschlands zwischen Mietern und Vermietern, Hausbesetzern und Hausbesitzern, Lohnabhängigen und Unternehmern, Armen und Reichen ab.

In Osteuropa hat der Nationalismus große Katastrophen hervorgerufen. Wir brauchen nicht auch noch einen ostdeutschen Nationalismus.

Und im übrigen hat die Vereinigung tatsächlich stattgefunden, und zwar zwischen westdeutschen Kapitalisten und alten DDR-Funktionären. Deren Transaktionen über die Bühne zu bringen, dafür hat die Treuhand letztendlich als zentrale Schaltstelle fungiert. Das Ergebnis ist die zerschlagene Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern mit all den bekannten sozialen Folgen. Versuche, den gesamtdeutschen Filz aufzudecken, gab es weder von der PDS noch von der Ost-CDU. Die Gelackmeierten sind diejenigen, die es auch schon vorher waren.

Welche Gerechtigkeit meinen Sie eigentlich? Wollen Sie mit Ihrer Sammlungsbewegung den Nutznießern und Vollstreckern der SED-Herrschaft, die uns jahrzehntelang entmündigt und viele Existenzen zerstört haben eine neue Legitimation verleihen?

Aber davon soll keine Rede mehr sein, Schluß mit der leidigen Opfer-Täter-Debatte, mit der Analyse der DDR. Es soll jetzt um die ,,strukturellen Zusammenhänge des Versagens", weniger um den einzelnen und dessen Verantwortung gehen. Sie wollen nachträglich eine DDR-Identität herstellen, die es nie gegeben hat.

,,Die Zeit schien uns reif", heißt es in Ihrem Offenen Brief. Ist sie es nun oder ist sie es nicht? Und vor allem, wofür? Für ,,eine Art Bürgerbewegung", die Sie jetzt ins Leben rufen wollen? Nachdem wir fast drei Jahre schon gegen Parteienpolitik und für direkte Bürgervertretung kämpfen, und eine Bürgerbewegung, offen für alle, geblieben sind, trotz aller Versuche, das NEUE FORUM in eine Partei umzuwandeln, sollen wir uns unter Ihre und Herrn Diestels Führung begeben?

▶ Lösungsmöglichkeiten ◀

Was wir brauchen ist die sachbezogene Diskussion, die Suche nach dem Ausweg aus der Misere. Parteien mit ihren Eigeninteressen, ihren parlamentarischen Spielregeln stehen dem entgegen. Sie brauchen uns nur als Stimmvieh. Ohne Bürgerbeteiligung, ohne Elemente direkter Demokratie wie Volksabstimmung, Bürgerbeauftragte mit entsprechenden Vollmachten usw., werden die sozialen Interessen der Mehrheit auch weiterhin unberücksichtigt bleiben.

Wir raten den ,,vielen verzweifelten Menschen", sich nicht um Komitees und deren Strukturen zu kümmern, sondern sich gemeinsam mit denen, die sich bereits zusammengetan haben, um ihre Interessen zu kümmern. Mit den Gefühlen der Betroffenen zu spielen und ihnen einzureden, die Gründung von Komitees führe zur Lösung ihrer Probleme, halten wir für einen gefährlichen Betrug.

Wenn Sie dazu die Einhaltung des Einigungsvertrages, den Sie, Herr Gysi, im Sommer 1990 noch ablehnten, zum Ziel der Komitees erklären, wird es vollends verwirrend. Notwendig hingegen wären neue Regelungen für die Millionen in Ost und West, die von dem immer rücksichtsloseren Sozialabbau betroffen sind.

Die Gegenüberstellung von Parlament und außerparlamentarischer Bewegung in Ihrem Gründungsaufruf führt in eine Sackgasse. Wir als NEUES FORUM fordern seit 1989:

- Rede und Antragsrecht von Initiativen und Verbänden in den Parlamenten;
- Abschaffung der Sperrklauseln bei den Wahlen, um auch Minderheiten Stimmrecht zu geben;
- gesetzliches Verbot des Fraktionszwanges und Herstellung der Gewissensfreiheit der Abgeordneten;
- erweiterte Kontrollrechte des Parlaments gegenüber den Regierungen.

Die Gerechtigkeit ist konkret wie die Wahrheit auch.

Berlin, den 31.7.92

Die Mitglieder des NEUEN FORUMS: Roland Baron (Berlin Arbeitsausschuß), Andreas Krusc (Berliner Sprecher), Cornelia Kirchgeorg (Berliner Arbeitsausschuß, Bezirksverordnete in Berlin-Prenzlauer Berg), Tina Krone (Berliner Arbeitsausschuß), Reinhard Schult (Bundeskoordinierungsrater, MdA), Michael Schreiber (Berliner Sprecher), Heidi Bohley (Bundeskoordinierungsrat, Stadtverordnete in Halle), Thea Ilse (Stadtverordnete in Halle) Ina Messer (Berlin), Stefan Steinbacher (Berlin) ■

PROKLA 88

CHAOS UND SELBSTORGANISATION

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Klaus Müller · »Katastrophen«, »Chaos« und »Selbstorganisation«

Raúl Rojas · Chaos als naturwissenschaftliches Paradigma

Philip Mirowski · Die Bedeutung des Dollars

Bernhard Gill · Metaphern der Gentechnologie

Becker/Jahn/Wehling · Konzepttransfer und Wissenschaftsdynamik

Peter Lohauß · Zu Stephen Toulmins *Kosmopolis*

James O´Connor · Die Ökonomie der 90er Jahre

Roger Keil · Replik auf O´Connor

Ferhad Ibrahim · Islamistischer Fundamentalismus

Rotbuch Verlag Berlin

FELIX SCHNEIDER / SIGRID SCHÖNECKER

„Den Schutz der Flüchtlinge gewährleisten“

Hoyerswerda, Mannheim, Rostock.. — die Gewalt, die neudeutsch beschönigend „Übergriffe“ und nicht Körperverletzung und Mordversuch heißt, reißt nicht ab. Führenden bundesdeutschen Politikern fällt dazu nur ein, die Akteure zu bedauern und das öffentliche Ansehen der Republik in Mißkredit zu sehen. Doch gibt der Spiegel nur zurück was vor ihm steht. Das häßliche Bild des Deutschen, das als Schreckgespenst in den Reihen des Parlaments herumgeistert, zeigt seine reale Substanz auch darin, daß die Opfer der Pogrome kein Wort der Entschuldigung oder gar des Bedauerns wert sind. „Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben“, sagt Berthold Brecht. Und weiter: „Allzu viele kommen uns heute schon vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen“. Die *links* befragt den Grünen Landtagsabgeordneten Rupert von Plottnitz zum Thema Asyl, Grundgesetzänderung, grüne Flüchtlingspolitik in Hessen und zur großen Koalition.

Ausländer sind in der Bundesrepublik ihres Lebens nicht mehr sicher. Seit über drei Wochen fliegen Nacht für Nacht die Brandsätze. Wie reagieren die Grünen auf diese neue Lage?

Plottnitz: Wir rufen bundesweit zu einer Demonstration gegen diese Entwicklung auf, und zwar für den 3. Oktober, den Nationalfeiertag der neuen Bundesrepublik, nach Frankfurt. Wir haben Frankfurt gewählt, weil es in dieser Stadt eine gewisse Tradition gibt, die mit den nun gefährdeten demokratischen Aspekten der alten Bundesrepublik zu tun hat.

Neben dieser aktuellen Antwort besteht die spezifisch grüne Reaktion auf die Ereignisse der letzten Wochen auch in einer grundsätzlichen Position. Das Symbol, um das gefochten wird, ist der Artikel 16 GG, aber es geht schon lange nicht mehr nur um ihn, es geht darum, ob die Parole „Deutschland den Deutschen“ auch in weiten Bereichen der etablierten Politik salonfähig werden wird und ob eine potentiell nationalistische und chauvinistische Politik in der Bundesrepublik wieder Einzug hält. Da wir das für sehr gefahrvoll halten, streiten wir — wie es scheint mittlerweile als letzte der Parteien — für den Erhalt und für die Substanz des Artikels 16.

Der Staat hätte auch auf der symbolischen Ebene deutlicher reagieren müssen. Ein Innenminister, der Leib und Leben der Bevölkerung nicht mehr schützen kann, muß doch zurücktreten. Hätten die Grünen nicht derartige Zeichen fordern, sich überhaupt stärker aus dem Fenster lehnen müssen?

Plottnitz: Die Grünen haben als Bundesverband den Skandal von Mecklenburg-Vorpommern in aller Deutlichkeit kritisiert und verurteilt. Daß dort bis heute diese Karikatur eines Innenministers namens Dr. Kupfer tätig ist, beschreibt ja, wie ernst die Situation ist. Ich glaube in der Tat nicht, daß vor dem 3. Oktober 1990 ein Innenminister in deutschen Landen unter solchen Vorzeichen hätte im Amt bleiben können. Derartiges meinte ich eben mit der Gefahr, daß Personen, Verhalten, Ansichten salonfähig werden, die früher nicht salonfähig waren.

Tenor der Politiker-Äußerungen war, die Pogrome seien eine Schande für Deutschland. Hätte man da als Grüne nicht sehr viel schärfer kritisieren, sehr viel schärfer in den Medien auftreten müssen?

Plottnitz: Weil der Zusammenhang zwischen den Ausschreitungen und der Asyldebatte ja unübersehbar ist, hätten sich die Politiker zumindest darauf einigen müssen, daß die erste und entscheidende Aufgabe jetzt darin bestehen muß, Flüchtlinge und Ausländer in der Bundesrepublik zu schützen, mit allem was der Rechtsstaat für diesen Schutz hergibt, statt diese idiotische Debatte um den Artikel 16 fortzusetzen. Das ist aber leider nicht geschehen, im Gegenteil: die Union und in ihrem Schlepptau mittlerweile auch die SPD antworten auf die Entwicklung von Hoyerswerda bis Rostock mit der Parole: Wir müssen den Artikel 16 opfern, wir müssen das Asylgrundrecht denjenigen opfern, die Flüchtlinge angreifen.

Was geschieht, wenn es auch in westlichen Bundesländern, in denen die Grünen mitregieren, verstärkt losgeht? Im hessischen Hoechst zum Beispiel sollen in einer Kaserne Flüchtlinge untergebracht werden. Einiges deutet schon daraufhin, daß da Probleme entstehen könnten. Welche konkreten Vorbereitungen, welche Überlegungen gibt es da? Was ist anders, wenn die Grünen mitregieren?

Plottnitz: Auch in Hessen, auch in gesellschaftlich und politisch so entwickelten Kommunen wie Frankfurt am Main gibt es mittlerweile die Tendenz, auf den Gedanken der Einrichtung von Erstaufnahmeunterkünften für Flüchtlinge mit der Parole zu regieren: Nein, danke! Das zeigt, daß auch im Westen inzwischen Angst und Panik das Geschehen in diesem Bereich stärker bestim-

men als der kühle Kopf und die Loyalität gegenüber der Verfassung und einem Artikel 16, der ja noch nicht abgeschafft ist. Gleichzeitig aber könnte Frankfurt für die ganze Bundesrepublik auch zum Modell dafür werden, wie man es anders, besser machen könnte. Letzte Woche gab es in Frankfurt/Hoechst unter der Federführung des Dezernats für multikulturelle Angelegenheiten ein Meeting, an dem alle relevanten gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen teilnahmen, von Kirchen über Ortsbeiräte bis hin zu Vertretern der örtlichen Polizei. Auf dieser Versammlung wurde gemeinsam beratschlagt und beschlossen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Flüchtlinge zu schützen und um auch bei einer überängstlichen oder durch die Politik überängstlich gemachten Bevölkerung Irritationen zu vermeiden.

Ist das gelungen?

Plottnitz: Nach meinem Eindruck: ja.

Welche Maßnahmen wurden beschlossen?

Plottnitz: Zum Beispiel die Einrichtung eines Büros, an das sich alle wenden können, die Fragen, Beschwerden etc. haben, eine Art Anlaufstelle für den Teil der Bürgerschaft, der sich in Nöten glaubt oder irritiert sieht durch die Anwesenheit der Flüchtlinge. Besprochen und beschlossen wurde auch, daß mögliche Konfliktlagen durch die Betreuung der Flüchlinge vermieden werden sollen: Betreuer und Dolmetscher werden ständig zur Verfügung stehen. All das und vieles mehr wurde im Vorfeld und in aller Öffentlichkeit diskutiert. Eine solche vorbereitende, öffentliche Diskussion über das, was auf die Kommune in diesem Teil Frankfurts zukommt, ist ein Beitrag dazu, Ängste abzubauen, statt sie erst mal zu schüren.

Cohn-Bendit hat auf dieser Veranstaltung den ebenfalls anwesenden Rechtsradikalen gesagt: Wenn ihr angreift, ist Schluß mit Diskutieren, dann werden wir alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen. Ist das nur eine Äußerung von Cohn-Bendit oder steckt da was dahinter?

Plottnitz: Da steckt mit Sicherheit etwas dahinter, nämlich der politische Wille sowohl der Stadt Frankfurt als auch der Landesregierung in Wiesbaden, alle rechtsstaatlich verfügbaren Mittel zu mobilisieren, um zu verhindern, daß Flüchtlinge in der Bundesrepublik schutzlos sind, wenn sie von rechtsextremistischen oder neonazistischen Kräften angegriffen werden.

Zieht ihr denn schon eine Wache auf, wenn die Flüchtlinge kommen?

Plottnitz: Das wäre eine Reaktion, für die ich jetzt noch keinen Anlaß sehe. Wir gehen davon aus, daß in Hessen, im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern der Rechtsstaat funktioniert.

In den hessischen Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Grünen steht, daß der Asylparagraph des Grundgesetzes nicht geändert werden soll. Die SPD kippt, gibt es da für die Grünen irgendwo eine Schmerzgrenze, wo sie die Koalition in Frage stellen würden?

Plottnitz: Das Asylrecht ist von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis der Grünen in Hessen und damit auch für die Operationsmöglichkeiten der Koalition. Wir können keine SPD daran hindern, als Partei einen Weg zu gehen, von dem wir meinen,

daß er — von allen verfassungshistorischen Postulaten mal abgesehen — letztlich auf Scheinlösungen hinausläuft, das ist ja auch das, was der frühere SPD-Vorsitzende Vogel seiner eigenen Partei mit sehr guten Gründen vor Augen geführt hat, aber wir können und werden darauf bestehen, daß die rot-grüne Koalition Wiesbadens einer Grundgesetzänderung an diesem Punkt im Bundesrat nicht zustimmt.

Die Unterbringung der Flüchtlinge bereitet Probleme, die für den durchschnittlichen Zeitungsleser undurchschaubar sind. Kannst du zusammenfassen, worum es da eigentlich geht? Welches waren die Hauptkonfliktpunkte der letzten Zeit? Wer sind die Akteure?

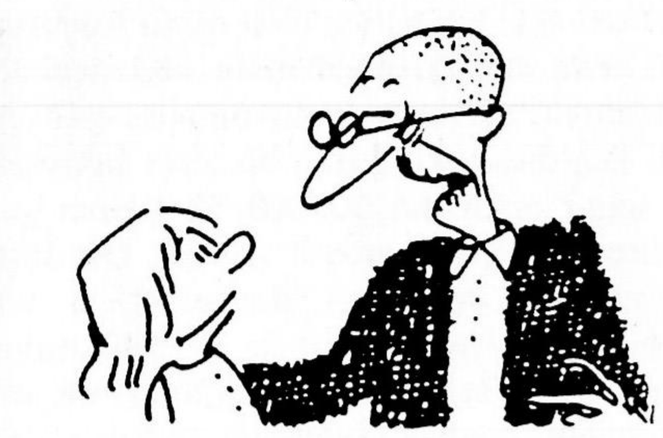
Plottnitz: Asyl und Bleiberecht sind rechtlich gesehen zunächst einmal Sache des Bundes. Aufgrund des Artikels 16 des Grundgesetzes und der Genfer Flüchtlingskonvention erwächst die Verpflichtung des Bundes, die administrativen Voraussetzungen zu schaffen, um entsprechende Anträge zu prüfen und zu bescheiden. Nun hat sich die Bundesregierung allerdings seit mehr als 2 Jahren darauf beschränkt, gegen den Artikel 16 öffentlich zu streiten — und sie hat dabei die gesamten administrativen Verwaltungsstrukturen in diesem Bereich praktisch stillgelegt.

Die Folge: wir haben jetzt einen Rückstau von etwa 400000 noch nicht beschiedenen Verfahren, und es wird davon ausgegangen, daß sich dieser Rückstau bis zum Jahresende sogar noch um 100000 Verfahren vermehren wird. Polemisch gesagt: Die Bundesregierung verstopft die rechtlich und administrativ vorgesehenen Verfahrensausgänge qua Verfahrensbeendigung, um sich anschließend zurückzulehnen und zu sagen: Das Boot ist voll. Würde nämlich in dem Umfang abgearbeitet, wie es früher der Fall war, dann gäbe es in den Bundesländern und auch in Hessen nicht die Unterbringungsprobleme, die wir haben, weil dann viele der Flüchtlinge, die wir jetzt unterbringen müssen, entweder in ihre Heimatländer zurückgeschickt worden wären, oder sie wären anerkannte Asylberechtigte, die sich auf dem Wohnungsmarkt der BRD orientieren müßten. Die Lage der Kommunen ist also schwierig. Außerdem gibt es angesichts der Stimmung im Lande zunehmend Kommunen, die ihrerseits wenig Neigung zeigen, ihre gesetzlich bestehenden Aufnahmeverpflichtungen zu erfüllen. Dazwischen gibt es das Land, das verpflichtet ist, im Rahmen der Erstaufnahme, Flüchtlinge unterzubringen. Hessen hat zwar die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze für Flüchtlinge seit dem 5. April 1991, d.h. dem Amtsantritt der jetzigen Landesregierung, von ca. 3200 auf 6400 oder 6600, d.h. um ca. 115 % gesteigert, ist aber nach wie vor in erheblichen Nöten.

Welche Kommunen sind aufnahmebereiter, welche weniger? Gibt es da Trends?

Plottnitz: Es sind genauso rot-grüne Kommunen wie von der CDU regierte Kommunen, die im Rückstand sind mit der Aufnahme. Man kann nicht sagen, daß rot-grüne Kommunen in der Vergangenheit mehr Bereitschaft gezeigt hätten, ihre Verpflichtungen zu erfüllen als andere.

Bei den Grünen gibt es noch immer einen Beschluß, die Grenzen seien offen zu halten. Ist er ein Beitrag zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems?



Plottnitz: Es gibt auf Bundesebene einen Beschluß, der besagt, wer in die BRD als Ausländer und/oder Flüchtling kommen will, der soll kommen und braucht sich hier keinerlei Restriktionen bezüglich seines Bleiberechts gefallen zu lassen. Demgegenüber haben die Grünen in Hessen beschlossen, daß der Artikel 16 GG die Bleiberechte gewähren muß, die mit ihm verbunden sind, und wir haben auch beschlossen, daß die BRD sich der Verpflichtung zu stellen hat, in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu prüfen, wer ein Bleiberecht hat und wer nicht. Gleichzeitig haben wir aber gesagt, daß alle anderen Zu- und Einwanderungsgründe und -wünsche eine Frage der politischen Gestaltung sein sollen, daß der Beschluß des Bundeserbandes also naiv ist.

Zur Frage einer europäischen Flüchtlingspolitik nur so viel: In der BRD haben wir für die Regelung des politischen Asyls einen sehr gelungenen Verfassungsartikel. Er ist so knapp und notwendig wie er sein muß, um ein Menschenrecht als Menschenrecht zu gewährleisten. Ein europäisches Flüchtlings- und Asylrecht wäre nur zu diskutieren, wenn die Bereitschaft zu einer entsprechenden politischen Union Europas bestünde. Dies ist nicht der Fall. Bundeskanzler Kohl hat ja während der Vorbereitungen zu „Maastricht" nachdrücklich den Wunsch nach einem europäischen Flüchtlings- und Asylrecht geäußert, weil er hoffte, Europa könne ihm dieses Problem abnehmen. Sein Wunsch ist nicht gehört worden. Das Flüchtlings- und Asylrecht ist im Vertrag von Maastricht nicht geregelt, der politische Wille dazu fehlte.

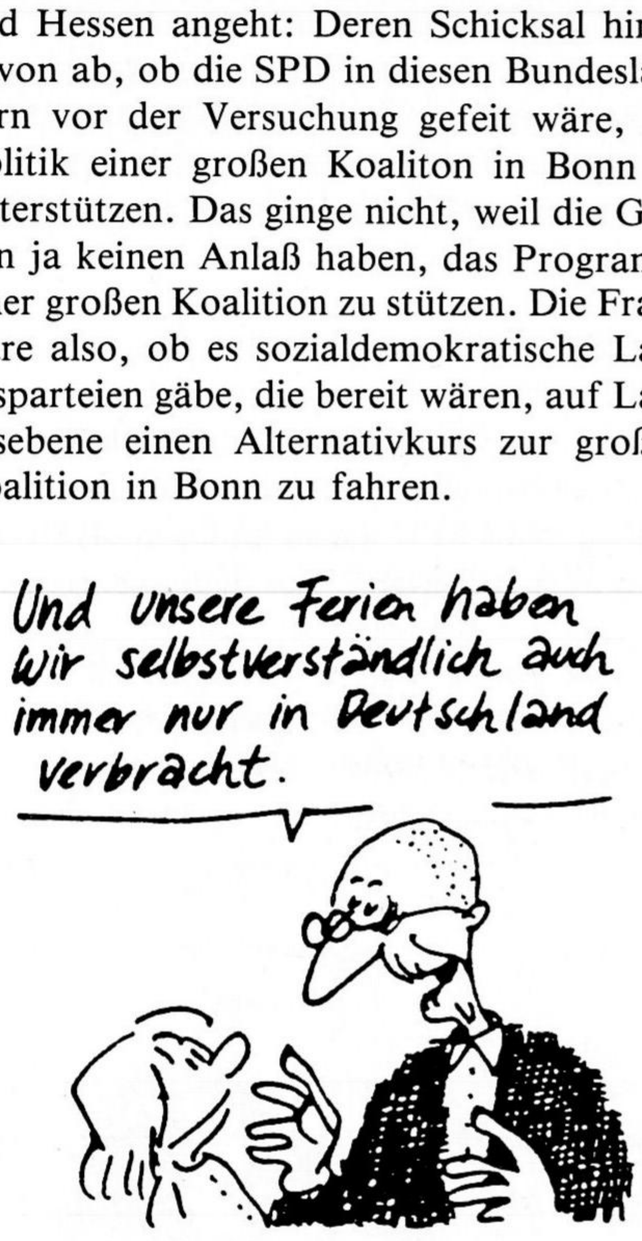
Zu einem anderen Thema. Die große Koalition ist in den Bereich des Möglichen gerückt. Was sind die Folgen für die Grünen, wenn die SPD zu der Erkenntnis kommt, daß sie die Grünen nicht mehr braucht, um zu regieren?

Plottnitz: Wenn in Bonn angesichts der gewaltigen Probleme, die ja die neue BRD unübersehbar hat, SPD und CDU/CSU eine große Koalition zum Schutze der bedrohten Demokratie bilden würden, so wäre ja gegen eine solche Koalition, zumindest von mir aus, gar nicht soviel einzuwenden. Allerdings ist zu befürchten, daß die große Koalition, die jetzt allenthalben diskutiert wird, der kleinste gmeinsame Nenner in Sachen Opportunismus und Populismus wird.

Was die Grünen angeht, so muß man zwei Fragen stellen: Was bedeutet eine große Koalition für die Partei der Grünen, etwa wahlpolitisch, und was bedeutet sie für die derzeitigen rot-grünen Koalitionen. Zur ersten Frage:

Eine große Koalition könnte den Grünen im Spektrum links von der SPD vielleicht Wählerstimmen bringen — was aber ein geringer Trost wäre, da mit Sicherheit zu erwarten ist, daß sie vor allem den Rechtsextremisten und Neonazis Stimmen bringt.

Was die Koalitionen in Niedersachsen und Hessen angeht: Deren Schicksal hinge davon ab, ob die SPD in diesen Bundesländern vor der Versuchung gefeit wäre, die Politik einer großen Koaliton in Bonn zu unterstützen. Das ginge nicht, weil die Grünen ja keinen Anlaß haben, das Programm einer großen Koalition zu stützen. Die Frage wäre also, ob es sozialdemokratische Landesparteien gäbe, die bereit wären, auf Landesebene einen Alternativkurs zur großen Koalition in Bonn zu fahren.



Die FAZ sagt heute: „Engholm läßt seinen Kurs von den realen Problemen in Deutschland bestimmen. Die wichtigsten von ihnen — Finanzierung der deutschen Einheit, Aufbau im Osten, Standortsicherung im Westen, Asylpolitik — sind seiner Ansicht nach nicht im Streit, sondern nur in der Kooperation der beiden Volksparteien zu bewältigen." Ein nationales Programm, das Wort Europa kommt schon gar nicht mehr vor.

Plottnitz: Ein nationales Programm, was sozialpolitisch dort, wo es — etwa bei der Entwicklung der fünf neuen Länder — sozialstaatliche Elemente stärken würde, noch am wenigsten bedenklich wäre. Bedenklich würde es sicher bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik und in der Frage, unter welchen Voraussetzungen die Bundesrepublik wann und wo militärisch einschreiten soll. Da hat man das Gefühl, es gehe um die Selbstentlassung der Bundesrepublik aus Bindungen, die sie aus guten historischen Gründen einmal eingegangen ist.

Du ist auch gegen den zweiten Teil der Petersberger Beschlüsse, gegen out-of-area-Kampfeinsätze der Bundeswehr?

Plottnitz: Der Beschluß der SPD ist ein Abstraktum, festgemacht an Bedingungen, die derzeit nicht in Sicht sind, etwa die Reform der UNO. Das Problem sehe ich darin, daß die SPD in einer Koalition mit der CDU die Kautelen, die sie in ihren Beschluß über die UNO-Einsätze der Bundeswehr eingebaut hat, sehr schnell fallen lassen wird, um dann mit der CDU zu erklären: Die Bundeswehr greift dort ein, wo nach der Beurteilung der Bundesregierung dazu die Notwendigkeit besteht. Da ist das nationale Interesse dann ganz, ganz nah.

Wie weit sind denn die Grünen bereit, mit Teilen der SPD — es ist ja gar nicht ausgeschlossen, daß es eine ernstzunehmende Opposition in der Partei gibt — den Europäisierungsprozeß zu fördern?

Plottnitz: Das ist ein Thema, mit dem die Grünen sich erklärtermaßen schwer tun als Bundesverband. In Hessen haben wir einmal in diesem Jahr Anlaß gehabt und genommen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Unsere Haltung dazu ist: Wir brauchen Europa, wir brauchen ein supranationales Modell in Europa gegenüber dieser Renaissance von Nationalismus und Chauvinismus, wie sie vor allem in Ost- und Südeuropa zu besichtigen ist. Wir brauchen auch insofern ein Ja zu Maastricht. Allerdings befinden wir uns in einem Dilemma: Europa ist als politisches Projekt bisher hinter dem Rücken der Europäerinnen und Europäer betrieben worden. Es ist ein Projekt der Politik und nicht ein Projekt des demokratischen Souveräns. Daran ist Europa in Dänemark gescheitert, daran könnte Europa — wenn wir Pech haben — auch in Frankreich scheitern. Die Konsequenz daraus kann für unsere Begriffe nicht sein, Europa gleichsam über das undemokratische Knie zubrechen, obwohl wir es sehr sehr dringend für notwendig halten, sondern die Konsequenz kann nur darin bestehen, in Europa über die nationalen Grenzen hinaus für demokratische Mehrheiten für Europa und dann allerdings auch für ein Europa mit entsprechenden demokratischen Institutionen zu werben.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Keine Änderung oder Ergänzung von Artikel 16
Das Menschenrecht auf Asyl darf nicht angetastet werden!

Die Flüchtlingsräte in der Bundesrepublik und Pro Asyl verurteilen die Entscheidung der SPD-Spitze aufs Schärfste, das Grundrecht auf Asyl nun öffentlich zur Disposition zu stellen. Durch das handstreichartige Vorgehen der SPD-Führung ohne Abstimmung mit den Parteigremien sollten schnelle Fakten geschaffen werden. Die SPD-Spitze gibt damit dem Druck der Rechtsradikalen nach: Das Asylrecht soll mit dem Ziel geändert werden, um Flucht nach Deutschland zu verhindern. Der SPD-Parteivorstand ist jetzt gefordert, dem Opportunismus der Parteispitze eine Absage zu erteilen und die Petersberger Beschlüsse zurückzunehmen. Die Flüchtlingsbewegung in der Bundesrepublik wird ein Umkippen der SPD in der Asylfrage jedenfalls nicht hinnehmen.

Wer die Anschläge von Rostock und anderswo zum Anlaß nimmt, um die von der konservativen Mehrheit seit langem geplante Änderung des Asylgrundrechts jetzt durchzuziehen, der macht sich zum Handlanger der Brandstifter und Gewalttäter. Die Änderung von Artikel 16 ist nur eine andere Form der ‚Ausländer-raus-Parole', weil durch die Grundgesetzänderung Flüchtlingen der Zugang in die Bundesrepublik verwehrt werden soll. Die in der SPD gezogene Schlußfolgerung, die Ursache für die brutale Gewalt sei darin zu suchen, daß so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, ist erwiesenermaßen falsch und sie ist zynisch, weil sie den Opfern die Schuld für die ungeheuerlichen Vorfälle gibt.

Die jüngsten Asylbeschlüsse der SPD-Spitze sind eine reine Scheinhandlung. Sie suggerieren, daß eine Änderung von Artikel 16 die Zugangszahlen von Flüchtlingen begrenzen könne. Aber: Flüchtlinge werden auch weiterhin in dieses Land kommen, wenn wir uns nicht mit Mauern und Militär gegen sie abschotten — und das weiß auch die SPD. Nur eines bewirkt die Grundgesetz-Änderung: Flüchtlinge werden dann in ein verändertes Land kommen. Schnellverfahren an den Grenzen mit Entscheidungskompetenz von Grenzstellen über die Verfolgung von Menschen, sofortige Abschiebung von Flüchtlingen aus bestimmten Ländern ohne Prüfung des Asylgesuchs, Willkürmaßnahmen je nach Belieben der Regierungspolitik — sollen dies die Eckwerte der zukünftigen Asylpolitik sein?

Die SPD-Spitze gibt in der Asylfrage eigene Grundwerte aus rein machtstrategischem Kalkül preis. Sie sieht das Bekenntnis zum Schutz von Flüchtlingen als Ballast bei der angestrebten Rückkehr zur Macht in Bonn. Der Petersberger Beschluß verstößt gegen die Grundüberzeugungen und Tradition der SPD als Partei der Ausgegrenzten und gesellschaftlich Schwachen. Er stellt auch einen Verrat am Leidensweg vieler Mitglieder dar, die in den KZs und Gefängnissen des faschistischen Deutschland gequält oder sogar ermordet wurden und die wissen, was Flucht bedeutet. Die Strategie, mit der Wende in der Asylfrage Wählerstimmen zu fangen, geht zudem nicht auf, weil die Wähler dann lieber gleich das Original, sprich rechts, wählen. Dies haben alle Wahlkämpfe und -ergebnisse der letzten Zeit gezeigt.

Auch in den Details ist die Asylentscheidung der SPD-Spitze skandalös und konzeptionslos. Es gibt keine „verfolgungsfreien Länder", und kein Gremium der Welt kann derartige Listen aufstellen. Die steigende Zahl von Flüchtlingen ist ein Hinweis auf Zunahme an Unterdrückung, Verfolgung und Krieg. Dies gilt für alle Hauptherkunftsländer von Flüchtlingen, die Türkei, Jugoslawien und Rumänien. Der Plan der SPD-Spitze, Flüchtlinge ohne oder mit falschen Papieren aus dem Asylrecht von vornherein auszuschließen, verkennt in eklatanter Weise die Realität von Flucht. Auch Willy Brandt hätte sich ohne einen falschen Paß nicht in Sicherheit vor den Nazis bringen können.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht der Verfolgten, zu dem sich die Bundesrepublik aufgrund der leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer Barbarei bekannt hat. Es beinhaltet einen utopischen Kern, nämlich den Vorgriff auf die weltweite Gültigkeit der Würde des Menschen. Es schützt die Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Unterdrückung und spricht damit politischen Gewaltregimen aller Art die Legitimation ab. Das Grundrecht auf Asyl kann nur als Individualrecht konzipiert sein, wenn die Asylgewährung nicht in das Belieben der jeweils aktuellen Regierungspolitik gestellt werden soll. Das individuelle Grundrecht auf Asyl darf nicht zum willkürlichen Gnadenakt jeweils wechselnder Regierungen herabdegradiert werden. Jede Ergänzung zum Artikel 16, welcher Art auch immer, hebt den Menschenrechtscharakter des Asylrechts auf. Denn das würde bedeuten, daß in Zukunft Bundesgesetze oder sogar Verwaltungsentscheidungen (Länderlisten) die Gewährung bzw. Verweigerung des Asylrechts regeln. Daher muß sowohl Artikel 16 in seiner jetzigen Form wie auch die Rechtswegegarantie des Artikel 19.4 GG erhalten bleiben. Flüchtlinge dürfen nicht aus dem Rechtsstaat ausgegrenzt werden.

Das Grundrecht auf Asyl ist aber auch ein Grundpfeiler einer demokratisch verfaßten Gesellschaft, ohne das alle Minderheiten in diesem Land gefährdet wären. Der Schutz von Verfolgten und Flüchtlingen ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft, die die Schwachen schützt. Die Asylbeschlüsse der SPD-Spitze greifen in Essentials der Demokratie und des Rechtsstaates ein und verstoßen gegen das eigene Grundsatzprogramm der Partei. So wie das Asylrecht für die Gewährleistung des inneren Friedens steht, so steht die Verweigerung von Militäreinsätzen der Bundeswehr für den friedenspolitischen Weg des äußeren Friedens. Wer beides preisgibt, biedert sich in gefährlicher Weise den Rechten an.

Das neue sogenannte ‚Beschleunigungsgesetz' zum Asylverfahren hat bereits die Axt an den Grundrechtsartikel angelegt, weil es von dem Konzept der Massenunterbringung von Asylbewerbern ausgeht und bestimmte Flüchtlingsgruppen in Schnellverfahren aburteilt. Die Auswirkung dieses Gesetzes ist aber vor allem, daß Flüchtlinge aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit entfernt werden, um Abschiebungen auf kaltem Wege vollziehen zu können. Wenn niemand mehr die Flüchtlinge und ihre Fluchtschicksale kennt, kann es auch nicht mehr zu einer Solidarisierung der Einheimischen mit den Flüchtlingen — wie vielerorts bisher — kommen. Die Kasernierung von Flüchtlingen in Sammellagern und Zentralen Anlaufstellen ist aber zudem eine Form von Ausgrenzung, die „Reaktionen" aus der Bevölkerung geradezu provoziert. Der staatlichen Ausgrenzung folgt die gesellschaftliche Selbstjustiz.

Wer in dieser gesellschaftlichen Situation des wachsenden Rechtsradikalismus Grundwerte der Demokratie aufgibt, der setzt eine Entwicklung in Gang, die nicht mehr zu kontrollieren ist. Denn welche Grundwerte wird die SPD als nächste preisgeben?

Die Flüchtlingsräte und Pro Asyl fordern daher die SPD auf:

- *Keine Änderung oder Ergänzung von Artikel 16 GG zu beschließen.*
- *Ein faires und rechtsstaatliches Asylverfahren zu garantieren, d.h. vor allem:*
  1. Jeder Flüchtling muß die Chance haben, sein individuelles Verfolgungsschicksal darzulegen und Entscheidungen des Bundesamtes vor Gericht anzufechten.
  2. Das Konzept der Massenunterbringung von Flüchtlingen muß aufgegeben werden. Stattdessen muß eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Wohneinheiten sichergestellt werden.

Die bundesdeutschen Flüchtlingsräte werden einer SPD, die nicht mehr zum Asylgrundrecht steht, die Gefolgschaft verweigern. Wir werden uns in einer solchen Situation vor die bedrohten Flüchtlinge stellen.

Frankfurt a.M., den 10.9.92,

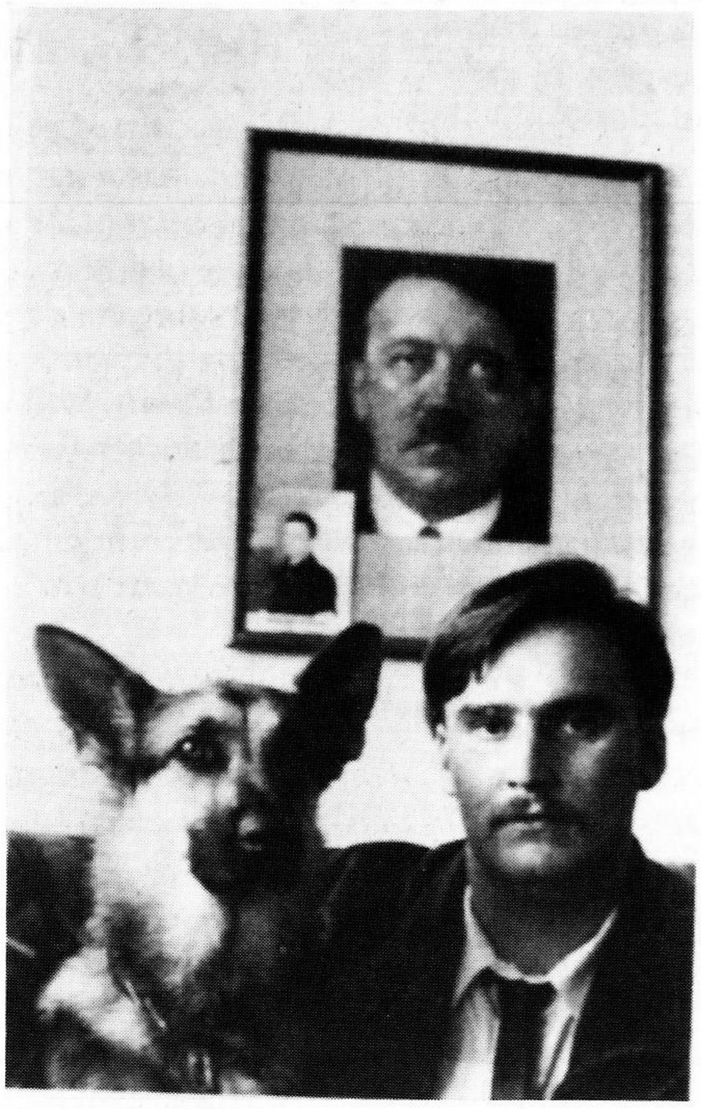
Das Bundestreffen der Flüchtlingsräte und Pro Asyl

ANTON MAEGERLE

Die Neue Rechte

Seit Jahren ist ein grundsätzlicher Wandel der politischen Landschaft zu beobachten. Die Bindekraft der etablierten Parteien schwindet, die Wahlbeteiligung sinkt, traditiertes Wahlverhalten geht in zunehmender Weise zurück, Parteienverdrossenheit ist überall anzutreffen. Rechtsextreme Parteien konnten seit Mitte der achtziger Jahre gar ihren Einzug in die Landesparlamente feiern.

Anton Maegerle berichtet und kommentiert aus dem Verfassungsschutzbericht über neonazistische Organisationsformen und geht der neuen Ideologie des Rechtsextremismus nach.



Nazi Dannenberg

Dem Verfassunsschutzbericht 1991, von Innenminister Schäuble im August 1992 vorgelegt, ist zu entnehmen, daß es Ende 1991 76 ,,offiziell registrierte'' rechtsextremistische Organisationen und sonstige Zusammenschlüsse gab, denen 39800 Personen angehörten.

Die Gesamtzahl der als rechtsextremistisch gewerteten Publikationen lag bei 71, von denen 57 mindestens viermal im Jahr mit einer Gesamtauflage von 7171000 Exemplaren erschienen.

300 Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Asylbewerber und rund 900 andere Gewalttaten gegen Ausländer zählten die Verfassungsschützer. Latente Ausländerfeindlichkeit ist spätestens seit der Kapitulation des Rechtsstaates im ostsächsischen Hoyerswerda im September 1991 in aktive Gewaltbereitschaft umgeschlagen.

An vorderster Front in Sachen Gewaltaktivitäten stehen neonazistische Skins. Wie die Bundesregierung betonte, würden sich rechtsextremistische Parteien wie die DVU oder die NPD von den fremdenfeindlichen Gewalttätern abgrenzen, es bestünden jedoch zahlreiche Verbindungen zwischen den organisierten Neonazis und militanten Skinheads. Neben den Skinhead-Gruppen steht insbesondere die ,,Nationalistische Front'' (NF) in Verdacht, zu fremdenfeindlichen Gewaltakten bereit zu sein. Außerdem hätten Ermittlungen des Bundeskriminalamtes die Gründung eines Ablegers des US-amerikanischen ,,KuKluxKlan'' (KKK) in der Bundesrepublik bestätigt. Bundesweit gerieten Skins erstmals Ende 1985 in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung, als Glatzen aus dem FAP-Umfeld am 21. Dezember 1985 in Hamburg den Türken Ramazan Avci auf offener Straße erschlugen.

Neonazis in der BRD sind in zahlreichen Parteien und Organisationen zusammengefaßt, was jedoch weniger auf ideologische Unterschiede zurückzuführen ist, sondern darauf, staatliche Verbote zu umgehen.

400 Neonazis umfaßt die ,,Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front'' (GdNF), des 1991 an Aids verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen. Zu ihr zählen die Hamburger ,,Nationale Liste'' (NL) des Kühnen-Nachfolgers Christian Worch, die überwiegend in Brandenburg und Sachsen aktive ,,Deutsche Alternative'' (DA), die hessische Landespartei ,,Deutsches Hessen'' (DH), die bayerische Landespartei ,,Nationaler Block'' (NB), die sächsische Landespartei ,,Sächsische Nationale Liste'' (SNL) und ,,Der deutsche Weg'' (DW) als Landespartei für Nordrhein-Westfalen.

Die 1979 gegründete neonazistische ,,Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei'' (FAP) unter ihrem Vorsitzenden Friedhelm Busse ist mit 150 Mitgliedern weiter auf dem absteigenden Ast, die konkurrierende ,,Nationale Offensive'' bringt es auf 100 Organisierte, die ,,Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.'' (HNG) zählt 200 Mitglieder und die nationalrevolutionäre ,,Nationalistische Front'' (NF) hat 130 Mitglieder nach dem Kaderprinzip organisiert.

Aufgelistet im Verfassungsschutzbericht sind die älteste rechtsextreme bundesdeutsche Partei, die ,,Nationaldemokratische Partei Deutschlands'' (NPD), die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei, die ,,Deutsche Volksunion'' (DVU) und das Möchtegern-Sammelbecken für alle ,,national Denkenden, die ,,Deutsche Liga für Volk und Heimat'' (DL).

Nachzulesen ist im VS-Bericht 1991 auch, daß revisionistische Bemühungen immer größere Kreise ziehen. Die Propaganda-Tätigkeit von Alt-Nazis wie Otto Ernst Remer und Thies Christophersen, von Geschichts-Verfälschern wie David Irving oder Udo Walendy, die die Nazi-Diktatur ,,weiß waschen'' wollen und hierbei den industriellen Massenmord von Juden, Sinti und Roma in Frage stellen oder schlicht leugnen, zieht immer größere Kreise.

Unverständlich ist, daß der Thübinger Verlagskomplex ,,Grabert/Hoehnrain'' mit seinem vierteljährlich erscheinenden Revisionistenorgan ,,Deutschland in Geschichte und Gegenwart. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik'' (DGG), dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ des Rechtsextremismus — neben ,,Nation + Europa'' —, nicht aufgeführt ist.

Zeitweiliger Chefredakteur von DGG war Wilfred von Oven, letzter Adjudant von Reichspropagandaminister Goebbels. Oven, einer von wenigen Alt-Nazis, die erkannt haben, daß mit der alleinigen Rückbesinnung auf vergangene Zeiten die rechtsextreme Tendenzwende nicht erreicht werden kann, schaffte erstmals 1979 in DGG direkte Bezüge auf die erfolgreiche französische ,,Neue Rechte'' um Alain de Benoist.

Ein Jahr später, 1980, gehören Wigbert

Grabert, Herausgeber von DGG, und seine Frau Marieluise zu den Gründern und ersten Vorstandsmitgliedern des „Thule-Seminars". Das in Kassel ansässige „Thule-Seminar" unter Führung des Akademikers Pierre Krebs, der auch schon bei der „Nationalistischen Front" referiert hat, wird nicht einmal im VS-Bericht erwähnt!

Beim „Thule-Seminar", einer Filiale der französischen Neuen Rechten, handelt es sich um eine hierarchisch gegliederte, nach außen abgeschottete Organisation, der es gelingt, große Teile des bundesdeutschen Rechtsextremismus in ein neues ideologisches — scheinbar humaneres — Gewand zu kleiden.

Den diskredierten Nationalsozialismus läßt das „Thule-Seminar" offziell mit dem Rückgriff auf Ideengut des jungkonservativen Flügels der „Konservativen Revolution" um Moeller van den Bruck zurück. Benoist und Krebs übernahmen die Argumentation Moellers, der im Liberalismus den Hauptfeind sah, da jener Wegbereiter der Auflösung der Volksgemeinschaft in Individualismus, Parteienregime und Klassenkampf. Dem Liberalismus stellt Moeller die Bindung, die ideale Gemeinschaft und die Verherrlichung des Staates gegenüber.

Dem Sozialismus wirft Moeller vor, daß er sich bisher immer nur um Klassen statt um Nationen gekümmert hat; der Gerechtigkeit für Menschen müsse jedoch die Gerechtigkeit für Völker vorangehen. Propagiert wird von ihm ein deutscher Sozialismus, der dazu berufen ist, den Liberalismus eines Westlertums, das in den Parlamenten vertreten ist, abzulösen. Selbstredend schließt Moellers Sozialismuskonzeption den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats aus ebenso wie eine Veränderung der Produktions- und Besitzverhältnisse. Das Bild des organischen Sozialismus wendet sich deshalb nicht gegen die Arbeitgeber. Angestrebt wird eine „Führer- und Unternehmensauslese" in einer Gesellschaft, in der jeder an seiner Stelle als Arbeiter zu betrachten ist.

Vorgeworfen wird dem Kapitalismus, daß er sich nicht den Bedürfnissen der Nation unterordnet, sondern an Gewinn und Reichtum orientiert ist. Auch habe der Kapitalismus die Volksgemeinschaft durch den Kampf aller gegen alle und die Propagierung des Individualismus zerstört. Moellers Antikapitalismus zielt auf die Wiederherstellung der Volksgemeinschaft, die Autorität des Staates und die nationale Souveränität.

Benoist und sein Adlatus Krebs haben das Gedankengebäude der „Konservativen Revolution" weiter ausgebaut und erneuert. Ein zentraler Punkt ist dabei der Kampf gegen die Menschenrechte, da deren universalistischer Anspruch das politische Selbstbestimmungsrecht und die Autonomie der Kulturen bedrohe. Als Manifeste universalistischer Weltdeutung und utopisch-egalitärer Weltverbesserung müssen Menschenrechte als politische Gefahr bekämpft werden. Die Idee einer einheitlichen Menschheit als moralische Kategorie wird verworfen und als judeo-christliches Machwerk abgetan. Den Menschenrechten setzt die Neue Rechte das Recht der Völker entgegen.

Dem Universalismus und seinen Folgeerscheinungen stellt die Neue Rechte das dem „Europaiden" adäquate nominalistische Prinzip gegenüber. Zentrale These der Nominalisten ist, daß es *die* Menschheit nicht gibt und infolge dessen die Unterschiedlichkeit eine Grundtatsache der Welt sei.

Bezugspunkt des neurechten Weltbildes ist das Volk, das als biologistisch verstandene Schicksalsgemeinschaft eine spezifische, letztlich genetisch bedingte Kultur hervorbringe. Die Neue Rechte stützt ihr Gedankengebäude auf die Biopolitik, deren Ausgangspunkt die Dominanz der genetischen Anlagen ist. Von der genetisch begründeten Ungleichheit der Menschen gelangt die Neue Rechte zur Ungleichwertigkeit der Menschen. In der Egalitär sieht sie die Wurzel allen Übels, die es zu bekämpfen gilt. Der Mensch solle sich stattdessen in der Rückkehr zu seinen Wurzeln und zu seinem Volk wieder selbst verwirklichen.

Gefordert wird von den Thule-Aktivisten eine organische Demokratie, d.h. die Herrschaft einer — meist auch noch rassistisch begründeten — Elite, die kraft ihrer genetischen und/oder kulturellen Sonderausstattung das Recht hat, über andere zu herrschen. Somit seien die Europäer zur Weltherrschaft legitimiert. Untermauert wird diese Theorie durch Ethnologen wie Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeld und Psychologen wie Jürgen Eysenck und Arthur Jensen.

Elementares Merkmal des neurechten Ideologiekonzeptes ist der Ethnopluralismus. Wörtlich heißt Ethnopluralismus Vielgestaltigkeit der Völker. Praktisch ist damit Apartheid gemeint: die Völker sollen unter sich bleiben („Deutschland den Deutschen — Die Türkei den Türken"). Völker werden vom „Thule-Seminar" unmittelbar gleichgesetzt mit Rassen. Der Rassismus des Ethnopluralismus liegt darin begründet, daß er eine Vermischung von Menschen, die unterschiedlicher Kulturen angehören, nicht zulassen will. Dem Postulat „Alle Menschen sind gleich", setzt die Neue Rechte das „Recht auf Ungleichheit", d.h. einen positiv gewendeten Rassismus, entgegen. Außenpolitisch favorisiert die Neue Rechte eine deutsch-französische Kooperation. Feindbild sind die USA (= raumfremde Macht). Dem ökonomisch-totalitären Universalismus der US-Amerikaner setzt die Neue Rechte den deutschen Mythos eines Reiches entgegen, in dem die Verschiedenartigkeit der Völker respektiert und in einer höheren politischen Einheit aufbewahrt wird.

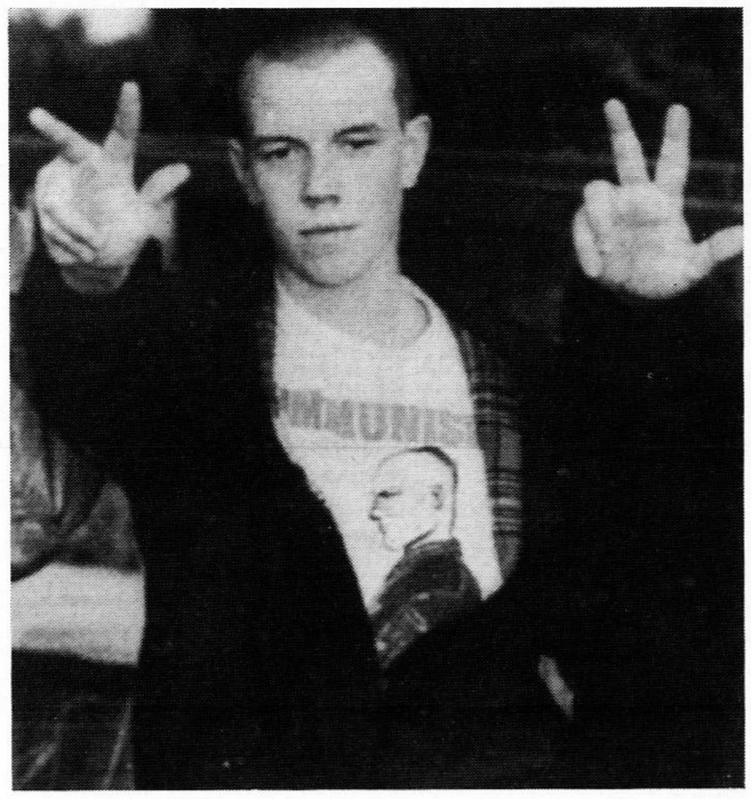
Die Bedeutung des „Thule-Seminars" liegt darin, daß sie als Ideen- und Einflußzentrum an der Entwicklung und wissenschaftlichen Legitimierung der neurechten Weltanschauung arbeitet, ihren Anhängern Orientierungshilfe bei der ideologischen Bewußtwerdung gibt, für die Verbreitung der rechten Ideen sorgt und am Modell einer exemplarischen Gegengesellschaft arbeitet, das in Krisenzeiten auf zunehmendes Interesse stoßen könnte. ■

Foto: M. Jochheim

ALBERT SCHERR

Gelebte Antipädagogik

Zur Auseinandersetzung mit jugendlichem Rechtsextremismus



Skinheads ‚West'

Konfrontiert mit der Eskalation von Gewalttaten gegen Einwanderer produzieren die Sozialwissenschaften Deutungen, die das Erschreckende verstehbar machen sollen. Unbekanntes wird auf allzu Bekanntes zurückgeführt. Rechtsextremismus wird als ein Jugendproblem dargestellt, als eine Praxis benachteiligter Jugendlicher, deren berufliche und familiale Integration nicht gewährleistet ist, oder als „Wohlstandschauvinismus" jugendlicher Arbeitnehmer charakterisiert. Dagegen verweist die feministische Kritik auf den häufig ignorierten männlichen Charakter von Gewaltbereitschaft und die Sozialfigur des deutschen Beamten, der Republikaner wählt, was weder durch Theoreme zur Krise sozialer Integration noch überhaupt durch Jugendtheorien erklärbar sei.

Während auf der Seite von Wissenschaft und Publizistik die Veröffentlichung konkurrierender Theorien und Theoreme Konjunktur hat, wird seitens der Politik jener „chemische Verbund von Hilfe und Kontrolle" (Habermas) vorbereitet, dessen Konturen sich in den Gutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt bereits abzeichneten. Polizei und Pädagogik haben gute Chancen, zu den eigentlichen Profiteuren der Gewalttaten zu werden, Legitimationsgewinne und einen entsprechenden Zugewinn an Sach- und Geldmitteln zu erzielen.

Im Folgenden werde ich mich vor allem mit der politischen Indienstnahme der Pädagogik auseinandersetzen. Denn hier zeichnet sich ein inzwischen eingespieltes Muster der politischen Krisenbearbeitung ab: Ein gesellschaftliches Problem — ausländerfeindliche Gewalt ebenso wie z.B. Arbeitslosigkeit oder Drogenmißbrauch — wird zunächst zum sozialen Problem umdefiniert, das heißt zum Problem einer spezifischen sozialen Gruppe erklärt, mit der gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit zurechtzukommen. In der Folge richtet sich die Aufmerksamkeit nicht länger auf die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen (Rassismus, institutionelle Diskriminierung) und deren Gestaltung, sondern zentriert sich in den Bewältigungsschwierigkeiten sozialer Gruppen. In einer zugespitzten Variante dieses Modells stellt sich gesellschaftliche Wirklichkeit als eine Summe von „Stressoren" dar und es wird angenommen: „Die Verunsicherung und Beunruhigung durch ... makrosoziale Risiken führt zu spezifischen Verarbeitungsmustern, zu Streß und zu problematischen Formen der Belastungsregulation, wie gesundheitlichen Reaktionen, Einstellungswandel, Gewaltbereitschaft und Aggressionen." (Mansel). Sind Gewalttaten gegen Einwanderer in dieser Weise als eine problematische Form von Belastungsregulation „erkannt", also nicht länger politisches Handeln, sondern Symptom massenhaft mißlungener individueller Streßbewältigung, kann mit den gewohnten Mitteln reagiert werden. Es sind in der Konsequenz die Mittel der Pädagogik bzw. im verschärften Fall der Therapie, mit denen denjenigen geholfen werden soll, die vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit, Krisen der Familie usw. zu unerwünschten Reaktionen wie psychischen Krisen, Drogenkonsum oder eben Aggressivität tendieren. Ergänzend und unterstützend werden die Sicherheitsapparate gegen diejenigen eingesetzt, die sich nicht erziehen oder therapieren lassen wollen, ausgebaut. Wer sich einer Behandlung als Opfer der Verhältnisse nicht fügt, wird zum Täter erklärt und den Sanktionsmaßnahmen des Strafrechts überstellt.

Es spricht, nebenbei bemerkt, wenig dafür, daß Polizei- und Justizapparate strukturell unfähig wären, sich mittelfristig auf ein neues Feindbild umzustellen. Insofern ist es wenig hilfreich, wenn auf Verzögerungen in diesem Lernprozeß mit dem klassischen „Auf dem rechten Auge blind"-Vorwurf reagiert wird, hinter dem sich ein schleichendes Einverständnis mit dem — ehemals vehement kritisierten — Ausbau der Sicherheitsorgane verbirgt, sofern sie sich nur auf den „rechten" Gegner richten. Das skizzierte Muster der Pädagogisierung eines gesellschaftlichen Problems ist auf der einen Seite vor allem deshalb attraktiv, weil es Politikern erlaubt, öffentlichkeitswirksam Aktivität vorzuzeigen (z.B. Förderprogramme für die Jugendarbeit im Osten), ohne den eingespielten politischen Umgang mit Einwanderung grundsätzlich in Frage stellen zu müssen. Man kann die seit Jahren anhaltende Diskriminierung der Migranten, insbesondere der Asylsuchenden, fortsetzen, mit der diese als Objekt von Gewalttaten geradezu angeboten worden sind und sich gleichzeitig mit vorgezeigter moralischer Empörung von jugendlichen Gewalttätern distanzieren sowie darstellen, daß man einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus erbringt. Politik bleibt handlungsfähig, ohne daß politisch, d.h. gesellschaftsgestaltend gehandelt werden muß.

Dilemmata des reformierten Bildungswesens

Auf der Seite der Pädagogen stößt das Angebot, Rechtsextremismus (wie vor Jahren schon Arbeitslosigkeit) zum pädagogisch zu bearbeitenden Jugendproblem zu erklären, auf Wohlwollen, weil damit der Jugendarbeit, die in den 80er Jahren zu einem eher randständigen Politikfeld geworden war, erneut ein prominenter Stellenwert zugespro-

chen wird. Die Tendenz der Mittel- und Stellenkürzung kann nicht länger fortgeführt werden und auch als Gegenmittel gegen die Sinnkrise der pädagogischen Profession, wie sie in vielfältigen Infragestellungen der Ziele erzieherischen Handelns zum Ausdruck kam, ist das Mandat „Pädagogik gegen rechts“ tauglich.

Gegen die Tendenz zu einer bloß sozialpolitischen bzw. sozialpädagogischen Reaktion auf die manifest gewordene Gewalt gegen Einwanderer, die durch die Umdefinition der Migrationsfolgen zur multikulturellen Lernherausforderung vorbereitet wurde, ist nicht nur einzuwenden, daß sie eine Entpolitisierung darstellt, indem sie es erlaubt, eine Debatte über den notwendig gewordenen Umbau der Bundesrepublik zur Einwanderungsgesellschaft zu vermeiden. Sie steht darüber hinaus von der Dilemma, daß hier die Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft Jugendlicher mit Mitteln bekämpft werden soll, die selbst den Ursachen des Problems zuzurechnen sind: Rechte Jugendliche sind, jedenfalls im Westen der Bundesrepublik, auch die Kinder eines reformierten Bildungswesens, in dem sie von durchschnittlich eher linken Pädagogen mit Lernzielen der Gewaltfreiheit, der kommunikativen Konfliktaustragung, des unterstützenden Verhaltens gegenüber Schwächeren usw. konfrontiert wurden. Solche Lernziele wurden nun offensichtlich von einem relevanten Teil ihrer Adressaten nicht erreicht — im Gegenteil. Bis in die Stilformen hinein demonstrieren rechte Jugendkulturen ihre Entgegensetzung zu den Anforderung reformierter Pädagogik: Gewalt statt Gewaltfreiheit, vorgezeigte Dummheit statt Lernbereitschaft, Häßlichkeit anstelle modisch-alternativer Selbststilisierung, Techno statt Einklang mit der Natur. Der eher diffusen Gemengelage ökologischer, friedenspädagogischer und sozialreformerischer Orientierungen, die unter ihrer Eltern- und Lehrergeneration vorherrschend sind, setzen rechte Jugendliche gerade jene Positionen entgegen, die größtmögliche Abgrenzung ermöglichen und ein maximales Provokationspotential beinhalten.

Maximales Provokationspotential

Und es ist zu fragen: Haben sie hierfür nicht gute Gründe? Fordert das reformierte Bildungswesen, das soziales Lernen proklamiert, aber de facto Leistungs- und Konkurrenzverhalten abverlangt, nicht Widerspruch heraus? Haben es die sozialen Bewegungen der späten 70er und 80er Jahre nicht konsequent vermieden, sich mit der Weitergabe ihres Wissens und ihrer Lebensentwürfe an die nachwachsende Generation zu befassen? Haben sich links-alternative Gesinnungen nicht vielfach in die Logik von Konkurrenz und Karrierismus eingefügt und demaskieren sich inzwischen als Bemäntelungen individueller Aufstiegsprojekte, die fallengelassen werden, wenn der Zeitgeist es verlangt?

Nun soll es hier nicht darum gehen, in ein (durchaus naheliegendes) Lamento über die Krise der Linken und ihrer einflußreichen pädagogischen Fraktionen zu verfallen. Interpretiert man jedoch die Selbstinszenierung rechter Jugendlicher als ihnen in pädagogischen Institutionen abverlangtes Verhalten und als Ausdruck der Weigerung, sich weiterhin erziehen zu lassen, dann spricht wenig für die Annahme, daß mit den Mitteln der Pädagogik wesentliches zur „Bekämpfung“ des Rechtsextremismus beizutragen sein wird. Damit werden pädagogische Maßnahmen, wie sie mit Stichworten wie aufsuchende Jugendarbeit, Schulsozialpädagogik und Fußballfanprojekte in einschlägigen Fachkreisen diskutiert werden, keineswegs für überflüssig erklärt. Vielmehr ist lediglich behauptet, daß sie sich nicht als zentrales, kurzfristig und flächendeckend wirksames Instrument zur Auseinandersetzung mit der Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit Jugendlicher eignen.

Wer vor diesem Hintergrund die berühmte Frage nach dem Positiven stellt, sieht sich auf das Feld der politischen Debatte um die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik verwiesen. Es käme hier darauf an, jenseits des Streits darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, ob und wie Einwanderung begrenzt, quotiert oder in anderen Formen reguliert werden soll, dem Projekt einer einwanderungsverträglichen Gesellschaftsgestaltung Konturen zu verleihen.

Denn unabhängig von den jeweiligen Regulierungen der Eintrittsbedingungen in die Gesellschaft der Bundesrepublik sind für die tatsächlich stattfindende Immigration Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, Einwanderern einen Status als normale Gesellschaftsmitglieder zu verleihen. Was mit diesen Formulierungen gemeint ist, läßt sich am besten am Negativbeispiel der Arbeitsmigranten verdeutlichen. Vor allem durch die ethnische Unterschichtung des Arbeitsmarktes, die Strukturen der rechtlichen Diskriminierung und die Segregation im Wohnungsbereich wurden und werden die „Gastarbeiter“ der 1. bis 4. Generation in

Ausländerwohnheim in March/Breisgau — wurde am 24. Sept. 1991 angegriffen.

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Armut in Frankfurt (Heft 44)

Jaschke: Neue Armut und Stadtentwicklung. Welche Rolle spielt „Armut" in der neueren politischen und wirtschaftlichen Stadtdebatte? ● *Scherer:* Kommunale Armutsberichterstattung. Eine Bibliographie ● *Karsten:* Die Produktion armer Frauen. Kommunale Armutsberichterstattung und die Armut von Frauen ● *Koch:* Armut in Frankfurt. Eine Übersicht ● *v. Freyberg:* Städtische Modernisierung und soziale Polarisierung. Anmerkungen zur Armutsentwicklung in Frankfurt/Main ● *Hausmann:* Frankfurt am Main. Die Metropole und die Moneten ● Magazin

120 Seiten, 15,— DM

Hochschule heute: Warten auf Frau Humboldt (Heft 43)

Klatt: Zwanzig Jahre und kein Bißchen? Reformuniversität Bremen ● *Willkomm:* Über die alltägliche Brutalität in der Hochschule ● *Bülow-Schramm:* Prüfungen auf dem Prüfstand ● *Braun u.a.:* „Glaub nicht alles, was sie dir erzähl'n". Eine Studie zur Einführung ins Studium der Sozialarbeit/Diakonie ● *Küspert:* „Studieren, und was dann?" Zur Situation studierender Frauen ● *Bülow-Schramm / Gipser:* Zwischen Aufbruch und Resignation. Der brüchige Habitus der HochschullehrerInnen ● *Karsten:* Studieren ordnen — „ordentlich" studieren. Gedanken über einige, tendenziell vernachlässigte Aspekte der Hochschulinnovationen ● *Daxner:* Die intellektuelle Teilrepublik. Die Hochschule als Ort der Öffentlichkeit ● Magazin ● Rezension

100 Seiten, DM 15,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

die Position einer Sonder- und Problemgruppe der bundesdeutschen Gesellschaft verwiesen, als die sie dann durch Integrationsmaßnahmen ebenso behandelt wie zum Gegenstand von Diskriminierung werden können.

▶ Aufbrechen des Problemstatus von MigrantInnen ◀

Erst allmählich zeichnet sich eine Diskussion ab, in der darauf gedrängt wird, etwa durch Einführung des (wenigstens kommunalen) Wahlrechts Migranten den Status des normalen Staatsbürgers schrittweise zuzugestehen. Von Schritten in Richtung auf eine solche Normalisierung der rechtlichen und ökonomischen Lage der Migranten — der Abschaffung z.B. des Inländerprimats im Arbeitsförderungsgesetz — ist meines Erachtens zu erwarten, daß sie dazu beitragen, den rechtsstaatlich verliehenen Status einer Sonder- und Problemgruppe aufzubrechen, die als solche auch zum Objekt offensichtlich ausländerfeindlicher Diskriminierung gemacht werden kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn anzunehmen ist, daß rechtsextreme Gewalt als Radikalisierung der etablierten Diskriminierungspraxis erklärbar ist, sich also kein neues Objekt schafft, sondern „lediglich" ein bestehendes Angebot aufgreift.

In den massenmedial verbreiteten Inszenierung von „Asylantenfluten" und „Einwanderungswellen", die inzwischen vielfach als mitverantwortlich für die einschlägigen „Krawalle" kritisiert worden sind, wird nur offensichtlich, was den Umgang der Bundesrepublik mit Migranten grundlegend kennzeichnet: ihre Situierung als Sondergruppe, die auf der Grundlage von Sondergesetzen einer Sonderbehandlung unterzogen werden darf, solange die im Rahmen der Rechtsordnung verbleibt. Daß der Umgang mit sogenannten Ausländern gemäß den Interessen der Deutschen zu erfolgen hat, ist keine Erfindung der extremen Rechten, sondern fundamentales Prinzip der bundesdeutschen Rechtsordnung.

In der Konsequenz dieser Überlegungen käme es darauf an, künftig nicht nur über Quantitäten und Qualitäten legaler Zuwanderung zu streiten, sondern auch darüber, welche Möglichkeiten politischer Gesellschaftsgestaltung ergriffen werden können, durch die Migranten rechtlich und faktisch der Status normaler Gesellschaftsmitglieder zugestanden werden kann. Erst als solche würden sie kein taugliches Objekt für Praktiken und Ideologien der Diskriminierung mehr abgeben, die an die gesellschaftlich reproduzierte (eben nicht nur kulturelle, sondern auch ökonomische und politische) Ungleichheit von Deutschen und Nicht-Deutschen anknüpfen.

Dies ist hier nicht auszuführen. Abschließend angemerkt sei lediglich, daß gegenwärtig selbst noch in den Analysen kritischer Sozialwissenschaftler der (deutsche) Staatsbürger als Prototyp des Gesellschaftsmitglieds gilt. Wer nicht über die Staatsbürgerschaft verfügt, wird vielfach — etwa in Meinungsumfragen — nicht dem Gegenstandsbereich der Gesellschaftswissenschaft (=Staatsbürgerkunde?) zugerechnet. Dies sollte als ein Indiz dafür ernstgenommen werden, daß Migration eine ähnlich fundamentale Lernherausforderung darstellt wie die Ökologiethematik und nach einer vergleichbaren gründlichen Überprüfung auch der theoretischen Instrumentarien verlangt. Auch hier werden Ad-hoc-Erklärungen und entsprechende Strategien, die auf eine Auseinandersetzung mit den zugrundeliegenden Strukturen verzichten, wenig mehr erbringen als die Gewißheit, doch etwas für eine gute Sache getan zu haben. ■

Literatur

Bommes, M. & A. Scherr (1992): Faschos raus aus den Jugendzentren? In: A. Scherr 1992

Heitmeyer, W. u.a.: Die Bielfelder Rechtsextremismus-Studie. Weinheim und München 1992

Leiprecht, R.: „ ... da baut sich ja in uns ein Haß auf. Berlin 1990

Mansel, J. (Hg): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohungen. Weinheim und München 1992

Scherr, A. (Hg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld 1992

ULRICH BRAND

Desaströser Marktkolonialismus

Argentinien nach drei Jahren „Menemismus“

Innerhalb weniger Jahre wandelte sich Argentinien zum Musterschüler von IWF und Weltbank-Anpassungsprogrammen, wofür die derzeitige Regierung von den dominanten gesellschaftlichen Gruppen und dem Ausland mit Lob überschüttet wird. Aber auch große Teile der Bevölkerung akzeptieren die forcierte Anpassung an scheinbare „Notwendigkeiten“ — vorerst jedenfalls. Es scheint fast so, als sei die jetzige Politik der Herausbildung einer der Akkumulationsstrategie adäquaten politischen Form förderlicher als die der Regierungen zuvor.

Anläßlich seines dreijährigen Dienstjubiläums Anfang Juli zog es Präsident Carlos Menem vor, in der Provinz fernab der Hauptstadt zu feiern. Denn vor allem in Buenos Aires nahm zur gleichen Zeit die Mobilisierung und Politisierung in der Auseinandersetzung um die Bildungspolitik zu. Was der Präsident von den Mobilisierungsprozessen hält, machte er wenige Tage später deutlich: „Subversive Infiltration“ fiel ihm in Anlehnung an die jüngere argentinische Vergangenheit ein. Gleichzeitig ließ im ganzen Land auf Plakaten verkünden: „Dieses Mal macht die Anstrengung Sinn.“

Die Änderung der Akkumulationsstrategie von der importsubstituierenden Industrialisierung mit einer mehr oder weniger starken Binnenmarktorientierung hin zum Modell einer auf Land- und Viehwirtschaft beruhenden Exportorientierung begann Mitte der 70er Jahre unter der Militärdiktatur von 1976 bis 1983. Neben der Zerschlagung gesellschaftlicher Alternativen — deren Diskussion in Argentinien Anfang der 70er Jahre eine breite Resonanz fand — war eine Funktion der blutigen Diktatur, das neoliberale Modell politisch zu stützen: Die Zertrümmerung der Gewerkschaften, massive Lohnsenkungen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes waren dafür notwendige Rahmenbedingungen. Damit verband sich der Beginn einer starken De-Industrialisierung des Landes.

Als sich Ende der 70er Jahre gesellschaftlicher Widerstand formierte — die Militärs etwa im Gegensatz zu Chile ihre wirtschaftliche Unfähigkeit nicht mehr verbergen konnten und 1982 auch noch der Malwinen-Krieg als Desaster endete —, war der Übergang zur politischen Demokratie möglich. Freilich fiel es dem bürgerlichen Präsidenten Alfonsin schwer, die Fortführung desselben Wirtschaftsmodells politisch abzusichern. Anfangs gab es noch zaghafte Versuche, beispielsweise die Legitimität der unter den Militärs von 8 auf 45 Mrd. US-Dollar angestiegenen Auslandsverschuldung zu diskutieren. Schon Ende 1984, nach der heftigen Reaktion der internationalen Bankenschaft, war das kein Thema mehr. Genauso wurden Versuche, die während der Militärdiktatur erlittenen Einkommensverluste der Lohnabhängigen wenigstens teilweise auszugleichen, durch hohe Inflationsraten zerstört. Alfonsin ging zunehmend die innenpolitische Unterstützung verloren und er zog sich Mitte 1989, ein halbes Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit, während einer Phase der Hyperinflation zurück.

Der Weg war frei für den Peronisten Menem, der schon wegen dieser Etikette wesentlich weniger Widerstand für seine Weltmarkteinpassung zu erwarten hatte. Es ist nicht nur symbolisch zu deuten, daß sein erster Wirtschaftsminister aus der Chefetage des mächtigsten Wirtschaftskonglomerates Argentiniens kam. Das Paradoxe ist, daß der Widerstand gegen die Liberalisierung unter nicht-peronistischen Kennzeichen (Militärdiktatur und Alfonsin) wesentlich von PeronistInnen getragen wurde. Seit 1989 wird unter peronistischer Flagge modernisiert — und zwar forciert.

Vor einigen Monaten wurde das Thema Auslandsverschuldung noch einmal breiter diskutiert. Anfang April unterzeichneten die argentinischen Regierung und die ausländischen Gläubigerbanken den sog. Brady-Plan. Die grundlegende Botschaft des Abkommens ist zuerst einmal, daß die bestehende Auslandsschuld als solche akzeptiert wird und der weitere Einfluß der Gläubigerbanken auf die Wirtschaftspolitik gesichert ist. Der vertraglich auf dreißig Jahre festgezurrte Versuch der ausländischen Privatban-

Foto: U.B.

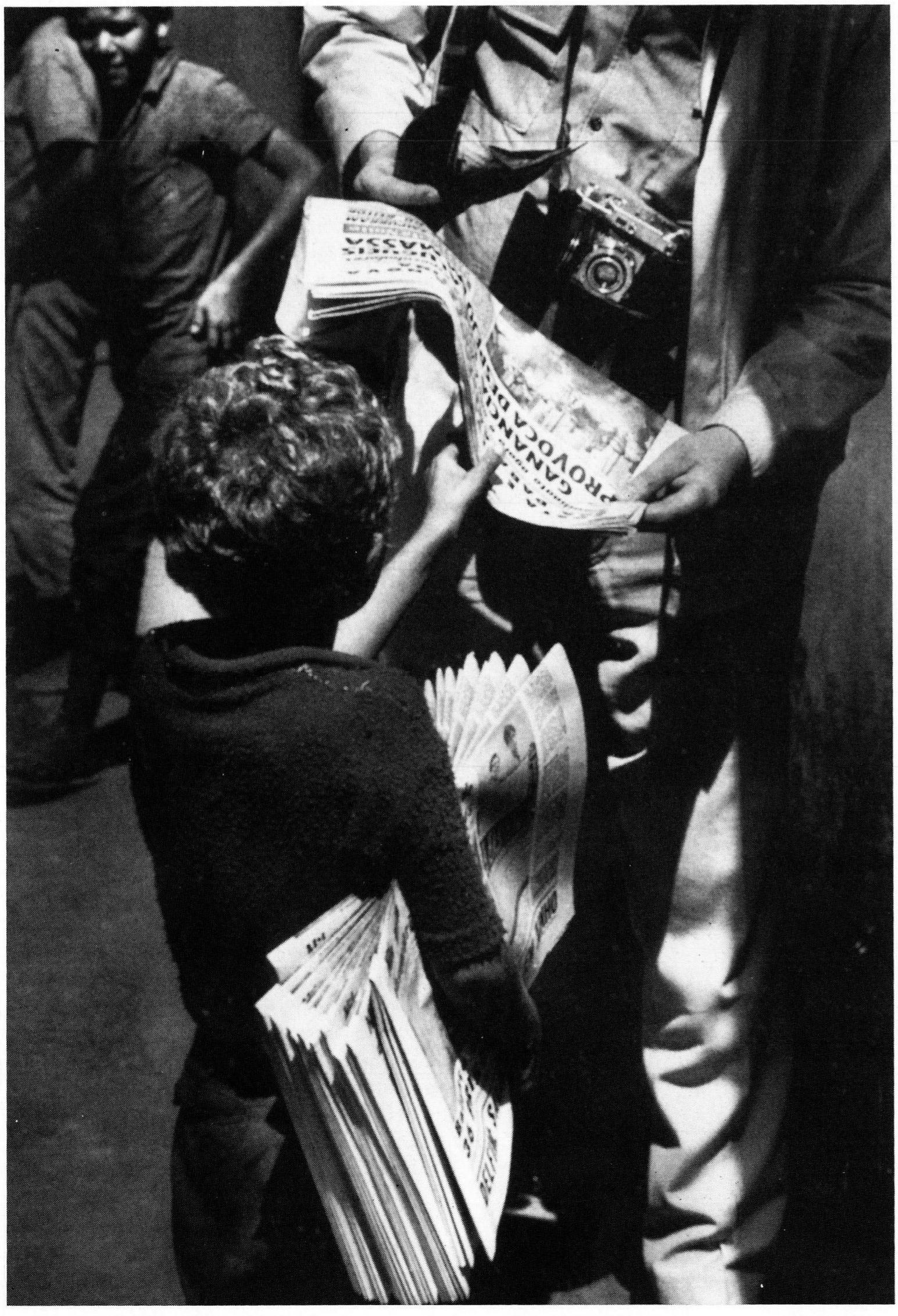
ken, den Kapitalfluß aufrecht zu erhalten, läßt jenen vorerst mehrere Optionen, was unter anderem dazu führen könnte, daß der argentinische Staat seine Schuldscheine an die USA verkauft und „nur" noch Zinsen bezahlt.

Unabhängig von der gewählten Option bringt der Brady-Plan eine vertragliche Absicherung und damit einen garantierten und kontinuierlichen Zins- oder Schuldendienst des internationalen Groß-Schuldners, der allein in den kommenden acht Jahren über 25 Mrd. Dollar betragen wird. Eine kaum vorstellbare Knebelung. Von den interessierten Gruppen wird der Plan natürlich als Erfolg gewertet, da nun wieder ausländisches Kapital ins Land komme.

Die Privatisierungen sind neben der Außenöffnung das Kernstück der jetzigen Regierungspolitik. Sie werden in atemberaubendem Tempo durchgeführt und sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Es füllen sich dabei ebenso wie mit Korruption genau diejenigen Leute die Taschen, die sie vorher mit Finanzspekulationen und der externen Verschuldung ohnehin kaum zubekamen. Das oberste Privatisierungsprinzip ist simpel und bekannt: Die Gewinne sind privat und die Verluste öffentlich, denn der Staat bleibt häufig als Verlustgarant auch nach dem Verkauf der Unternehmen involviert.

Ein weiterer Aspekt der Außenöffnung ist die regionale Integration mittels der Schaffung eines gemeinsamen Marktes (MERCOSUR — Mercado Común del Sur) zwischen Argentinien und Brasilien bis Ende 1994 bzw. zwischen jenen Ländern, Paraguay und Uruguay bis Ende 1995, was im März 1991 im Vertrag von Asunción festgelegt wurde.

Das ermöglicht den freien Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft untereinander, sowie die Harmonisierung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken. Nach außen sollen vor allem gemeinsame Zölle erhoben werden. Unter dem Problemdruck der sich in Handelsblöcke formierenden Weltwirtschaft und der Unfähigkeit zur Vereinigung Gesamt-Lateinamerikas ist das Projekt auf diese kurze Realisierungsdauer angelegt und wird in der angestrebten Form kaum gelingen.



Entnommen aus: J. Heinemann, América

▶ Dollarisiertes Land ◀

Der lange Zeit in Lateinamerika und insbesondere in Argentinien als „Entwicklungsmotor" fungierende Staat wird als Hauptursache für ökonomische Ineffizienzen von den neo-liberalen Vordenkern ausgemacht und seiner Interventionsmöglichkeiten in „die Wirtschaft" beraubt. Dies heißt jedoch alles andere als eine „Aufhebung des Staates", da in anderen Bereichen sehr wohl eine regelnde Instanz benötigt wird. Sei es in Form eines diktatorischen Staatsterrorismus — in Argentinien derzeit kaum zu erwarten —, sei es subtiler als autoritärer und gesellschaftliche Konflikte im Sinne der akkumulationsbedingten „Erfordernisse" regulierender Staat, dessen Bürokratie übrigens im Verbund mit der Privatwirtschaft schon aufgrund der weitreichenden Korruption am Selbsterhalt interessiert ist. Die traditionelle Dominanz der Exekutive wird von der derzeitigen Regierung noch weiter verstärkt: Eingriffe in die Rechtsprechung, Erlaß von Dekreten, um das Parlament zu umgehen und dessen Reduzierung auf ein Akklamationsorgan.

Die Grundlage der Restrukturierung ist der Konvertibilitäts-Plan von März 1991, den eine Gruppe von Ökonomen um den derzeitigen Wirtschaftsminister Cavallo zimmerte. Argentinien hat damit eine in keinem anderen lateinamerikanischen Land angewandte Stabilisierungs-Strategie, da insbesondere die starke hiesige Inflationsmentalität umgangen werden soll. Der argentinische Peso wurde per Gesetz 1:1 an den Dollar gekoppelt und — entscheidender — die Zentralbank zur vollständigen, das heißt einhundertprozentigen Deckung der inländischen Geldmenge durch Devisen und Gold verpflichtet. Damit fällt die Möglichkeit des Gelddruckens für den Staat weg. Die Probleme sind freilich schon im Modell angelegt.

Daß es derzeit dennoch funktioniert, liegt daran, daß Dollars in relativ großem Umfang verfügbar sind. Vor allem durch die Privatisierungen, aber auch durch zu geringen Teilen ins Land zurückkommendes Fluchtkapital (das insgesamt auf 30 bis 60 Mrd. Dollar geschätzt wird!). durch die Auflösung von Rücklagen der Mittel- und Oberschicht, die in Zeiten der Hyperinflationen Dollar sparten und durch die geringen Auslandsinvestitionen. Da die ersten drei Faktoren auf absehbare Zeit wegfallen bzw. unsicher sind, liegt ein Knackpunkt des argentinischen Stabilisierungsmodells im

Foto: U.B.
Am Friedhof Recoletta, Buenos Aires

ausländischen Kapitalzufluß. Wie gesagt: Das Scheitern der spezifischen argentinischen Stabilisierung wird die Orientierung der Ökonomie an neo-liberalen Mustern nicht beenden.

Die Konsequenzen der Stabilisierung und Re-Strukturierung für die unmittelbaren Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung sind desaströs. Die Bindung des Peso an den Dollar bedeutete in dem ohnehin „dollarisierten" Land zuerst einmal die Internationalisierung der Preise: Buenos Aires hat heute höhere Lebenshaltungskosten als New York oder jede andere Stadt der beiden amerikanischen Halbkontinente.

Bei den Löhnen und Renten erfolgte die Preisanpassung natürlich nicht. Weit über zwei Millionen und das heißt siebzig Prozent aller RentnerInnen „leben" von einer staatlichen Pension bis zu umgerechnet 150 Dollar, wie jüngst eine Untersuchung ergab. Zwar versprach die Regierung Verbesserungen, doch bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, daß die Hälfte der RentnerInnen leer ausgehen wird. Offiziell hält sich die Arbeitslosenquote bei 6 bis 7 Prozent — doch diese berücksichtigt nicht eine Ausweitung des „informellen Sektors" ohne Arbeitsschutz und festem Einkommen. Am deutlichsten wird das in der Unzahl von „fliegenden Händlern", die sich dequalifiziert und unter wachsender Konkurrenz unwürdig ihr Leben verdienen. Hinzu kommt Sozialdumping durch den starken Zuzug von Arbeitssuchenden aus den angrenzenden Ländern, da Argentinien aufgrund des Fixkurses mit dem Dollar relativ höhe Löhne hat. In Buenos Aires zumindest ist für viele Menschen die Suche nach einem zweiten Arbeitsplatz zur Überlebensnotwendigkeit geworden. Damit nimmt die bewußt in Kauf genommene Polarisierung in Reiche und Arme zu, obwohl Argentinien traditionell eine ausgeprägte Mittelklasse hat.

Trotz Verarmungsprozesse und zunehmender gesellschaftlicher Spaltung basiert das menemistische Projekt auf einer großen Akzeptanz weiter Teile der Bevölkerung. So gab es bei Parlamentswahlen im vergangenen Oktober nach über zwei Jahren Menem-Regierung einen deutlichen Erfolg für seine Partei.

Es gibt vielfältige Gründe für diese Akzeptanz. Zuerst einmal definiert sich Menem als Peronist und wird von der entsprechenden Partei gestützt. Im Wahlkampf 1989 trat er mit seiner heutigen Politik entgegengesetzten Parolen an. In der Realität werden die wesentlichen Elemente der ersten und „goldenen" Phase Juan Domingo Peróns (1946 - 55) ins Gegenteil verkehrt: Der Aufbau wird rückgängig gemacht. Interessen von LohnarbeiterInnen finden keine Berücksichtigung. Die Politik der Regierung entspricht damit den derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

Weiterhin wird die seit über einem Jahr andauernde Preisstabilität der Regierung von der inflationsgeschädigten argentinischen Bevölkerung als Erfolg angerechnet.

▶ Führungsrolle? ◀

Ein dritter Aspekt der hohen Legitimität — und nicht zu trennen von der zweiten — ist ein „von oben" geführter und medial verbreiteter Diskurs über den bevorstehenden Eintritt Argentiniens in die „Erste Welt". So lächerlich sich das anhören mag, verfehlt er doch bei Teilen der Bevölkerung nicht seine Wirkung. Besonders viele „porteños", wie man die in Buenos Aires lebenden ArgentinierInnen nennt, lassen sich in ihrem Gefühl von Überlegenheit und erhoffter Führungsrolle des Landes in Lateinamerika gerne bestätigten. Dazu paßt dann auch die Schweiß- und Tränen-Ideologie der Regierung („Dieses Mal macht die Anstrengung Sinn"), die der heute benachteiligten Bevölkerungsmehrheit ein besseres Morgen verspricht.

Schließlich herrscht auch in Argentinien eine Alternativlosigkeit, durch die die derzeitigen gesellschaftlichen Prozesse nicht grundlegend in Frage gestellt werden. Damit erscheint beispielsweise die Privatisierung von ineffizienten und mit Korruption durchsetzten Staatsbetrieben als sinnvoll. Die traditionelle Staatsfixiertheit und der derzeitige Marktradikalismus erschweren es, von der platten Alternative „Markt oder Staat" wegzukommen. Die UCR (Unión Civica Radical), eine bürgerliche Partei und traditionelles politisches Gegengewicht zum Peronismus, hat wenig anderes zu bieten und die zersplitterte Linke unterliegt der allgemeinen Orientierungslosigkeit, die durch das traditionell gespaltene Verhältnis zum Peronismus noch verstärkt wird.

Seit Mai konzentrieren sich die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor allem auf die Bildungspolitik. Anlaß war ein Gesetzentwurf, wodurch der offene Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen gefährdet wird, die weitere Privatisierung des Sekundar- und Tertiärbereiches vorangetrieben und die Schulpflicht von sieben auf sechs Jahre verkürzt werden soll. Tiefere Ursachen des Konfliktes sind aber in der allgemein desolaten Bildungssituation Argentiniens, einer völlig unzureichenden Finanzausstattung des Bildungssystems und niedrigsten Löhnen für Lehrende zu suchen. Die Mobilisierung von Schüler- und StudentInnen, Lehrenden und Eltern erreichte vor den Winterferien beachtliche Ausmaße.

Zur gleichen Zeit übte die bürgerliche Oppositionspartei UCR zum ersten Mal offene Kritik am allzu forschen Anpassungsprogramm der Regierung.

Ebenfalls durch den gesamten Juli zog sich die Diskussion, ob der Gewerkschaftsdachverband CGT (Confederacion General del Trabajo) nach drei Jahren peronistischer Präsidentschaft zum ersten Mal zum Generalstreik aufrufen würde oder nicht. (Unter Menem's Vorgänger Alfonsin, der kein Peronist war, gab es dreizehn Generalstreiks.) Schließlich machte die verkrustete, mit der peronistischen Parteipolitik auf's engste verwobene Gewerkschaftsspitze einen Rückzieher.

Die progressiven Kräfte und Einzelgewerkschaften, die sich um eine offene Op-

position gegen die gewerkschaftliche Hauptströmung bemühen, und vor allem für eine fundamentale Neuorientierung und eine offene Diskussion darüber eintreten, sind seit dem Gewerkschafts-Kongreß im März dieses Jahres noch weiter in der Defensive. Freilich fehlte ihnen auch eine Strategie, um sich stärker in die erzwungene Vereinigung einzubringen. Die meist isolierten einzelgewerkschaftlichen Proteste zeigen was die Absetzung des Generalstreiks im Juli nur verdeutlichte: es dominiert Orientierungslosigkeit.

Der zumindest auf mittlere Sicht einigermaßen perspektivlosen Gewerkschaftspolitik kann die der argentinischen Linken hinzugefügt werden. Ob peronistisch oder nicht-peronistisch, derzeit überwiegt auch dort die Suche nach Orientierungen und Ansatzpunkten einer wirksamen Opposition. Wobei schon ein Grund für die Schwierigkeit der Suche nach Gemeinsamkeiten eben der Begriff der notwendigen und möglichen Opposition selbst ist.

500 Jahre Konquista ist in Argentinien kein Thema. Von Oktober bis Dezember wird in Buenos Aires ein gigantischer Vergnügungspark die ohnehin positive Konnotation mit dem Datum 1492 verstärken. Der dominante öffentliche Diskurs richtet sich auf heutige Probleme und deren Lösungsversprechen für morgen. Historische Kontinuitäten von externen Abhängigkeiten sind nicht relevant, noch nicht einmal die heutige weitreichende politische, ökonomische und kulturelle Dependenz wird thematisiert. Aufklärung und Widerstand gibt es natürlich und sie werden bis Oktober anwachsen. Allerdings sind sie viel zu schwach, um dem Thema eine andere Richtung zu geben.

Auch wenn der Zusammenhang zwischen rigoroser Exportorientierung und ökologischer Zerstörung in Argentinien nicht so offensichtlich und dramatisch erscheint wie beispielsweise im Nachbarland Brasilien, gibt es doch eine weitere Zuspitzung des ohnehin gestörten Naturverhältnisses.

So unfaßbar es scheint, daß in einem derart fruchtbaren Land Hunger herrscht — allein die ,,pampa húmeda'' ist ein Gebiet bester Bodenqualität von der Größe Frankreichs; Argentinien hat 34 Mio. EinwohnerInnen... — so erklärbar ist auch, warum der gewaltige natürliche Reichtum nicht nur katastrophal verteilt, sondern auch noch untergraben wird. Das dramatischste Beispiel ist der seit einigen Jahren für den Export betriebene Obstanbau in der Provinz Rio Negro auf wenig dafür geeigneten Böden, weswegen riesige Mengen von Pestiziden notwendig sind. Selbst die fruchtbaren Böden der Pampa sind durch die vor einigen Jahren eingeführten zwei Ernten pro Jahr mittelfristig bedroht.

Sensibilität für sozio-ökonomische Problemlagen ist trotz UNCED so gut wie gar nicht vorhanden. Fast schon zynisch mutet es an, wenn die konsumgeile (und -fähige) Ober- und Mittelschicht ihren, dem europäischen und US-amerikanischen in nichts nachstehenden ressourcen- und materialintensiven Lebensstil mit der Armut weiter Bevölkerungsteile rechtfertigt: ,,Wie kann man von uns Argentiniern, die zuerst einmal den Hunger bekämpfen müssen, auch noch ökologisches Bewußtsein verlangen!'' Die entsprechende staatliche Politik ist, wenn überhaupt, technokratisch-nachsorgend und reaktiv, was insbesondere in der 12 Millionen EinwohnerInnen zählenden Stadt Buenos Aires deutlich wird, wo Wasserqualität und -knappheit ein großes Problem ist. Genau an solchen massiven Beeinträchigungen der Lebensqualität könnte sich andererseits Protest entzünden.

Versuch eines Fazits: Der Präsident Menem ist Chiffre des bisherigen Höhepunktes einer neo-liberal begründeten Weltmarktausrichtung bei gleichzeitig autoritär-populistischem konservativem Diskurs. Er entspricht damit externen Kapitalinteressen genauso wie den inländischen Gruppen, die von der strukturellen Anpassung profitieren. Das sind neben den exportorientierten Kapitalfraktionen des Agrar- und Agrarindustriesektors sowie der modernen Industriekapital- und der Finanzbourgeoisie auch weite Teile der Mittelklasse. Daß die in den 70er Jahren eingeschlagene Akkumulationsstrategie besonders derzeit eine hohe Akzeptanz aufweist, deutet darauf, daß es sich um eine adäquate politische Form handeln könnte, die gesellschaftliche (De-)Regulationsmechanismen durchsetzt. Allerdings wird sich erst in der nächsten Zeit zeigen, wie mit schärferen Krisen umgegangen wird, insbesondere nach dem Abschluß der Privatisierungen und einer noch restriktiven staatlichen Sozialpolitik. Die Folge Kampf um Unabhängigkeit vom Osmaninischen Reich entwickelt hatte, ist gezeichnet dern eher ein verstärkter Autoritarismus, der schon heute demokratische und formaldemokratische Politikmechanismen aushöhlt. Immer den Schatten der Militärs und des IWF auf der politischen Bühne sehend, wird es eines auf absehbare Zeit in Argentinien sicherlich nicht geben: Die Änderung der Strategie einer exportorientierten Weltmarkteinpassung. ■

Von der Redaktion gekürzte Fassung.

"Nie würden wir imstande sein, ... unsere Lage zu verändern, so lange wir gefangen blieben in unserer Halbheit und Entfremdung..."

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Linken

... Deswegen, so sieht auch **spw** das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht **spw**, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre.

Das konkrete Augenmerk richtet **spw** derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

COUPON ***spw-Probe-Abonnement***

Ich bestelle ein **spw**-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von **spw**, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

RAINER FREITAG-WIRMINGHAUS

Berg Karabach

Der armenisch-aserbaidschanische Krieg

Als Anfang 1988 die armenische Mehrheit in Berg Karabach den Anschluß ihres autonomen Gebietes an Armenien forderte, war dies der Auftakt zu einer Eskalation unversöhnlicher nationalistischer Emotionen auf beiden Seiten und einer unendlichen Spirale von Gewalttaten bis hin zum gegenseitigen Genozid. Seit Februar dieses Jahres tobt ein offener Krieg mit einander ablösenden armenischen und aserbaidschanischen Offensiven, der nicht nur in Karabach, sondern auch an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze ausgetragen wird. Der Krieg ist zum beherrschenden Element in beiden Ländern geworden, er entscheidet über das Schicksal der Regierungen wie auch über den Erfolg der angestrebten demokratischen Reformen in der Phase des gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Nach Auflösung der Sowjetunion hat sich der Konflikt zu einem die Nachbarstaaten involvierenden gefährlichen internationalen Sicherheitsrisiko entwickelt, durch den Eintritt der neuen Staaten in die KSZE ist er längst zu einem internationalen Problem geworden.

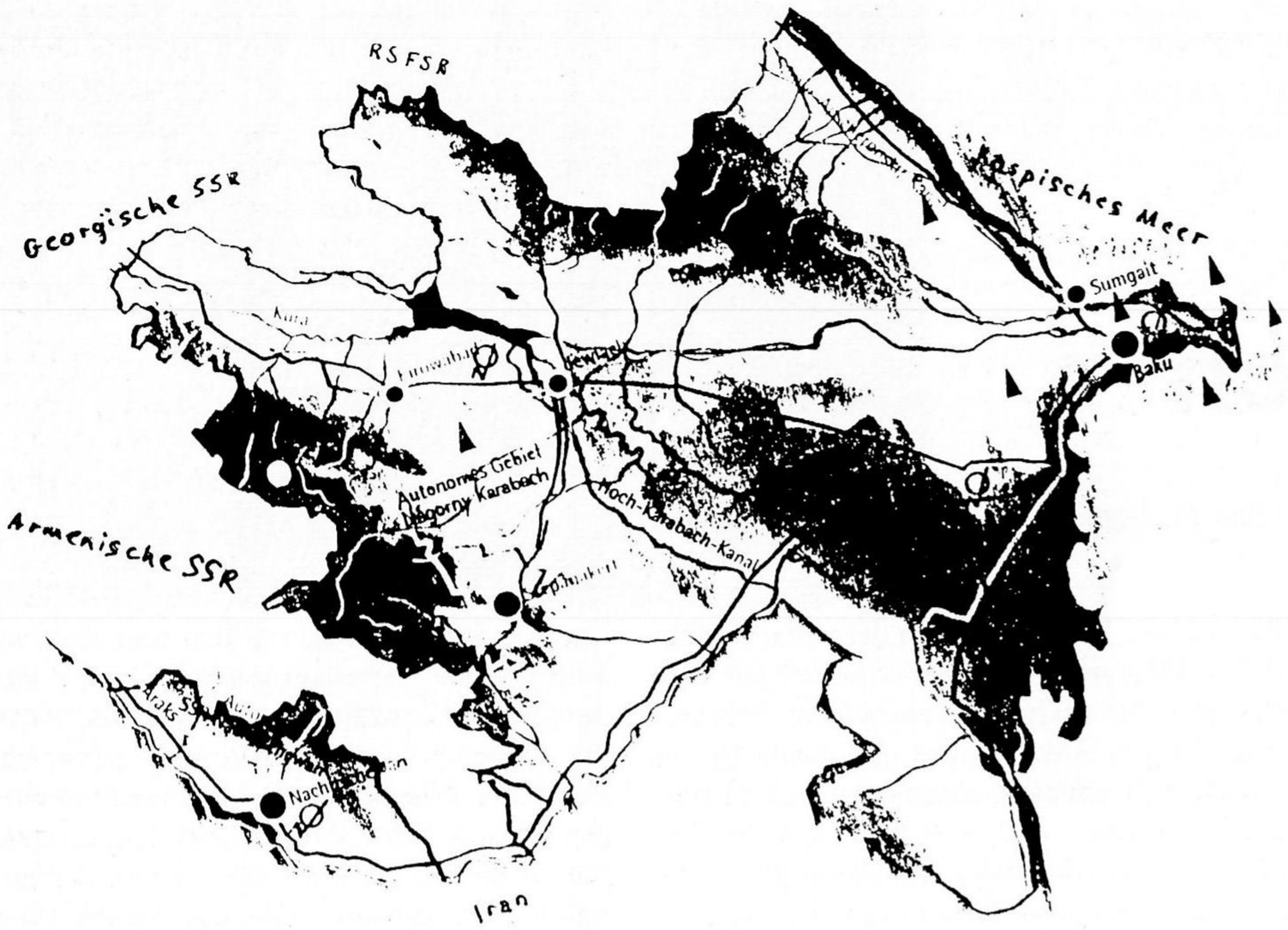
Ebenso wie beim Vergleich der widersprüchlichen Informationen beider Seiten aus dem Kriegsgebiet entsteht auch bei der Betrachtung beider Standpunkte der Eindruck, es handle sich um zwei verschiedene Ereignisse und Probleme. Während für Aserbaidschaner feststeht, daß Berg Karabach seit alters her ein Teil Aserbaidschans ist, in das Armenier erst im 19. Jahrhundert unter Vertreibung der Stammbevölkerung eingewandert waren, sehen Armenier Arzach (armenische Bezeichnung für Berg Karabach) als historischen Teil Ostarmeniens, in dem bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts armenische Fürstentümer existierten. Für Aserbaidschan liegt der Grund des Konfliktes im armenischen Chauvinismus und Irredentismus, der unter Mißachtung des Prinzips der Unverletzlichkeit bestehender Grenzen unberechtigte Gebietsforderungen stellt, um seinen Traum von einem neuen großarmenischen Reich zu erfüllen. Armenien dagegen sieht, neben der ungerechten Zugehörigkeit Berg Karabachs zu Aserbaidschan den Grund für die Entstehung einer Vereinigungsbewegung in der Unterdrückung der armenischen Bevölkerung durch die aserbaidschanische Verwaltung — und stellt damit den Konflikt als Problem des Rechtes auf Selbstbestimmung und der Menschenrechte dar. Beide Seiten unterstellen sich gegenseitig, die „ethnische Säuberung" Karabachs zu betreiben, beide werfen der sowjetischen Zentrale wie auch den noch verbliebenen GUS-Streitkräften vor, sich zugunsten der Gegenseite in den Konflikt eingemischt zu haben, was sich nicht unbedingt zu widersprechen braucht. Beide nutzen aber auch die ehemalige Sowjetarmee als Waffenlieferant, sei es durch Kauf, Raub oder Eroberung.

Bei Betrachtung der historischen Entwicklung ergibt sich kein zwangsläufiger Anspruch Armeniens auf Karabach. Vor der russischen Eroberung war das historische Karabach eines der unabhängigen muslimischen Khanate in Transkaukasien. 1811 waren von 12000 Familien 9500 muslimisch. Es hatte zwar immer Armenier in Karabach gegeben, aber historisch war es immer ein Teil Aserbaidschans, ökonomisch immer mit Baku verbunden gewesen. Nach dem ersten russisch-persischen Krieg geriet Karabach 1805 unter russische Herrschaft. Die darauf einsetzende armenische Einwanderungswelle aus den armenischen Siedlungsgebieten in Ostanatolien und Iran veränderte die Bevölkerungsstruktur. Unter dem Schutz des Zarenreiches stieg der Anteil der Armenier im 19. Jahrhundert ständig als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen Rußlands mit Persien und dem Osmanischen Reich, so nach dem russisch-persischen Vertrag von 1928, der die bis heute andauernde Teilung Aserbaidschans in Nordaserbaidschan unter russischer Verwaltung und Südaserbaidschan unter persischer

Karabach — historisch

Herrschaft besiegelte, ebenso nach dem russisch-osmanischen Krieg 1877-79 sowie antiarmenischen Pogromen im Osmanischen Reich ab 1890 und 1914/15. Die Zahl der Armenier stieg von 200000 im Jahr 1846 auf 1,35 Mio. 1918. Seit Anfang dieses Jahrhunderts war die armenisch-aserbaidschanische Beziehung immer von blutigen Massakern begleitet, so im sog. tatarisch-armenischen Krieg 1896-1905. Eine wesentliche Ursache des Konflikts war die wirtschaftliche und kulturelle Überlegenheit der Zugewanderten sowie ihre priviligierte Stellung im Zarenreich. Der Streit um den Besitz von Karabach bildete damals wie heute den Gegensatz zwischen beiden Volksgruppen. In der Zeit der unabhängigen bürgerlichen Republiken 1918-20 erhoben beide Staaten Anspruch auf Karabach, was erneut zu kriegerischen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Massakern an der Zivilbevölkerung führte.

Im russisch-türkischen Friedensvertrag von Moskau 1921 wurde im Zuge eines Kompromisses der russischen Revolutionsregierung mit der Türkei Atatürks Karabach Aserbaidschan zugesprochen, wobei sich Moskau auf die Seite des türksprachigen, bevölkerungsreicheren und ökonomisch wichtigeren Aserbaidschan stellte. 1923 wurde Berg Karabach als autonomes Gebiet in die Aserbaidschanische Sowjetrepublik eingegliedert. Per Dekret wurde das autonome Gebiet aus den Gebirgsgegenden des historischen Karabach gebildet. Die Grenzen von Berg Karabach wurden so gezogen, daß sich in der ethnisch gemischten Region eine armenische Mehrheit ergab. Der Rest Karabachs, der im Gegensatz zu Berg Karabach eine direkte Grenze mit Armenien besitzt,



blieb davon getrennt. Das neue autonome Gebiet lag somit innerhalb Aserbaidschans, die armenische Mehrheit wurde als Rechtfertigung für seine Bildung herangezogen. Damit wurde eine Situation geschaffen, die einen dauerhaften ethnischen Konflikt garantiert und von einem Konflikt mit der russischen Zentrale ablenkt. Da Armenien sich zu keiner Zeit mit dieser Lösung abgefunden hat, wurde Berg Karabach zu einem Symbol des Kampfes um den Anschluß armenischer Siedlungsgebiete und zum beherrschenden Element des armenischen Nationalismus.

Kollektives Trauma

Der armenische Nationalismus mit starker Betonung der Religion, der sich im Kampf um Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich entwickelt hatte, ist gezeichnet durch das kollektive Trauma von 1915, als durch Zwangsdeportationen der Jungtürken Hunderttausende umkamen und viele in das von Russen beherrschte Ost-Armenien flüchteten. Die Erinnerung daran und die Verbitterung über den Verlust der Siedlungsgebiete in Ostanatolien sowie die Gebietszuteilungen von Nachitschewan und Berg Karabach an Aserbaidschan hielten den armenischen Nationalismus auch unter der Sowjetherrschaft lebendig. So war die zwangsläufige Folge der Lockerung in der Phase der Perestroika das Wiederaufrollen des Karabach-Problems, wobei die nationalistischen und irredentistischen Hoffnungen auf ein realistisch erscheinendes Ziel fixiert wurden. Karabach wurde mit den Ereignissen von 1915 verknüpft, anti-armenische Pogrome stellen im armenischen Bewußtsein die Verlängerung dieser Massaker dar, sind Ausdruck einer einzigen panturkistischen Vernichtungsabsicht, wobei man den Aserbaidschanern den Status einer eigenständigen Nation abspricht und sie schlicht als Türken bezeichnet. Die separatistische, anti-aserbaidschanische Kampagne stützte sich auf zwei Parolen: die Zugehörigkeit Berg Karabachs zu Armenien und das Recht der Armenier Karabachs auf Selbstbestimmung. Zwar wird betont, daß die Vereinigungsbewegung allein vom diskriminierten Berg Karabach ausging, doch ohne das Echo und die nationale Begeisterung, mit der die Kampagne in Armenien selbst zur Massenbewegung wurde und das Karabach-Problem zum wichtigsten nationalen Thema, hätte die einsetzende Eskalation niemals stattgefunden. Angeheizt wurde die nationale Stimmung durch Maßnahmen der Gegenseite; die Bemühungen Bakus, den Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte Karabachs zu Armenien zu verhindern, besonders aber die aserbaidschanische Verkehrs- und Wirtschaftsblockade lösten im durch das Erdbeben ohnehin geschwächten Armenien große Verbitterung aus, was sich in der Zuspitzung der Übergriffe und militärischen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten niederschlug. Die Pogrome von Sumgait 1988 und Baku 1990, der armenische Flüchtlingsstrom aus Aserbaidschan schürten die Unversöhnlichkeit. Zusammen mit der offensiven aserbaidschanischen Siedlungspolitik in Berg Karabach — unter anderem wurden auch meschetische Flüchtlinge aus Usbekistan in Karabach angesiedelt — führte dies, gerade unter den Bedingungen der Eskalation, sprich gegenseitigen Bombadierung der Orte, dazu, daß die Armenier Karabachs ihren Kampf als Existenzkampf gegen türkische Vernichtungsversuche betrachten. 1991, als die sowjetische Zentrale getreu ihrer Politik, mal die eine, mal die andere Seite zu unterstützen, gerade auf Seiten des damaligen aserbaidschanischen Regimes stand, wurden von Einheiten des Sowjetischen Innenministeriums zusammen mit zum Teil aus aserbaidschanischen Flüchtlingen gebildeten aserbaidschanischen OMON-Einheiten ganze armenische Dörfer deportiert.

Das Paradoxe am Karabach-Konflikt ist, daß die den Konflikt tragenden Bewegungen auf beiden Seiten gleichzeitig auch Träger des Kampfes um Unabhängigkeit waren. So ging die jetzige Regierung Armeniens aus der Karabach-Bewegung hervor. Präsident Ter-Petrosjan erkannte allerdings realistischerweise schnell, daß sein geschwächtes und ökonomisch am Boden liegendes Land ohne friedliche Koexistenz mit dem mächtigen Nachbarn Türkei auf Dauer nicht überleben kann. Um die notwendige und von beiden gewünschte wirtschaftliche Kooperation in die Wege zu leiten, wurde signalisiert, auf Gebietsansprüche gegenüber der Türkei und auf das türkische Schuldeingeständnis für den Völkermord von 1915 zu verzichten. Auch von der Forderung des Anschlusses von Berg Karabach wurde abgerückt und mit dem Beitritt zur KSZE die Integrität der Grenzen Aserbaidschans anerkannt. Der Verzicht auf die Vereinigung mußte auch von den Armeniern Karabachs akzeptiert werden, die daraufhin am 10.12.91 eine Unabhängige Republik Karabach proklamierten, worauf Aserbaidschan den Autonomiestatus Karabachs annullierte. Auch von der armenischen Regierung wurde mit Rücksicht auf das Ausland die selbsternannte Republik nicht anerkannt, was nicht heißt, daß man sie nicht militärisch unterstützt. Diese pragmatische Politik Ter-Petrosjans wird gerade auch angesichts militärischer Mißerfolge inzwischen von der extrem nationalistischen Mehrheit im Parlament nicht mehr gestützt, auf Massenprotesten wird sein Rücktritt und eine aktivere Karabachpolitik gefordert.

Entgegen armenischer Behauptungen spielt im aserbaidschanischen Nationalismus islamischer Fundamentalismus keine Rolle, im Gegenteil ist religiöse und ethnische Toleranz ein Kennzeichen der säkularen aserbaidschanischen Gesellschaft. Ein Bewußtsein einer auf der eigenen Religion basierenden Überlegenheit ist im Gegensatz zum christlichen, die muslimische Umgebung als feindlich empfindenden Armenien nicht vorhanden. Gegenüber dem alten Kulturvolk der Armenier ist Aserbaidschan eine noch junge Nation, deren nationale Identität in ihrem Entwicklungsprozeß — abgesehen von der Auseinandersetzung mit der russischen Kolonialmacht — verknüpft ist

Frauen fordern Feuereinstellung

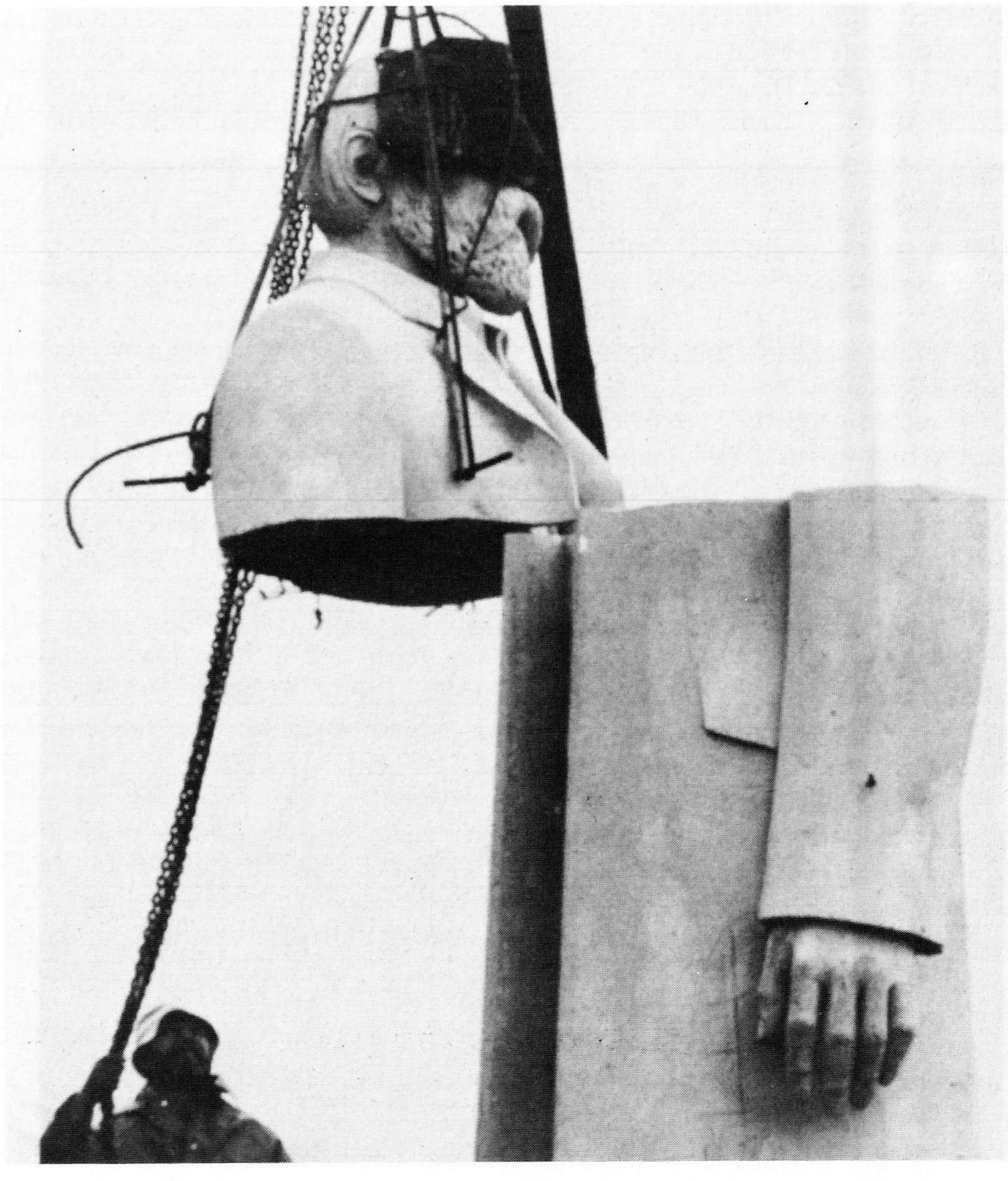
mit dem Konflikt mit der armenischen Volksgruppe. Dies gilt für 1905 und 1918 ebenso wie heute. Der populäre aserbaidschanische Volksdichter Bahtiyar Vahabzade dankt in einem Gedicht dem armenischen

Karabach — ein Symbol

Volk dafür, sein eigenes Volk aus dem Schlaf gerissen zu haben. Es war die Neuauflage des Karabach-Konflikts, die zu einem nationalen und politischen Erwachen führte, das sich auch gegen die Zentralmacht richtete. Die reale Benachteiligung der eigenen Republik innerhalb der UdSSR brachte eine Renaissance des Bewußtseins, Türke und Muslim zu sein. Die kulturelle Unterentwicklung der ländlichen muslimischen Bevölkerung, die Migration, die Flüchtlingsströme der aus Armenien vertriebenen Aserbaidschaner und die damit verbundene Entstehung von Slums, Obdach- und Arbeitslosigkeit in Baku verschärften die Aggressionen gegen die sozial und wirtschaftlich besser gestellten Armenier in Aserbaidschan. Auslösender Funke des Brandes waren wie ein Menschenalter vorher die Gebietsforderungen der armenischen Bürgerrechtsbewegung. Im Bewußtsein der meisten Aserbaidschaner kam dies einer Art Schock gleich, man fühlt sich von den Armeniern, mit denen man Seite an Seite gelebt hat und denen man Gastfreundschaft gewährt hatte, hintergangen. All dies führte dazu, daß Karabach für Aserbaidschaner zum Symbol für territoriale Souveränität wurde, dessen Verlust ein nationales Unglück bedeuten würde. Getragen wurde die Unabhängigkeitsbewegung durch die von intellektuellen Dissidenten gegründete Volksfront, die auch die Blockade gegen Armenien organisierte. Als die Demonstrationen und Streiks im Januar 1990 einen Höhepunkt erreichten, konnte die Herrschaft der Kommunisten nur durch Intervention Moskaus erhalten werden. Unter dem Vorwand, die bedrohte armenische Bevölkerung Bakus zu schützen, besetzte die Rote Armee Baku, wobei 130 Menschen ums Leben kamen. Erst die Eroberung aller aserbaidschanischen Ortschaften in Berg Karabach samt eines Armenien mit Berg Karabach verbindenden Korridors durch armenische Kampfverbände vom Februar bis Mai 92 brachte das alte Regime zu Fall. Das Massaker an der aserbaidschanischen Zivilbevölkerung von Chodschaly Ende Februar führte unter dem Vorwurf der Opposition, die aserbaidschanische Bevölkerung Karabachs nicht schützen zu können, zur Ablösung Präsident Mutalibovs. Nachdem ein Staatsstreich Mutalibovs im Mai am Widerstand der Volksfront und ihrer Anhänger gescheitert war, übernahm die Volksfront die Macht, was durch die anschließende Wahl ihres Vorsitzenden Ebulfez Eltschibey, eines charismatischen, westlich ausgerichteten Nationalisten, zum Präsidenten bei den ersten freien und demokratischen Wahlen in Aserbaidschan gefestigt wurde. Auch das Schicksal der neuen Führung ist abhängig von der Entwicklung des Krieges. Zum vorrangigen nationalen Ziel, dem der Demokratisierungsprozeß unterzuordnen ist, wurde die Rückeroberung der von Armeniern besetzten Gebiete proklamiert, was durch die gleich nach der Wahl Eltschibeys beginnende, zum Teil erfolgreiche militärische Offensive untermauert wurde. Natürlich besteht die Gefahr, daß der Krieg mit Armenien zur Machterhaltung und zur Ablenkung von den eigentlichen Problemen Aserbaidschans mißbraucht und ein wirklicher Demokratisierungsprozeß verhindert werden könnte. Jede Regierung müßte angesichts der sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme Aserbaidschans scheitern. Entscheidend und abhängig von der weiteren Entwicklung des Krieges wird auch sein, ob sich in der keineswegs homogenen Volksfront gemäßigte oder extreme Nationalisten durchsetzen werden.

Im Augenblick scheint es kein eindeutiges militärisches Übergewicht einer Seite zu geben. Von der Führung Berg Karabachs wurde offiziell der Kriegszustand ausgerufen, die Regierungen Armeniens und Aserbaidschans bezichtigen sich gegenseitig der Grenzübergriffe. Gibt es angesichts dieser Situation überhaupt eine Lösung, die gleichermaßen die Belange der armenischen Mehrheit in Karabach und die territoriale Integrität Aserbaidschans respektiert? Je länger der Krieg andauert, desto unwahrscheinlicher wird sie, ein Zusammenleben von Armeniern und Aserbaidschanern in Berg Karabach scheint kaum noch möglich. Für Eltschibey kommt heute nur noch eine kulturelle Autonomie der Armenier Karabachs in Frage, eine politische Autonomie schließt er grundsätzlich aus. Nach dem Massaker von Chodschaly hört man in der aserbaidschanischen Öffentlichkeit immer häufiger die Meinung, die Armenier dürften nur dann in Karabach bleiben, wenn die 200000 aserbaidschanischen Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer in Armenien zurückkehren dürften.

Bisherige Vermittlungsaktivitäten, wie 1991 die russisch-kasachischen oder kürzlich die iranischen Bemühungen sind sämtlich gescheitert. Inzwischen liegt die Initiative der Friedensgespräche bei der KSZE; die Bedingungen, unter denen die beschlossene Entsendung von Friedenstruppen, möglicherweise unter Beteiligung der UN oder der NATO, vonstatten gehen soll, sind noch nicht ausgehandelt, obwohl Armenien wie auch Aserbaidschan grundsätzlich damit einverstanden sind. Die ursprünglich schon für Juni einberaumte KSZE-Friedenskonferenz in Minsk wurde abgesagt, sämtliche vier Runden der Vorbereitungsgespräche in Rom unter Beteiligung von elf Staaten sind gescheitert. Die armenischen Vertreter Karabachs beanspruchen, gleichberechtigt als Vertreter der Republik Karabach an den Gesprächen teilzunehmen. Obwohl Armenien der Aufforderung der Mitglieder der Ge-



sprächsrunde, sich aus den eroberten aserbaidschanischen Gebieten zurückzuziehen, nicht nachgekommen ist, verlangte es die Verurteilung Rückeroberungsoffensive Aserbaidschans als Aggression. Weder Armenien noch Aserbaidschan ist im Augenblick an Friedensgesprächen gelegen, beide warten auf eine günstigere militärische Ausgangslage, d.h. vor den Friedensgesprächen steht die Befreiung der von Aserbaidschan eingenommenen Orte (so Ter-Petrosjan), bzw. erst muß das besetzte aserbaidschanische Territorium zurückgewonnen werden.

Der kürzlich erfolgte Hilferuf Armeniens an die GUS um militärische Unterstützung gegen Aserbaidschan, das aus der GUS austreten will, wurde von Rußland, das mit Armenien und den zentralasiatischen Staaten durch einen Militärpakt verbunden ist, mit Zurückhaltung aufgenommen. Eine weitere Verwicklung in den Konflikt will man möglichst vermeiden, zumal die zentralasiatischen Staaten dies kaum unterstützen dürften und ein Konflikt mit der Türkei drohen würde. Moskau würde dagegen russische Friedenstruppen unter UN-Schirmherrschaft zur Verfügung stellen.

Die Schutzmacht Aserbaidschans, die Türkei, unterstützt zwar offen den aserbaidschanischen Standpunkt und hat die geplante türkisch-armenische Annäherung erst einmal eingefroren, würde aber das Risiko einer militärischen Intervention mit Rücksicht auf das türkisch-russische Verhältnis nicht eingehen. Bisher hat Baku die Türkei noch nicht um militärische Hilfe gebeten — laut Eltschibey würde ein türkisches Eingreifen die internationale Position der Türkei verschlechtern und die These von einem Religionskrieg stützen — man wünscht sich aber ein bilaterales Sicherheitsabkommen, während die Türkei ein kollektives Abkommen für die gesamte Region befürwortet. Der Türkei kommt jedenfalls eine Schlüsselrolle im Transkaukasus zu. Für Aserbaidschan ist sie auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet der wichtigste Partner, der es als einziger im Konflikt unterstützt, während Armenien auf Dauer nur mit guten Beziehungen zur Türkei wie auch zu den anderen muslimischen Nachbarn existieren kann. Den türkischen Interessen käme eine Lösung gelegen, die auf heftigen Widerstand Bakus stößt: Durch Gebietsaustausch könnte man einerseits eine Verbindung zwischen Armenien und Berg Karabach, andererseits einen Korridor zwischen der zu Aserbaidschan gehörenden Republik Nachitschewan und Aserbaidschan selbst, die durch armenisches Territorium voneinander getrennt sind, herstellen. So hätte man einen direkten Zugang zu Aserbaidschan und damit auch nach Zentralasien. Nachitschewan mit seiner 12 km langen Grenze zur Türkei spielt eine wesentliche Rolle. Bei einer Eskalation armenischer Angriffe auf Nachitschewan wäre die Türkei früher oder später auch unter Druck der öffentlichen Meinung in der Türkei gezwungen, einzugreifen.

Irans Interessen dagegen käme ein geschwächtes Aserbaidschan und ein starkes Armenien sicher entgegen, der Idealfall wäre eine armenische Pufferzone entlang der iranisch-aserbaidschanischen Grenze. Iran fürchtet eine Allianz USA-Türkei-Aserbaidschan und den türkischen Nationalismus der aserbaidschanischen Volksfront, die Iran militärische Unterstützung Armeniens vorwirft und langfristig für die Wiedervereinigung mit den 15-20 Mio. Aserbaidschanern in Iran eintritt, was einer Auflösung Irans gleichkäme. Paradoxerweise sind die Beziehungen zum schiitischen Aserbaidschan auf dem Tiefpunkt, während man das Verhältnis zum christlichen Armenien als gut bezeichnen muß.

Der Westen steht zwischen den Fronten. Traditionell und gefühlsmäßig auf Seiten Armeniens, hat die öffentliche Meinung sich bisher fast ausschließlich aus armenischen und russischen Informationsquellen gebildet. Aufgrund der Ausrichtung Aserbaidschans zur Türkei wurde hierzulande die Gefahr einer Renaissance des Panturkismus übertrieben dargestellt, wobei sicherlich auch die verhängnisvolle nationalistische Kurdenpolitik der Türkei eine Rolle spielt. Für Aserbaidschan spricht vom westlichen Standpunkt aus, daß es in ökonomischer und geopolitischer Hinsicht interessanter ist. Da es dem türkischen und nicht dem iranischen Vorbild folgt, kann es auf bescheidene westliche Wirtschaftshilfe hoffen. Obwohl Europa und die USA mit der Eroberung aserbaidschanischer Städte durch armenische Kampfverbände nicht einverstanden waren, wurde Kritik mit Rücksicht auf die starke armenische Lobby in den USA im Wahljahr nur halbherzig geäußert. Die einzige Hoffnung, die angesichts der festgefahrenen Fronten bleibt, ist, daß der Westen und die Türkei durch die Inaussichtstellung wirtschaftlicher Hilfe die demokratischen Kräfte in beiden Lagern stärken könnten, gleichzeitig durch Druck von Seiten der jeweiligen Verbündeten Türkei und Rußland die bisher allerdings kaum erkennbare Kompromißbereitschaft gefördert werden könnte. ■

IBRAHIM WARDE

Revolutionsexperten im Osten

„Revolutionäre Reformen sind einfacher und angenehmer, wenn man sie in einem entfernten Land durchführt". Mit diesen Worten charakterisierte Prof. Edwin Reischauer, Botschafter in Tokio, den Enthusiasmus nordamerikanischer Nachkriegs-Beamter, die Japan mit Hilfe unterwürfiger, noch von der Niederlage ihrer Nation gedemütigter Gehilfen wiederaufbauten. Seit 1989 versucht eine neue Generation von Revolutionsstrategen, Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion zu transformieren. Diese Länder sehen sich ohne Mittel und mit embrionalen zivilen Gesellschaften. Sie haben keine andere Wahl, als sich einem System zu verschreiben, welches ihnen Freiheit und Wohlstand verspricht. Ihre Eliten, bestehend aus regierungsunerfahrenen Dissidenten und Reformern der letzten Stunde, hervorgegangen aus dem kommunistischen Apparat, hängen von der Gnade ausländischer Experten und Bürokraten ab, die zugleich Führer, Polizisten und Fondsverwalter sind.

Angeblich leben wir das „Ende der Geschichte": Diese Perspektive, der letzte Modeschrei des geopolitischen Denkens, sieht den Triumph des Liberalismus, welcher das Politische beerdigt hat und alles reduziert auf technische Probleme, die nur von Experten verstanden werden.

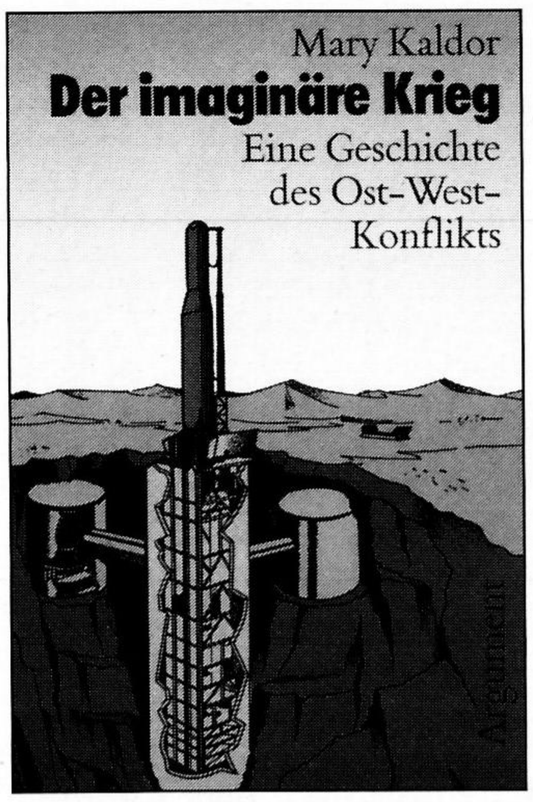
Die Troika aus IWF, Weltbank und Europäischer Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Osteuropas (EBWEO) hat sich zu einer obligatorischen Anlaufstelle beim Übergang zur Marktwirtschaft entwickelt: stets gibt eine von ihnen die Ratschläge und Finanzhilfen aber vor allem die Zeugnisse des Wohlverhaltens, welche zur Erlangung ausländischer Unterstützung notwendig sind. Die Einrichtung der jungen EBWEO zeigt die verzweigten Wege und Mißbräuche der neuen Revolutionsstrategen. Die nach einer Idee Jaques Attalis entstandene europäische Bank hat sich sofort in einen Vorwand zur Vervielfältigung anderer schon bestehender Bürokratien entwickelt. Für den Mitterand-Berater sollte die erste Organisation der Nach-Kalten-Kriegsperiode eine Bank sein finanzielles wie sinnbildliches Embrio der Neuen Weltordnung. Nach Attali ist die EBWEO die erste internationale Institution, die eine Doktrin im Dienste der Demokratie, der Menschenrechte und des Mehrparteiensystems verfolgt. Ihre finanziellen Mittel würden ihr den erforderlichen moralischen Druck auf die Gegner erlauben. Darüber hinaus würde sie zum Aktionär des Privatsektors der Beratungsländer. Dies ermögliche ihr, gleichzeitig die politische Struktur eines Landes zu bestimmen, seine Projekte zu finanzieren, die wirtschaftlichen Spielregeln einzuführen und auch — oder zuallererst? — sich als Aktionär der besten Unternehmen zu gebärden: die Kriterien für Investitionen würden nur solche der höchsten Qualität zulassen. Die EBWEO hat sich zu einer gigantischen Verschwendungsquelle entwickelt. Welches Aktionärsland kümmert sich um die ungezügelte Macht, mit der sich ihr Präsident ausstatten will? Sie decken ihn mit einem 23köpfigen Verwaltungsrat, der allein 25 % der Einrichtungskosten frißt. Versucht Attali, die Weltbank von der EBWEO getrennt zu halten, damit erstere sich ausschließlich der Dritten Welt widme? Die Antwort der Weltbank ist eine verstärkte Präsenz auf dem Kontinent.

▶ Verschwendung ◀

Die EBWEO dient gleichzeitig als Argument für massive Lohnerhöhungen in diesen internationalen Organisationen, welche unermüdlich die Tugenden der Enthaltsamkeit und Disziplin predigen. Im August 1991 forderte bspw. der IWF-Generaldirektor Michel Camdessus eine 30%ige Lohnerhöhung zur Anpassung an das Gehalt des EBWEO-Präsidenten (jünger, unerfahrener und Kopf einer Organisation von geringerer Bedeutung). Dieser hatte seinerseits, unter dem Vorwand es handele sich um eine Zwillingsorganisation des IWF, eine Gehaltserhöhung durchgesetzt, nach der er statt 4700 mal 6000 mal soviel verdient wie ein russischer Arbeiter.

Jedes Reformprojekt im Osten ist auf die Bürgschaft einer dieser Organisationen angewiesen, die Posten und Pfründe unter jenen verteilen, die sich am empfänglichsten für „Ukase" erweisen. Die Apparatschiks des IWF werden es nicht einmal nötig haben, wie jüngst in Brasilien, eine Verfassungsänderung als Vorbedingung für einen Kredit zu verlangen. In Zukunft werden alle wichtigen politischen Entscheidungen (Institutionen, Haushalte, Reformen etc.) mit der Hilfe und dem Rat ausländischer Experten getroffen. Die ehrgeizigen Politiker werden sich deshalb unter die Rute der großen ausländischen Meister stellen. Denn, auch wenn solch treue Finanzminister wie Polens Bal-

Foto: W. Krolow
Entnommen aus ‚Gefühl und Schärfe.'



Mary Kaldor

Der imaginäre Krieg

Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts

Aus dem Englischen von Michael Haupt und Thomas Laugstien
295 S., br., DM 34,—

Der Kalte Krieg ist vorüber. Mary Kaldor, Politologin und engagierte Pazifistin, legt hier eine erste Analyse und Bestandsaufnahme von 45 Jahren europäischer Nachkriegsgeschichte vor, die in einschneidender Weise durch den Ost-West-Konflikt bestimmt waren. Ihr Ziel ist es, die internationalen Beziehungen neu zu denken und den traditionellen, an Machtpolitik orientierten Ansatz zu überwinden. Für Mary Kaldor sind die Supermächte nicht die einzigen Akteure auf der weltpolitischen Bühne; vielmehr betont sie die Bedeutung innenpolitischer Vorgänge und hebt den Einfluß von sozialen Bewegungen und ökonomischen Prozessen hervor. Viele der in diesem Buch entwickelten Ideen sind aus dem Dialog entstanden, der sich während der achtziger Jahre zwischen der Friedensbewegung des Westens und den Demokratiebewegungen des Ostens entfaltet hat. An diesem Dialog hat Mary Kaldor aktiv mitgewirkt.
Eigens für die deutsche Ausgabe hat die Autorin ein Vorwort geschrieben, in dem sie die Perspektiven beleuchtet, die sich aus der jüngsten Entwicklung in Osteuropa ergeben.

»Provokativ, erfrischend und zugleich überaus sensibel geschrieben. Mary Kaldors Buch faßt die großen politischen und militärischen Optionen zu einer klaren Perspektive zusammen.« *Charles Tilly*, New School for Social Research, New York

Argument
Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

kerowicz oder Rußlands Gaidar natürlich nicht scheitern, so können sie auf jeden Fall immer damit rechnen, es sich später einmal bei ihren Schirmherren bequem machen zu können.

Die Nomenklatura

In den Ländern, die gestern noch kommunistisch waren, ersetzt ein Katechismus den anderen, eine Nomenklatura die vorherige. Nicht mehr die Kommunistische Partei, sondern ein nebulöser Liberalismus dient als ideologischer Führer. Die dauernden Besuche beim großen Bruder in Moskau haben bei vielen alten Kommunisten eine Fügsamkeit hervorgebracht, die sich heute gegenüber denen manifestiert, die über die Macht des Geldbeutels verfügen. Was man damals im Namen des Gangs der Geschichte tat, wird heute durch die Anforderungen des Marktes gerechtfertigt. Die Dogmen sind schlicht umgekehrt: heute ist das Privateigentum der Anfang von allem. Ausgehend von dem allgemeinen Konsens über die Notwendigkeit gewisser Reformen (Privatisierung, Preissystem, Freihandel) drehen sich die Debatten der einschlägigen Zirkel um Fragen der Prioritäten und des Verfahrens.

Um diese Galaxie der neubekehrten Liberalen schweben alle Arten von Experten, oftmals solche, deren Ratschläge in ihren Herkunftsländern katastrophale Resultate hervorbrachten. Die Adepten der Angebotspolitik, die seit Beginn der 80er Jahre aus dem Blickfeld entschwunden waren, tauchen nun in voller Größe wieder auf, um ihre Meinung über die Wirtschaftsreform kundzutun. Jack Kemp, einst Fahnenträger der Reaganschen Steuerrevolution 1981, gescheiterter Kandidat bei der republikanischen Ämtervergabe 1988, zur Zeit klug hinter Präsident Bush postiert, richtet einen offenen Brief an Herrn Boris Jelzin: er bittet ihn, endlich seine Arbeit zu erledigen.

Wie Fliegen schwirren diese Experten um die neuen Führer herum, immer die Karriere des Berühmtesten von ihnen vor Augen, Jeffrey Sachs, Wirtschaftsprofessor in Harvard und Rußland. Um sich Gehör zu verschaffen, bedienen sie sich der Demagogie und ignorieren vollständig die sozialen Folgen der von ihnen ausposaunten Politik. Universitäten, „think-tanks", Massenmedien, Regierungen beschaffen sich einen Haufen Spezialisten, die mit einfachsten Ideen in den komplizierten Osten starten. Von Jaques Séguéla bis Guy Sorman befinden sich zur Zeit eine Unmenge von ihnen am Werk und erklären, was zu tun sei, um Osteuropa zu retten.

Trotz eines Geistes zwanghafter Höflichkeit mehren sich inzwischen Stimmen gegen die übermäßige Macht der Ratgeber. In Rußland nannte Vizepräsident Rovtskoi die Reformen der Gaidar-Mannschaft einen „ökonomischen Genozid", ausgeführt „von Jünglingen in rosa Hosen" auf Anweisung des IWF. Zeichen der Zeit: die Liberalen werden einer bolschewistischen Strategie der „Revolution um jeden Preis" angeklagt. Georgi Matjukine, Direktor der russischen Zentralbank, wehrt sich gegen Professor Sachs und die ausländischen Experten, die Zugang zu seinen Konten verlangen.

Die politische Debatte kann die allgegenwärtigen, in den Osten weggelobten, Ratgeber nicht übergehen. In Polen heißen diese Experten, die von einem 5-Sterne Hotel zum nächsten ziehen, um ihre ebenso unpassenden wie unnützen Ratschläge anzubieten, inzwischen „Mariott-Brigade". Gleichwohl sind sie in allen Hilfsprogrammen vorgesehen: Sowohl der EG-Hilfsfonds PHARE wie das nordamerikanische Hilfsprogramm für Osteuropäische Demokratie SEED bilden den Vorwand für ständige Studienmissionen, die das Gros der darin vorgesehenen Summen für technische Unterstützung absorbieren. Stefan Kawalec, ehemaliger stellvertretender Finanzminister Polens, erläutert:

„Manche der Ratgeber sind hinter saftig dotierten, aber vollkommen unnützen Aufträgen her. Die nordamerikanische Regierung bezahlt sie, damit sie uns — nicht einmal mit einem offiziellen Auftrag versehen — Ratschläge geben, um die wir sie nie gebeten haben".

Für die jungen Demokratien entsteht so der Eindruck, sie dienten als letzte Zuflucht für Berater, die in ihren Ländern längst keine Propheten mehr sind: gescheiterte Politiker, stellenlose Intellektuelle. Überrascht es daher, wenn der kalifornische Senator Alan Cranston, verwickelt in den nordamerikanischen Sparkassenskandal, sich klug den Prüfern entzieht, um sich in den Herausgeber der Nachrichtenagentur TASS zu verwandeln mit dem Ziel", den Bürgern der ehemaligen Sowjetunion zu helfen, die Demokratie und Marktwirtschaft besser zu verstehen"?

„Technische Hilfe"

Sogar das gehätschelte Lieblingskind und Hauptbegünstigter der Westhilfe Lech Walesa ist heute ernüchtert. Er stellte fest, daß die Hilfe vor allem den Helfern nützt. Neben den Honoraren dient auch die „technische Hilfe" zum Einstreichen gut dotierter Verträge und zur Sicherung von Handelspositionen. Die Ideologie rechtfertigt die neuen Machtbeziehungen: die Doktrin des Minimalstaates schwächt die Regierungen und dient als Vorwand für westliche Raubvögel, die sich preisgünstig ganze Sektoren der blutarmen Wirtschaften unter den Nagel reißen. Der nebulöse Liberalismus predigt die Konkurrenz und genießt die Monopolsituation. Er fordert Transparenz und bietet Undurchsichtigkeit. Das Spiel wird durch einen geschlossenen Zirkel aus Investoren und Vermittlern kontrolliert: die westlichen Regierungen verstecken sich hinter internationalen Organisationen und die wiederum bestellen die Vermittler. ■

(übersetzt von Holm-Detlev Köhler aus El País)

MEINHARD CREYDT

Apokalypse und „Neue Leichtigkeit“

Von der Modernisierung unverdauter alter Versatzstücke zum Kollaps der Theorie

Robert Kurz ist der ‚Kopf‘ einer Gruppe um die seit 1986 bisher in elf Heften erschienenen Zeitschrift ‚Krisis‘ (früher ‚Marxist. Kritik‘). Er hat in letzter Zeit mit einem Buch über den „Kollaps der Modernisierung“ (Eichbornverlag 1991) Resonanz bis in die Feuilletons gefunden. Fritz J. Raddatz (Die Zeit v. 29.11.91) und H.M. Enzensberger (FR) zeigten sich inspiriert und enthusiasmiert. Kurz Gedanken werden auch in Kreisen der Autonomen sowie der ehemaligen ‚Radikalen Linken“ als Orientierungshilfe rezipiert. Dabei macht besonders gegenüber der sonstigen Jammerei der forsche Ton und die Zuversicht Eindruck, Marxismus des 21. Jahrhunders — so lautet der Werbetitel.

In den Publikationen der *Kurz*-Gruppe geht die *Zeiteinschätzung* von einem Gegensatz zwischen produktiver Arbeit und dem Rest der Arbeiten aus. Daraus wird ein Anwachsen des der kapitalistischen Verwertungslogik entgegengesetzten Sektors diagnostiziert und die Notwendigkeit einer ökonomischen Endkrise abgeleitet. Die Chancen dafür, daß das Ganze nicht katastrophal endet, sieht Kurz in einer mit alten Normen und Identitäten brechenden Individualisierung und im Anwachsen einer Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit. Beides versteht er als Keime des revolutionären Neuen.

Für Kurz stehen kommerzielle Dienstleistungen ebenso wie Forschung und Entwicklung, Ausbildung sowie Transport- und Kommunikationswesen „außerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik, weil sie substantiell keinen ökonomischen ‚Wert‘ erzeugen können, d.h. nicht selber im eigentlichen Sinne Waren für den Austausch auf dem Markt produzieren...“

Im Anknüpfen an die Kategorie Dienstleistung und tertiärer Sektor wird deren interne Differenzierung ausgeblendet und ein fragwürdiger Gegensatz gegen das produktive Kapital suggeriert: Die Transportarbeit setzt der Ware Wert und Mehrwert zu. Das Kapital muß sich nicht nur verwerten, sondern auch realisieren. Kurz unterschlägt die „indirekt produktive Wirkung“ (MEW 24, 293) des kommerziellen Kapitals. Er reduziert weiterhin begrifflich produktive Arbeit auf die Produktion separater Dinge und sitzt damit der Mystifikation auf, die in der im Dienstleistungsbegriff enthaltenen Verabsolutierung der *Differenz* zwischen dinglichen und nichtdinglichen Waren liegt. Die Verabsolutierung der Gebrauchswertseite läßt ihn davon absehen, daß auch die nichtdingliche Warenproduktion für das Kapital produktiv sein kann. Daß schließlich in staatlichen Infrastrukturaktivitäten keine Waren produziert werden und sie über den einzelbetrieblichen Bezug hinausgreifen, ist kein Beleg für ihren „gesamtgesellschaftlichen Charakter“. Sie stehen auch nicht „außerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik“, sondern sind auf sie bezogen.

Kurz geht aus von der „Tertiarisierung“, dem Wachstum des tertiären Sektors im Unterschied zum „Schrumpfungsprozeß“ der „kapitalproduktiven Sektoren“ (Manifest, S. 55). Er nimmt einen eindeutigen Trend weg von kapitalistischer Warenproduktion hin zu Dienstleistungen an und übertreibt so das gegenwärtige Ausmaß einer über jeden einzelbetrieblichen Bezug hinausgreifenden Tertiarisierung. Kurz müßte für sein schnelldenkerisches Szenario erklären, warum im Gegensatz zu seiner Behauptung der Transport zu großen Teilen durch private Fuhrunternehmen bedient wird, warum es ein 7:1-Ausgabenverhältnis zwischen betrieblicher und universitärer Forschung gibt. Weiterhin entspricht der statistisch ablesbare Zuwachs des Dienstleistungssektors nicht einer funktionellen Veränderung, sondern zum Teil der Auslagerung von Tätigkeiten aus dem verarbeitenden Gewerbe, ihrer effizienteren, weil in größerem Umfang betriebenen Bewerkstelligung durch auf sie spezialisierte Unternehmen (Bewachungs-, Reinigungs-, Kantinendienste, aber auch: Beratungsdienstleistungen i.w.S.). Aus dem Zuwachs produktionsbezogener Dienstleistungen läßt sich gerade auf keinen Bedeutungsverlust des industriellen Sektors schließen. Kurz läßt die Möglichkeiten außer acht, Dienstleistungen durch eine Kombination von ‚Selbermachen‘ und Waren zu ersetzen. Öffentliche Verkehrsmittel weichen so privaten Autos, kommerzielle Wäschereien privaten Waschmaschinen, Kinos dem Fernseher, Handwerker dem Do-It-Yourself usw. Er fragt nicht, inwieweit das Wachstum von Dienstleistungsbereichen abhängt von dem dort bislang (!) langsameren Produktivitätswachstum im Vergleich zur industriellen Warenproduktion. Ausgeblendet bleibt so, wie das Gewicht der Dienstleistungsbereiche sich verringert mit den dort zukünftig möglichen Produktivitätsgewinnen

und Rationalisierungseffekten.

Kurz' ökonomische Krisentheorie geht vom Anwachsen des unproduktiven Sektors aus, der dem produktiven Sektor zunehmend ,,auf der Tasche" liege. Verschlechterte Verwertungsbedingungen und erhöhte Staatsschuld seien die Folgen. Die Profitrate fällt und fällt und fällt.

Krisentheorie oder Krise der Theorie

Kurz verkennt hier erneut den Beitrag, den das außerhalb der produktiven Sphäre investierte Kapital indirekt zur Erhöhung des Gewinns des produktiven Kapitals leistet. Das Handelskapital konzentriert die ohne es auf die einzelnen Kapitalisten zersplitterte Warenrealisierung, erschließt neue Absatzgebiete, senkt die Zirkulationszeiten, das Kapital kann schneller zurückfließen und neu investiert werden. Auch die Auslagerung und Verselbständigung von Arbeiten der Arbeitsvorbereitung, des Managements und der Kommunkationstechnologien in Ingenieurbüros, Softwareindustrien, Entwicklungs- und Planungsbüros hat positive Effekte auf das produktive Kapital. Weiterhin verringert die Ausbeutung der unproduktiven Lohnarbeiter die Kosten für den produktiven Sektor. Schließlich ignoriert Kurz' Fixierung auf das Mißverhältnis zwischen (relativ steigenden) Sach- und Personalinvestitionen, daß diese steigende ‚organische Zusammensetzung' eine Kompensation erfährt durch die hohe Personalintensität (und niedrigere organische Zusammensetzung des Kapitals in) der kapitalistischen Dienstleistungsindustrie.

Kurz bedient mit seiner Zusammenbruchsvision Leute, die sich in ihrer Kritik am Kapitalismus begnügen mit der Diagnose seines Nicht-Funktionierens. Die Maße und Strukturen des Kapitalismus müssen nicht mehr kritisiert werden, sie desavouieren sich scheinbar handgreiflich von selbst durch ihren behaupteten Untergang. Dabei widerfährt Kurz der den Zusammenbruchstheorien eigene Ersatz der präzisen Kritik des Kapitalismus durch die Beschwörung einer Apokalypse (in der Behauptung, die gegenwärtige Krise sei nicht Durchsetzungskrise neuer Prosperitätskonstellationen, sondern Endkrise). Ebenso verwechselt er die dem Kapitalismus eigenen mit ihm bloß unterstellten Maßstäbe, an denen er dann umso leichter auflaufen kann. Kurz bringt also die gleiche, den Marxismus-Leninismus gar nicht überwindende Botschaft unter die Leute, für die er bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre etwas altfränkischer als bayerischer Landesinstrukteur des KABD (heute MLPD) agi(ti)erte. Noch 1984 peinigte ihn sein Ekel vor der Dekadenz so sehr, daß er der Nürnberger Jugendzentrumsszene (KOMM) sein Ideal des bücherlesenden und Körperertüchtigung betreibenden klassenbewußten Arbeiters entgegenhielt (Broschüre ‚Spaltpilze und Provokationen'). Ab 1986 dann das einfache Gegenteil: ‚Produktiver Müßiggang' lautet fürderhin die Parole. Kurz geht aus von der tendenziellen ,,Entkoppelung der sozialen Kategorien von den empirischen Individuen" (Manifest, S. 55), von einer gewachsenen Flexibilität und Mobilität, vom Ende einer Identifikation mit dem Beruf und folgert daraus die Möglichkeit der Kritik an den Rollen. Becks ‚Risikogesellschaft' wird hier vergröbert auf- und für eine Revolutionstheorie in Beschlag genommen. Unterschätzt wird dabei:

Es setzt die soziale Differenzierung nach Qualifikationen (gesellschaftliche Arbeitsteilung) und die vertikale Differenzierung (nach Höhe von Lohn/Gehalt) dem ,,freien Flottieren" enge Grenzen. Für Kurz scheint das ,,freie Flottieren" in den Bereich subjektiver Vorlieben zu fallen: Die einen sind berufsfixiert, die ,,Menschen der neuen Arbeiterklasse sind inhaltlich mobil, berufs-unspezifisch orientiert" (Manifest, 57). Die Assoziation zu Werbeprospekten von Zeitarbeitsfirmen liegt nahe. Wie verstiegen Kurz die Wirklichkeit nach Maßgabe seiner politischen Wunschvorstellung wahrnimmt, zeigt auch die Würdigung der Teilzeitarbeit als ,,Element einer ideellen und praktischen Negation der Arbeit".

Zwischen Apokalypse und Anpassung

Kurz verengt die Gründe für eine Identifikation mit der Arbeit auf traditionelle professionelle Vorurteile. Damit fallen Gründe heraus, die sich auf Kompetenzen, Solidarisierungserfahrungen in Konflikten, Widerstandspotentialen usw. beziehen. Daraus resultiert eine unbegründete Tatsachenbehauptung (abnehmende Arbeitsidentifikation und eine diese positiv wertende politische Strategie. Das Sich-Stützen auf Produktivkräfte, die ja nie nur Produktivkräfte des Kapitals, sondern auch die der Arbeitenden selbst sind, schließt Kurz logisch aus. Die Rede vom Widerspruch des ,,erreichten Standes der gebrauchswertmäßigen Produktivkräfte gegen die wertabstraktiven Produktionsverhältnisse" scheint den Widerspruch der Arbeitsvermögen und Betätigungsansprüche, der darin eingeschlossenen Aufmerksamkeiten, Motive und Wissensbestände mit den Produktionsverhältnissen nicht zu meinen. Denn um diesen Widerspruch vertreten zu können, braucht es schon eine Identifikation mit jenen Vermögen, die sich zu ihrer kapitalistischen Vernutzung nicht spurgetreu verhalten.

Aus der Nichtidentifikation der Individuen mit besonderen Sozialkategorien (Beruf, Status in Familie) wird eine ,,fortschrittliche negatorische Einstellung zur abstrakten Arbeit" gefolgert. Wieso aber die ,,flexible Grundhaltung" und das Job-Bewußtsein zu einer Kritik an den abstrakten Verhältnissen führen soll, bleibt ein Geheimnis. Zunächst führt diese flexible Grundhaltung doch zu einer Abwechslung zwischen den verschiedenen besonderen ,,Rollen" und dazu, mit der einen Abstraktion die andere — wie in der Gewaltenteilung — in Schach halten zu wollen oder — wie in der schlechten Unendlichkeit der Konsumption — die Variation zwischen den Abstraktionen aufzusuchen.

Kurz teilt im affirmativen Gebrauch der Rollenkategorie die soziologische Nivellierung aller verschiedenen Bestimmungen und Zusammenhänge bürgerlicher Gesellschaft: Es erscheine jede ,,Rolle im Grunde gleichermaßen als Zwang und Zumutung". Der Standpunkt des Geldes (jede konkrete Einlösung erscheint als Relativierung seiner imaginären Allseitigkeit) und die immanente Kollision des Bürgerlebens, die Unabhängigkeit des Individuums gegen die Unterwerfung unter das Privatinteresse als System zu stellen, lassen ihn erneut das Gras wachsen hören: der frustrierte Bürger als Vorstufe des Revolutionärs. Das vermeintliche clevere individuelle Bewegen in den Verhältnissen, das den Fortfall von professionellen Vorurteilen und Familienpflichten sich als Aufgeklärtheit und als Erhabenheit über das ,,Spießbürgertum" zurechnet, führt erst mal nur zum (eingebildeten) Standpunkt des Nutzens: Ihm gemäß ,,bedienen (sie) sich also der Verhältnisse, in die sie als Dienende eintreten. Sie benutzen die Bedingungen, die ihnen fremd gegenübertreten. Ihre Anpassung ist hier eine Funktion ihres partikularen Interessenkalküls, ihre Heteronomie das Medium ihrer Disposition als autonome Utilitaristen, ihre Unterwerfung das Instrument zur Verwirklichung ihrer Souveräntität als nutzenmaximierender Subjekte. In dieser Hinsicht synthetisiert die utilitaristische Praxis den Zwang zur Anpassung mit der Souveränität einer Funktionalisierung aller Umweltbezüge für privatisierte Interessen und markiert sowie eine spezifische Form der Verschränkung von Heteronomie und Autonomie" (H.G. Prodoehl, Theorie des Alltags, Berlin 1983, S. 132).

Fazit: Kurz versammelt affirmativ diverse Momente der von den Sozialwissenschaften in den letzten vierzig Jahren artikulierten social fiction: ‚Ende der Arbeitsgesellschaft' (Arendt, Dahrendorf), ‚Tertiarisierung' & ‚Dienstleistungsgesellschaft', Individualisierung' (Beck), ‚Wertewandel', ‚Antiklasse' (Gorz), Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeit als progressives Moment' (Projekt Klassenanalyse 1973, Cacciari). Statt sich daran nun kritisch abzuarbeiten bzw. die vorliegenden Kritiken wenigstens zur Kenntnis zu nehmen, entspricht bei Kurz der Unmittelbarkeit der Aufnahme nichtverarbeiteter Problemtitel aus der Sozialwissenschaft eine mit ihnen kombinierte Marxlesart, in der es an begrifflichen Fehlern nur so wimmelt. Zwischen Empirie und Theorie wird willkürlich hin- und hergesprungen. Wo es auf der einen Seite fehlt, muß die andere einspringen.

Theorie light

Kurz hat die längst entdeckten Amerikas der Sozialwissenschaft allesamt neu erfunden und rechnet auf ein unkundiges Publikum, dem er Eindruck machen kann. Jedes der Elemente, die er zusammenklaubt wie die Elster ihr Diebesgut (Hauptsache, es blinkt) ist in den letzten zwanzig Jahren gehaltvoller diskutiert worden. Die von Kurz betriebene Vernichtung des Wissens um die produktiven Momente dieser linken Theoriedebatte ist der Preis einer eitlen Attitüde, mit der er marktschreierisch für sein Projekt wirbt: Die ganze Linke vor Kurz war

auf dem Holzweg. Da aber tritt er mit ,,großen theatralischen Verwerfungsgesten auf" mit der ,,Selbstgewißheit eines Phraseurs" und ,,alttestamentarischem Pathos... Der Monotonie der Beschwörung entspricht die banale Metaphorik, das Zeitungsklischee und die Sprache der Trivialliteratur... Wenn der Journalismus versucht, bildlich zu werden, weil die Anschaulichkeit der Welt seine offizielle Ideologie ist, dann kommen solche Sätze dabei heraus." (Marisa Berenson, Kritik am Kollaps-Buch, in: Spezial, H. 83, 1992, S. 29). Ein Beispiel unter vielen: ,,Nötig ist vielmehr als nächstes zentrales Ketten(!)glied der intellektuelle Vergeltungsschlag gegen die theologischen Strickstrümpfe des grün-sozialdemokratischen Neo-Reformismus." Kurz trifft nichts wirklich, gefällt sich vielmehr in der Pose und merkt nicht, wie er gerade eine Don-Quichotterie aufführt: Vergeltungsschläge gegen Strickstrümpfe... Die richtige Ahnung um die nicht erledigte Krtik an Ware und Wert wird von Kurz in seinen Texten verschenkt. ,,Es ist kein Land wie Deutschland, wo jeder Einfall sogleich zu etwas Allgemeinem gemacht, zum Götzen des Tages ausgebildet und die Aufstellung desselben zur Scharlatanerie getrieben wird, so daß er auch ebenso schnell vergessen wird und die Frucht verlorengeht, die er tragen würde, wenn er in seine Grenze eingeschränkt worden wäre. Dadurch würde er in seinem Maße anerkannt und soviel geschätzt und gebraucht, als ihm gehört, dahingegen er auf die andere Weise mit seiner ungebührlichen Aufblähung zugleich ganz zusammenschrumpft und, wie gesagt, vergessen wird." (Hegel). ■

CHRISTOPH GÖRG

Geschichte in Bruchstücken

Auswahl- oder Sammelbände erscheinen entweder aus Anlaß von Geburtstagen oder nach dem Tod verdienstvoller Persönlichkeiten. Wie schon der Untertitel *diskus — Texte der Neuen Linken* zeigt, verbindet der Band *Küss den Boden der Freiheit* gleich beide Gelegenheiten miteinander. Es wird nicht nur ein Rückblick auf das vierzigjährige Erscheinen der Frankfurter Studentenzeitung anhand ausgewählter Texte aus diesen Jahren gegeben. Die Auswahl ist darüberhinaus unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, „Aufschluß über die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und die Radikalisierung der außerparlamentarischen Opposition zu geben", also die Geschichte jener Neuen Linken zu dokumentieren, deren allseits betrauertes Ableben spätestens seit den Golfkriegs-Diskussionen zur Gewißheit wurde.

Dem hohen Anlaß gemäß liest sich das Autorenverzeichnis wie das ,,Who is Who?" der bundesdeutschen linken Intelligenz — von Max Horkheimer und Herbert Marcuse über Alfred Kantorowicz und Johannes Agnoli bis zu Peter Brückner und Rudi Dutschke, um nur einige zu nennen. Diese Heterogenität ist in Kapitel gegliedert, die teils historisch, der Entwicklung des *diskus* folgend, teils systematisch nach Themen, wie: Analysen und Theorien oder: Imperialismus und Internationale geordnet sind und die jeweils von einer Einleitung im politischen und zeitgeschichtlichen Kontext verortet werden. Dabei sind die Herausgeber, die derzeitige *diskus*-Redaktion, nicht der Gefahr erlegen, aus historischer Distanz heraus eine besserwisserische Attitüde in der Kommentierung einzunehmen — bis auf einige bezeichnende Ausnahmen. Denn die Vorgeschichte und die Geschichte der Neuen Linken ist durch vielfältige Diskontinuitäten gekennzeichnet, die auch dem vorliegenden Sammelband einige Probleme bereiten.

Bei aller Erwähnung von Fehlern und Niederlagen wird durch die Zusammenstellung des Bandes eine Einheitlichkeit und eine historische Kontinuität suggeriert, die es real so nicht gegeben hat. Bleibt man zunächst auf dem Campus der Frankfurter Uni, dann wird das Bild eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses dadurch unterlaufen, daß sich die Identität der verschiedenen Asta-Generationen, aus denen sich meist auch die Redaktionen des *diskus* rekrutierten, mehr aus Abgrenzung gegeneinander denn aus einer Auseinandersetzung miteinander gebildet haben. Daß da die Idee eines kollektiven Erfahrungsprozesses kaum mehr als eine Fiktion ist, zeigt im vorliegenden Sammelband auch die Abqualifizierung der Generation von 1977 bis 83. In der Einleitung zum Kapitel ,,Hochschulrevolte und Hochschulreform" wird deren radikaler Subjektivismus ohne Reflexion auf den geschichtlichen Zusammenhang als „trotziger Starrsinn" abqualifiziert, ohne daß diese Kritik durch die wenigen abgedruckten Texte belegt wäre. Auch ein Erbe der intergenerationellen Konkurrenz an der Frankfurter Uni? Darüber hinaus wird die Frankfurt-Fixierung des *diskus* im Besonderen und der Frankfurter Öffentlichkeit im Allgemeinen überhaupt nicht kritisch beleuchtet, als ob die Folgen dieser intellektuellen Arroganz — ein manchmal grotesker Realitätsverlust — nicht allzu deutlich gewesen wären. Offensichtlich ist die Aufarbeitung der Geschichte der Neuen Linken immer noch von ihren internen Widersprüchen verstellt.

Liest man die Texte des Sammelbandes aber als das, was sie in erster Linie sind, nämlich als eine Geschichte in Bruchstücken, dann können sie gerade die Diskontinuitäten sichtbar machen, die dem Entwicklungsprozeß der außerparlamentarischen Linken immanent sind. Auffällig sind nicht allein die Wandlungen der Sprache — vom ästhetischen Gestus der späten Fünfziger über die moralische Radikalisierung in den Sechzigern und die Traditionalisierung und Kanonisierung in den Siebzigern bis zum Sponti-Spruch: „Hauts die Uni zamm!" Hinter diesen Verschiebungen, und zwar gerade durch die angedeuteten Brüche hindurch, verbergen sich die vielfältigen Versuche der diskursiven Erarbeitung einer Kritik an dieser Gesellschaft.

Wenn man den Sammelband auf diese Weise liest, dann setzen sich zwei Eindrücke fest: Zum einen zeigt sich, wie sehr im Laufe der Zeit die Kritik am alltäglichen Erfahrungshintergrund dieser Gesellschaft, an den Erscheinungen der Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft zurücktritt zugunsten des Habitus, daß man (weniger vielleicht: frau) damit ja sowieso nichts zu schaffen habe. Ohne einer Idealisierung Vorschub leisten zu wollen: Vielleicht kannten in den Fünfzigern und Sechzigern viele aus eigener Erfahrung noch genauer, wogegen ihr Protest eigentlich gerichtet war. Vorbereitet wird aber gerade dadurch die heute vollzogene Einebnung der Differenz, die diese Bewegungen einmal gegenüber den verschiedenen kulturellen, sozialen und politischen Institutionen dieser Gesellschaft behauptet haben. So betrachtet wäre die pseudoradikale Pose des Häuserkämpfers Joschka Fischer nur die andere Seite seines heutigen staatsmännischen Gehabes.

Es zeigt sich daher zweitens auch, daß es nicht gelungen ist, diesen Prozeß kritisch zu verarbeiten, ihn wirklich in einen kollektiven Lernprozeß zu verwandeln, wie dies in harmonisierender Rückschau heute manchmal behauptet wird. Allein eine kritische Reflexion der gemachten Erfahrungen in Bezug auf die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen hätte es ermöglicht, jenseits sturer Maximalpositionen oder pragmatischer Taktiererei die Wechselwirkung zwischen dem Protest und seinem Gegenstand, den alltäglichen oder institutionellen Lebensformen, zu begreifen. Der Sammelband kann gerade in seinem Bruchstückcharakter ein Anstoß sein, dem Scheitern der Neuen Linken nach ihrem Ende nachzuspüren.

Redaktion diskus (Hg): **Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken**
Berlin 1992, 29,90 DM. Zu bestellen bei: Edition ID-Archiv, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19

ERICH EYERMANN

Karl Marx tot — Ludwig Erhard lebt?

Wirtschaft, Politik und die Macht des Faktischen

In der Regel besorgt sich die Redaktion Artikel und Argumente nicht bei Gerichten. Im Gegenteil: eine *linke* Zeitung zeichnet sich u.a. immer noch dadurch aus, daß sie über das gerichtlich Sanktionierte und gesellschaftlich angeblich Normale hinausdenkt. Der nebenstehende Beitrag des pensionierten Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes drucken wir nach, weil wir es für denkwürdig halten, daß und wie ein hoher Richter das historische Verdienst und die akademische ,,Satisfaktionsfähigkeit" der Marx'schen Theorie genau in dem Moment verteidigt, in dem viele jüngere Akademiker ihre blauen Bände ins Antiquariat tragen und ihre theoretische Grundausstattung modisch umrüsten. Nicht daß wir die Marx-Lesart des bemerkenswerten Juristen unumschränkt teilen, ist der Grund für den Abdruck, sondern die Courage des Richters, Marx nicht hoppla-hopp und zeitgeistgemäß aus der politischen und theoretischen Debatte auszubürgern, hat uns beeindruckt.

Selten nur erweist sich ein Monument als *aere perennius*. Manchmal erweckt es nur den Anschein, und wenn man ein bißchen daran schabt, deckt es zwar ein gediegenes, aber doch nur bescheidenes Material auf.

Anstoß für folgende Überlegungen war die Personifizierung, mit der in der Euphorie über das Ende der sozialistischen Wirtschaftsordnung im Osten Europas kommentiert wurde: ,,Ein großer Deutscher siegt über den anderen. Ludwig Erhard über Karl Marx." (Th. Waigel) ,,Erhard lebt, Marx ist tot." (H. Kohl) Gewiß waren das nur Kürzel, die den Wechsel von zentral gelenkter Planwirtschaft zur Marktwirtschaft kennzeichnen sollten. Doch wird mit einer Personifizierung eine ahistorische Verbindung zwischen theoretischem Gründervater und jeweiligem tatsächlichem Wirtschaftssystem derart hergestellt, daß der eine zu Unrecht gescholten, der andere — ebenfalls zu Unrecht — glorifiziert wird.

Eine solche Gegenüberstellung wäre Geschichtsklitterung. Marx ist — das Gegenteil hat bislang niemand aus seinen Schriften belegen können — niemals für die Errichtung einer Kommandowirtschaft eingetreten. Hätte er erlebt, wie der sogenannte real existierende Sozialismus wirtschaftlich versagte, Lebensqualität, materiell wie ideell, nur einer herrschenden Minderheit gewährte, sie aber der großen Mehrheit — den ,,Volksmassen" (von denen Marx so oft sprach) — eher vorenthielt, wäre er sicher der erste gewesen, der sich für ein anderes Wirtschaftssystem, d.h. für die Marktwirtschaft, entschieden hätte. Der Marktbegriff war ihm durchaus geläufig. Ein Indiz dafür ist, daß er stets Vorliebe für die ,,freiheitlichen Verhältnisse" in den USA artikulierte, einen Verzicht auf die individuelle Selbstbestimmung — mit der die zentrale Wirtschaftslenkung unabdingbar verbunden war — also nie ins Kalkül gezogen hat. Das anzuerkennen wird dogmatischen Sozialisten nur schwer möglich sein. Aber hier schon zeigt sich, daß Marx nicht tot ist. Als Geschichtsphilosoph ist er es übrigens so wenig wie Kant und Hegel. Was alles von den heutigen sozialen Errungenschaften auf ihn zurückzuführen ist, läßt sich im einzelnen nur schwer nachvollziehen. Begonnen mit dem Kampf um den Normalarbeitstag und der Charakteristik der Stellung des Arbeiters im Wirtschaftsablauf.

Soweit das Wirtschaftssystem Deutschlands tatsächlich eine soziale Marktwirtschaft ist, verdankt sie dies im wesentlichen den Marxschen Ideen (F.A. v. Hayek). So ist Marx auch heute noch quicklebendig. Und das gilt über recht beträchliche Teile des Erdballs hinweg sogar noch für die an seiner Lehre von der ,,Expropriation der Volksmassen" angeknüpften Folgen der Beseitigung des Privateigentums und der Vernichtung des Kapitalismus (Kapital, Bd. 1, 388).

Zwar hat die Geschichte die Prophezeihungen der sich sozialistisch nennenden späteren Marxinterpreten gründlich widerlegt, Marx aber ist ein großer Deutscher, eine der großen Gestalten in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre geblieben und hat sich als selbst von den Nationalsozialisten anerkannter ,,Vater des modernen historischen Materialismus" ein Monument errichtet *aere perennius*. Daran ändert nichts, daß er die Entwicklung des Kapitalismus im Grunde falsch gedeutet hat. Anderen Geschichtsphilosophen ist es ähnlich ergangen. Selbst Kants Vision von der Weltregierung mit Weltpolizei hat sich nicht verwirklicht und wird sich wohl nie verwirklichen.

Ist Karl Marx als bedeutender Wissenschaftler zu kennzeichnen, so fragt sich, wie

Ludwig Erhards Stellung in der Volkswirtschaftslehre einzuschätzen ist. Ein großer Wissenschaftler, der er gerne sein wollte, war er sicher nicht. Ein Gradmesser dafür ist zunächst die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten. Deren Zeitpunkt kann, wie bei Erhard durch verschiedene Umstände, etwa Kriegszeit oder Durchlaufen eines anderen Bildungsweges, herausgezögert worden sein. (...)

(...) Er promovierte bei Franz Oppenheimer am 12. Dezember 1925 mit der Arbeit „Wesen und Inhalt der Werteinheit". 1930 wurde Erhard Mitarbeiter am Nürnberger Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware unter Vershofen. Vom Wintersemester 1935/36 an gehörte er zu den „beauftragten Dozenten" der Nürnberger Hochschule für Verbandswesen und Verbandspraxis. Vom zweiten Trisemester 1940 an weisen die Vorlesungsverzeichnisse keine Ankündigungen von Erhard mehr aus. Aus welchen Gründen die Tätigkeit Erhards 1942 an der Hochschule endete, ist nicht klar. Fest steht, daß Nürnberger Wirtschaftskreise eine ähnliche Einrichtung schufen, die sich mit Wirtschaftsbeobachtung und Statistik befaßte und die Erhard bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches leitete.

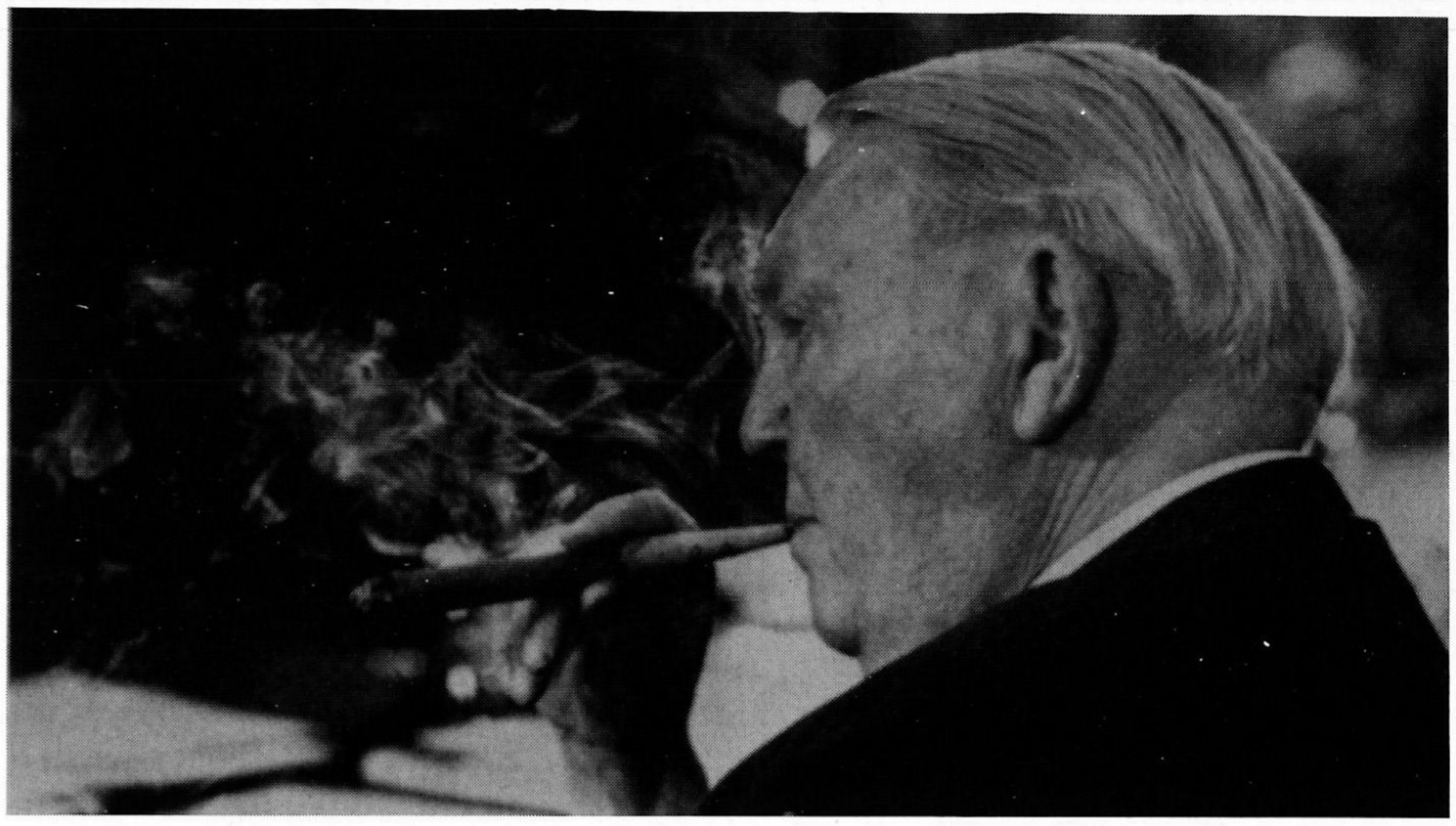
Auffallendes hat Erhard während seines fünfzehnjährigen Wirkens in Nürnberg nicht geleistet. Auch nach seiner Ernennung zum Honorarprofessor an der Universität München Ende 1946 (im Zusammenhang mit dem Ausscheiden aus dem Amt des Bayerischen Wirtschaftsministers) finden sich nur spärliche Spuren Erhards im wissenschaftlichen Schrifttum. (...)

Wollte man Erhards Position in der Volkswirtschaftslehre klassifizieren, wäre er der neoliberalen Freiburger Schule (Müller-Armack) zuzuordnen, wenn er auch nie „gläubiges Mitglied einer nationalökonomischen Schule" war. Er ist wohl im Herbst 1957 bei der Jahrestagung der Mont Pèlerin Society auf dem Seelisberg über dem Vierwaltstätter See mit rauschendem Beifall empfangen worden, aber von einer wissenschaftlichen Einflußnahme auf diese Gesellschaft ist nichts überliefert.

Beginn von Erhards politischer Karriere

Der Beginn des politischen Wirkens Ludwig Erhards ist mit einer Denkschrift verbunden, die nicht erhalten ist und in der er 1944 Carl Gördeler seine Vorstellungen für die Gestaltung der Zeit nach dem Kriege entwickelt hatte. Dieser Denkschrift verdankt Erhard den Beginn seiner Karriere; er hat sie mehrfach überarbeitet und dann der US-Militärregierung übergeben. Zustatten kam ihm, daß er seinen Beitritt zur NSDAP verweigert hatte.

Erhards weiterer Weg war relativ geradlinig. Die erste bayerische Nachkriegsregierung unter Fritz Schaffer wurde nach einer Tätigkeit von nur vier Monaten von der US-Militärregierung am 28. September 1945 abgesetzt. Sie hatte die Entnazifizierung nur halbherzig vorangetrieben und ehemalige NSDAP-Mitglieder in der Beamtenschaft belassen. Zum neuen Ministerpräsidenten wurde Wilhelm Hoegner ernannt. Um den



Posten des Wirtschaftsministers zu besetzen, wandte sich Hogner an den ihm bekannten Leiter eines Elektrizitätsunternehmens und an Professoren für Nationalökonomie — darunter sicher an den Ordinarius für allgemeine Volkswirtschaftslehre an der Universität München, Adolf Weber. Alle sagten ab.

Weber war unbegründet in den Verdacht geraten, Anhänger des Nationalsozialismus gewesen zu sein. Weber widerlegte 1946 in einer Schrift „Im Kampfe für die Wahrheit" die Anschuldigungen. Da sie nur „als Manuskript gedruckt" und „nicht zur Veröffentlichung bestimmt" war, sei um der historischen Wahrheit willen, fast ein halbes Jahrhundert nach ihrem Erscheinen, eine Seite aus ihr zitiert: „Im Mai 1946 bildete sich unter meiner Leitung in Anlehnung an das Staatswirtschaftliche Seminar der Universität München eine ‚Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern', in der sich führende Wissenschaftler, Wirtschaftspraktiker und Politiker vereinten, um gemeinsam zu überlegen, wie unsere Volkswirtschaft der Gesundung entgegengeführt werden könne. In kleinen Ausschüssen hervorragender Sachkundiger wurde die Hauptarbeit geleistet. *Im Juli 1945* einigte sich die Arbeitsgemeinschaft auf einen *Sanierungsvorschlag für unser Geldwesen*, der in Form eines Gesetzesvorschlages nebst einem Motivenbericht im Hauptquartier des Generals Eisenhowers in Frankfurt am Main überreicht wurde. Der Plan, der später durch einen Steuervorschlag die vorgesehene Ergänzung fand, fußte auf Gedankengängen, die ich in meiner Schrift *Übergangswirtschaft und Geldordnung* formuliert und begründet hatte. Die Schrift, die im August 1946 im Verlag Richard Pflaum erschienen ist, konnte bereits im Mai 1945 dank dem Entgegenkommen der Militärregierung in einer kleinen Anzahl von Korrekturabzügen den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft und einigen führenden Sachkundigen als Grundlage für die gemeinsamen Beratungen ausgehändigt werden."

Es zeigt sich, daß sich auch renommierte Nationalökonomen Gedanken über die wirtschaftliche Zukunft des Landes gemacht haben. (...)

Als Wirtschaftspolitiker hatte Erhard in Bayern ebensowenig Erfolg wie als Amtschef. Er hat das Wirtschaftsministerium in desolatem Zustand zurückgelassen. Ein einziges Mal in der Geschichte Bayerns mußte sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß mit der Arbeit eines Ministeriums befassen; mit der des Wirtschaftsministeriums unter Erhard. Der Ausschuß stellte „unglaubliche Schlamperei" fest. (...)

Hoegner hat erkannt, worauf Erhards auch späterer Erfolg zurückzuführen war: auf seinen Optimismus: „Die allzeit fröhliche Miene Dr. Erhards wirkte anheimelnd auf die Amerikaner... Er vermied es, deutsche Klagen vorzutragen, sie gingen den Amerikanern auf die Nerven, denn sie verstanden es nicht, daß wir mit unseren Schwierigkeiten nicht selbst fertig wurden."

Vater des Wirtschaftswunders?

Ende Januar 1948 war Johannes Semmler nach seiner unglücklichen „Hühnerfutter-Rede" von den Militärregierungen seines Amtes als Direktor des Wirtschaftsrates enthoben worden. Zu seinem Nachfolger schlug die FDP Erhard vor; weitere Kandidaten waren Hanns Seidel (bayerischer Wirtschaftsminister) und Hans-Christoph Seebohm (Niedersachsen). Erhard wurde gewählt. Er führte das Amt bis zur Gründung der Bundesrepublik, deren erster Wirtschaftsminister er unter Konrad Adenauer wurde. Er blieb, bis er am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt wurde, im Amt. Seither steht er in dem Ruf, der „Vater des deutschen Wirtschaftswunders" zu sein und der sozialen Martwirtschaft zum Durchbruch verholfen zu haben. Beides trifft nicht zu. Das Schlaglicht der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik fiel nur gebündelt auf ihn.

Marktwirtschaft — d.h. letztlich Kapita-

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Oktober-Ausgabe des *express*:

Ausländerfeindlichkeit in den Betrieben ● Vertrauensleutearbeit im Osten ● Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz ● Umstrukturierung der Bahn ● *ran* und die DGB-Jugendarbeit ● HBV-Tarifpolitik ● Gewerkschaften in Frankreich ● Bericht aus Türkisch-Kurdistan ● Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

lismus — hat sich wohl nie in reiner Form durchsetzen können. Das Ineinanderwirken vielfältiger Interessen beeinflußte die Ausprägung der Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft — ein Prozeß, der sich über ein Jahrhundert erstreckte. Eingeflossen ist sicher auch planwirtschaftliches Gedankengut, ohne daß deshalb die Wesensmerkmale der Marktwirtschaft — Privateigentum, Entscheidungsfreiheit und Risikobelastung des Individuums" im Kern geschwächt wurden. (...)

Der geistige Vater des Begriffs „soziale Marktwirtschaft" ist nicht Ludwig Erhard, sondern Alfred Müller-Armack, der so den zweiten Teil seines 1947 erschienenen Buches „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft" überschrieben hat. Der Begriff „soziale Marktwirtschaft" fand weit über

Erhard war nicht der geistige Vater der Marktwirtschaft

die Bundesrepublik hinaus Aufnahme. Aber nicht Müller-Armack, sondern Erhard wurde dank der Macht des Faktischen, eine — international anerkannte — Galionsfigur. Bei der Suche nach dem Vater des Wirtschaftswunders schließlich ist gegenüber Erhard zumindest eine *exceptio plurium,* eine „Mehrvätereinrede" angebracht.

Urgrund des Wirtschaftswunders war nicht die Tatsache, daß Erhard Wirtschaftsminister war, sondern das Vertrauen, das der politischen Führung entgegengebracht wurde. G.A. Craig hat hervorgehoben, daß „das politische Aufblühen Westdeutschlands, das nahezu ebenso spektakulär vor sich ging, wie das wirtschaftliche" neben der Hilfe der Alliierten „den Fähigkeiten Konrad Adenauers zu danken" war. Adenauer wußte stets mit Nachdruck die Richtlinien der Politik zu setzen, auch die der Wirtschaftspolitik und auch gegenüber dem Wirtschaftsminister Erhard. (...)

Neben dem „Übervater" Adenauer spielten die Westmächte, die die Währungsreform anordneten und besonders die USA mit dem Marshallplan eine entscheidende Rolle bei der Ingangsetzung des „Wirtschaftswunders". Entscheidend aber war die Einstellung, der Wille der gesamten Bevölkerung, die Not zu bannen. (...)

Diese Grundhaltung der westdeutschen Bevölkerung war es, die die Marktwirtschaft in noch stolpernden Gang gesetzt hatte, bevor die antriebsfördernden Maßnahmen der Westmächte greifen konnten. Das Wirtschaftswunder war, rückblickend gesehen, kein Erhard-Effekt, sondern die Folge des Währungsreform-Effekts. Ist die Marktwirtschaft einmal in Gang gekommen, ist es nicht mehr so wichtig, wer Wirtschaftsminister ist. Ein smarter Politiker kann nur bei krassen Fehlgriffen Schaden anrichten. Worauf es ankommt ist: in der Wirtschaft Optimismus zu stärken und Hilfestellung zu geben.

Wenn auf Erhard als Vater des Wirtschaftswunders die Macht des Faktischen zutrifft, wenn jener Anonymus, offensichtlich ein gut unterrichteter Insider, bereits 1965 schrieb, es fehle nicht an Stimmen, daß am „Wirtschaftswunder Erhard eigentlich nur einen bescheidenen oder gar überhaupt entbehrlichen Anteil habe", so ist es doch sein historisches Verdienst, daß er unentwegt dazu beitrug, die optimistische Grundhaltung quer durch die Bevölkerung zu stärken, getrieben von seiner eigenen optimistischen Lebensauffassung. Von welcher Bedeutung sein öffentliches Wirken war, ist daraus zu ermessen, daß noch 1950 — in den oberen Unternehmensetagen hatte man das Wirtschaftswunder schon voll eingeplant — nach einer Meinungsumfrage nur 25 Prozent der Bundesbürger mit seiner Wirtschaftspolitik einverstanden waren, 19 Prozent sie ablehnten und 56 Prozent überhaupt keine Meinung hatten. Ein Jahrzehnt später war die Zustimmung, auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, so gut wie einhellig.

Ein Beispiel für seinen wirtschaftspolitischen psychologischen Weitblick ist Erhards Artikel „Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung", geschrieben kurz nach dem gescheiterten Aufstand vom 17. Juni 1953, wieder abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. März 1990: „Ich möchte gleich vorausschicken, daß auch ich den Versuch für abwegig halten würde, die in solchem Fall sich vollziehende Entwicklung exakt vorher bestimmen und rechnerisch erfassen zu wollen. Ein solches planwirtschaftliches Unterfangen wäre sogar in höchstem Maße gefährlich, weil es in der verwaltungsmäßigen Handhabung des Zusammenschlusses die organische Entwicklung nur zu hemmen und die natürlichen Kräfte zu unterbinden geeignet wäre."

Macht des Faktischen

Dies hätten sich 1990/91 Opposition und Koalition überlegen sollen, statt bei der Kostenschätzung den von vornherein aussichtslosen Versuch der Quadratur des Kreises hartnäckig zu verlangen und zu wagen.

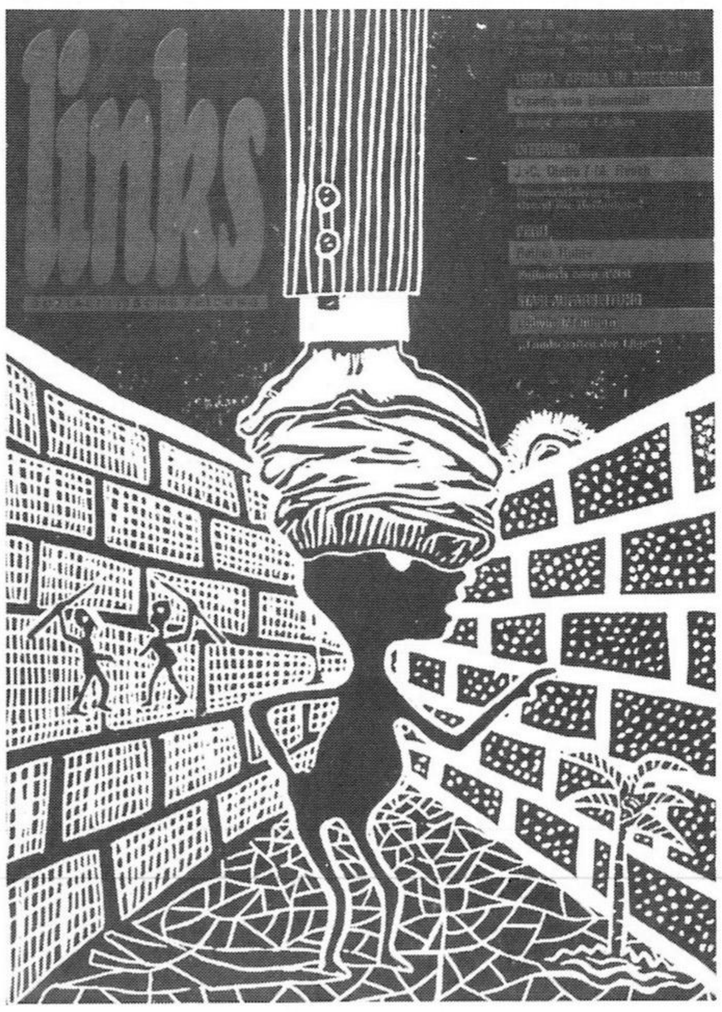
In einer Zeit zwischen 1994 und 2000 wird die Kostenfrage der Wiedervereinigung Deutschlands vergessen sein. Wie die Ereignisse seit 1989 eindringlich gelehrt haben, ist es die Macht des Faktischen, die die für den Menschen erträglichste Wirtschaftsform herbeiführt, und daß es dann doch die Wirtschaft (Ökonomie) ist, die letztlich den Lauf der Geschichte bestimmt.

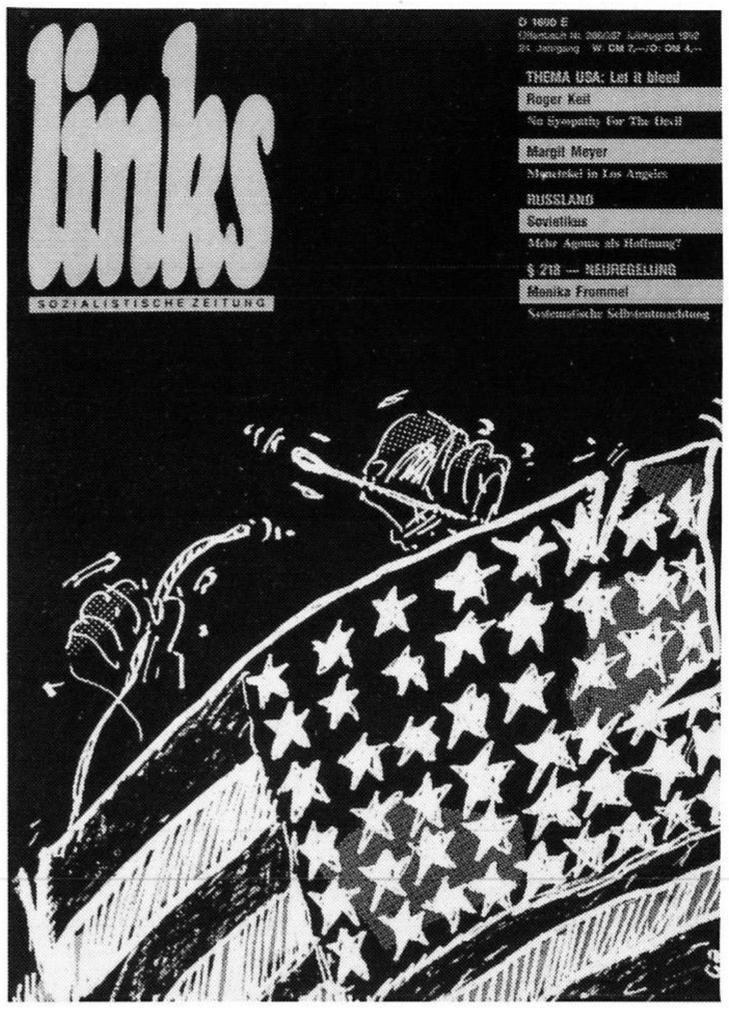
Zum Anstoß zurück: Marx — Erhard, beide leben; der eine der Mann, der Geschichte gemacht hat, der andere der Mann, den die Geschichte gemacht hat. ■

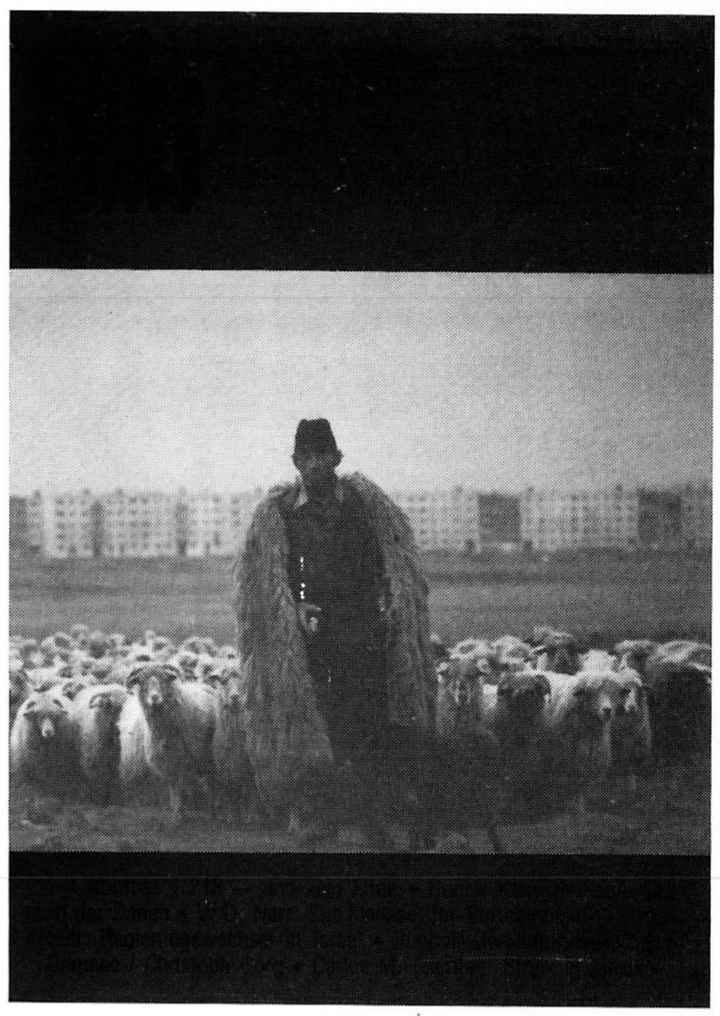
Kürzungen der Reaktion sind mit (...) gekennzeichnet. Der Aufsatz erschien zuerst im Fachorgan der Historiker der ehemaligen DDR (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 39, 1991, S. 1122 ff.)

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu den Demokratiebewegungen in Afrika, zu Los Angeles, Rußland, Maastricht, Rio und zu Jugoslawien.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

1

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

DEN BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-
Buchladen
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstraße
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7